GRÜNER WIRTSCHAFTEN
FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT

Ansätze zur ökologischen Transformation ausgewählter Branchen und Sektoren

Ergebnisse der AG Transformation der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der 18. Wahlperiode

UNS GEHT'S UMS GANZE

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BUNDESTAGSFRAKTION

www.gruene-bundestag.de

GRÜNER WIRTSCHAFTEN FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT

» ANSÄTZE ZUR ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION AUSGEWÄHLTER BRANCHEN UND SEKTOREN

VORWORT

Die Fraktionsarbeitsgruppe "Grüne Transformation" wurde mit dem Ziel eingesetzt, die Debatte über die grüne Modernisierung unserer Wirtschaft anhand konkreter Branchenbeispiele zu vertiefen, unseren Instrumentenkasten zu überprüfen, die soziale, ökologische, ökonomische und internationale Dimension der Modernisierung zu diskutieren und die wirtschaftlichen Chancen des grünen Wandels sichtbar zu machen.

Mitglieder der AG Grüne Transformation sind die Abgeordneten Kerstin Andreae (Koordinatorin), Oliver Krischer (Koordinator), Anton Hofreiter, Katrin Göring-Eckardt sowie Annalena Baerbock, Harald Ebner, Kai Gehring, Anja Hajduk, Dieter Janecek, Uwe Kekeritz, Stephan Kühn, Steffi Lemke, Nicole Maisch, Beate Müller-Gemmeke, Gerhard Schick und Jürgen Trittin.

Im Dialog mit Unternehmerinnen und Unternehmern, Gewerkschafter*innen sowie Gästen von Forschungseinrichtungen und Think Tanks hat die Arbeitsgruppe in einen intensiven Austausch neue Konzepte für ausgewählte Branchen erarbeitet und bestehende Konzepte weiterentwickelt. Die Arbeitsgruppe hatte damit nicht das Ziel ein neues Grünes Wirtschaftsprogramm zu erarbeiten, sondern hat sich auf die Überprüfung und Priorisierung der bestehenden Programmatik für ausgewählte Branchen und Sektoren konzentriert. Dabei hat sie insbesondere auf einen Dialog mit solchen Unternehmen und Branchen gesetzt, in denen es bereits Akteure oder Entwicklungen gibt, die Ansätze einer ökologischen Transformation erkennen lassen. Die bereits erfolgreich begonnen Transformation der Energiewirtschaft war im Rahmen dieser AG kein eigenes Thema mehr, sondern sie war vielmehr das Vorbild, an dem sich die Dialoge mit den Branchen orientiert haben.

Mit dem von der AG gewählten Ansatz und aufgrund des begrenzten zeitlichen Rahmens konnten bislang nicht alle Branchen einbezogen werden. Klar ist, auch Branchen wie etwa die Stahl- oder Zementproduktion müssen Ihren Beitrag zur Transformation leisten. Auch die Rolle und das gewaltige Potenzial von Start Ups konnte im bisherigen Arbeitsrahmen der AG noch nicht ausreichend berücksichtigt werden ebenso wenig wie die Rolle grundsätzlicher gesellschaftlicher Innovationen. Die bisherige Arbeit der AG Transformation war denn auch nur ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen.

Leitmotiv für den notwendigen grünen Wandel war der Klimaschutz. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die Rahmenbedingungen für die hier betrachteten Branchen sich verändern müssen, damit sie ihren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten können. . Auch Flächenverbrauch, Biodiversität oder Ressourcenschutz sind weitere wichtige umweltpolitische Aspekte, die je nach Relevanz in den einzelnen Texten Berücksichtigung finden. Dieser Bericht fasst die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsgruppe zusammen und gibt Empfehlungen zur Umsetzung der für die ökologische Modernisierung notwendigen Politikinstrumente der ausgewählten Branchen. Er richtet sich damit vor allem an Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft und ist ein Angebot an der Grünen Wirtschaft teilzunehmen und vor allem den Dialog weiter intensiv fortzuführen.

Inhaltsverzeichnis

Grüner Wirtschaften für mehr Lebensqualität – Zusammenfassung der Kernelemente 3

Den grünen Rahmen setzen – Quer durch die Branchen 4

Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen 6

Raus aus fossilen Industrien – die „Divestment"-Bewegung unterstützen 7

Chancen der Digitalisierung nutzen 8

Die soziale Dimension des grünen Wirtschaftens 9

Ein Neues Maß für den Wohlstand unserer Gesellschaft – Jahreswohlstandsbericht 9

Texte zur Transformation ausgewählter Branchen und Sektoren 12

Grüne Modernisierung durch Innovation und Forschung:
Innovationen, Wissenschaft und Forschung als Treiber des Wandels 12

Grüne Modernisierung der **Finanzwirtschaft**: Finanzwende vollziehen: Banken wieder in den Dienst der Realwirtschaft stellen und Geld in die grüne Transformation umlenken 15

Grüne Modernisierung durch **Digitalisierung**: Ökonomie und Ökologie vereinen: vernetzen, intelligent steuern und dematerialisieren 23

Grüne Modernisierung der **Automobilwirtschaft**:
Intelligente Mobilität statt viel Verkehr 27

Grüne Modernisierung der **Chemieindustrie**: Neue Bio-Kunststoffe statt schmutziges Erdöl und Plastikmüll 31

Grüne Modernisierung der **Ernährungswirtschaft**: Ökologisch und regional 35

Grüne Modernisierung der **Bauwirtschaft**: Mietergerecht und ökologisch sanieren und modernisieren 42

Grüne Modernisierung der **Güterverkehrs- und Logistikwirtschaft**:
Kostenwahrheit herstellen und verursachergerecht ausgestalten 47

Mehr Lebensqualität, weniger Ressourcenverbrauch, weniger Umweltschäden: Neue Antworten auf die Wachstumsfrage. 53

1. Politik für mehr Lebensqualität 54
2. Wirtschaft Grün Ausrichten: Pioniere des Wandels. 56
3. Wirtschaft Grün Ausrichten: Einen wirksamen Ordnungsrahmen setzen. 58
4. Nachhaltige Lebensstile ermöglichen. 60
5. Wachstumszwänge Abbauen 61

GRÜNER WIRTSCHAFTEN FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT – ZUSAMMENFASSUNG DER KERNELEMENTE

Wir Grüne treten seit unserer Gründung für eine andere Wirtschaftsweise ein. Eine Wirtschaft, die ökologisch, sozial, innovativ, fair und krisenfest ist.

Die technologischen Sprünge des Industriezeitalters haben den Wohlstand und die Lebensqualität vieler Menschen deutlich verbessert. Doch seit der Mitte des 20. Jahrhunderts zeigt sich immer klarer, dass die rohstoff- und verbrennungsintensive industrielle Wirtschaftsweise unsere Lebensgrundlagen zerstört. Sie bedroht das Leben von Millionen Menschen überall auf der Welt. Zugleich erkennen immer mehr Menschen, dass materielles Wachstum nicht in jedem Fall ihre Lebensqualität steigert.

Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die existentielle Aufgabe unserer Zeit. Viele Menschen stehen dabei an unserer Seite. Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen kämpfen für Natur- und Umweltschutz. Unternehmen schreiben mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Unser Land ist seit den 1970er Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Abgase werden gefiltert, Abwässer nicht mehr einfach in die Flüsse geleitet, es wird ökologischer gebaut und produziert. Der Markt für Umwelttechnologien boomt und deutsche Unternehmen sind vorne dabei.

Die Staatengemeinschaft hat sich mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) und dem Pariser Klimaabkommen zu globalen Reformen bekannt. Die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft ist beschlossen.

Sie ist die Zukunftsversicherung unserer Wirtschaft und schon heute ein Jobmotor: Industriebetriebe schaffen mit grünen Technologien und Dienstleistungen viele neue Jobs, während in schmutzigen, kohlenstoffintensiven Unternehmen und Branchen Arbeitsplätze abgebaut werden. Jede Milliarde Euro, die investiert wird, um Gebäude zu sanieren, löst 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Baugewerbe, Handwerk und Industrie aus. Viele Unternehmer und Tüftlerinnen entwickeln Produkte und Dienstleistungen, die unsere Lebensqualität immer mehr vom Ressourcenverbrauch abkoppeln. Sie sind die Pioniere des grünen Wandels, eines neuen, nachhaltigen Wohlstands. Sie schaffen Arbeitsplätze, die auch morgen noch bestehen.

Für uns ist dabei entscheidend, dass bei der ökologischen Modernisierung gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten. Gleichzeitig setzen wir uns für zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme, eine armutsfeste Grundsicherung und eine gerechte Verteilung von Teilhabechancen, Einkommen und Vermögen ein. Denn die ökologische Modernisierung funktioniert nur in einer Gesellschaft, in der es für alle gerecht zugeht.

Die Wende in den verschiedenen Branchen der Realwirtschaft erfordert daher eine krisenfeste und zukunftsorientierte Finanzwirtschaft, denn nur wenn stabile Banken und Versicherer saubere Geschäftsmodelle anstatt den Raubbau an Mensch und Natur finanzieren, ist unser Wohlstand nachhaltig. Ohne Finanzwende keine Agrarwende, Energiewende, Mobilitätswende.

Die Energiewende zeigt: Wir können unser Leben verbessern, ohne weiter Ressourcen ausbeuten zu müssen. Deutschland ist auf dem Weg, seine hochentwickelte Industriegesellschaft ganz ohne Klimagase und Atommüll mit Strom zu versorgen. Davon profitieren viele: hunderttausende Beschäftigte, die ihr Geld mit erneuerbaren Energien verdienen, vom Stahlarbeiter bis zur Installateurin. Die Luft wird sauberer, das Klima wird geschont und heute schon sind die erneuerbaren günstiger als fossilen Energieträger.

Der ökologische Umbau ist aber noch lange nicht vollendet. Wir stecken mittendrin. Unsere Art zu wirtschaften verschwendet auch heute noch wertvolle Ressourcen und heizt unser Klima auf. Sie bedroht weltweit unser Trinkwasser, unsere Luft und unsere Böden. In unserem eigenen Menschheitsinteresse müssen wir das ändern. Die gute Nachricht ist: Wir haben dafür die nötigen Technologien, die Möglichkeiten und das Wissen.

In Zukunft wird es darauf ankommen, technologische und soziale Innovationen zusammen umzusetzen, damit wir uns vom Zwang lösen, immer mehr Wirtschaftswachstum erzeugen zu müssen.

Als grüne Bundestagsfraktion wollen wir den Weg in die neue Wirtschaftsweise für alle verlässlich gestalten. Dafür braucht es mutige grüne Politik und engagierte Bürgerinnen und Bürger, Ingenieure und Unternehmerinnen, die die ökologische Modernisierung quer durch alle Branchen ins Ziel bringen. Wir müssen das Tempo deutlich erhöhen. Denn die Klimakrise wartet nicht.

Den grünen Rahmen setzen – Quer durch die Branchen

Wir wollen den Weg zur emissionsarmen Wirtschaft für die unterschiedlichen Emissionssektoren beschreiben. Mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz machen wir den Weg planbar und rechtlich verbindlich. Ein grüner Klimaschutzplan unterlegt die Ziele bis 2050 konkret mit den notwendigen Maßnahmen. Das beinhaltet auch, dass wir alle zukünftigen Gesetzesinitiativen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Klima überprüfen wollen.

Grüne Wirtschaftspolitik arbeitet mit ehrgeizigen Grenzwerten, CO_2-Reduktionszielen und Produktstandards, die in realistischen Zeiträumen erreicht werden können. Sie mutet den Unternehmen etwas zu, schafft im Gegenzug Planungssicherheit und gibt Anreize zu Investitionen. Das fördert neues Wissen und neue Technologien. Konkret: Weg vom Verbrennungsmotor und hin zum Elektroauto in der Autoindustrie. Weg vom Öl und hin zu nachwachsenden Rohstoffen in der Chemieindustrie. Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau, ökologischen Dämmstoffen, Textil- oder Recyclingbeton Ressourcen und Emissionen einsparen. Neue Fertigungsmethoden oder modulares und serielles Bauen können Planungs- und Bauprozesse beschleunigen und Ressourcen schonen. Solche Innovationen beschreiben den möglichen Pfad der ökologischen Modernisierung und sichern langfristig den Industriestandort Deutschland. Grüne Politik setzt den Rahmen im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft und – wo notwendig – auch im Konflikt mit den Lobbyisten der alten Industrien.

Wir wollen

- strenge Verbrauchsgrenzwerte für Autos und keine Neuzulassung von fossilen Verbrennungsmotoren ab 2030. Ein Investitionsprogramm Elektromobilität, das flächendeckend Ladepunkte aufbaut, soll erneuerbaren Strom bereitstellen und nutzerfreundlich funktionieren. Wir wollen die Dienstwagenbesteuerung an ökologischen Kriterien ausrichten, damit nicht weiter Spritschlucker gefördert werden. Wir wollen das Sharing im Verkehrsbereich ausbauen, damit mehr Mobilität mit weniger Ressourcen auskommt.
- eine giftfreie Landwirtschaft ohne Glyphosat und Bienengifte. Eine Ernährungswirtschaft, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie: In der gesamten Kette – von den landwirtschaftlichen Betrieben, über die weiterverarbeitenden Unternehmen aus Industrie und Handwerk bis zum Handel. Gentechnikfrei, umwelt- und tiergerecht. Produkte werden transparent mit der Art der Produktion, mit Herkunfts- und Verarbeitungsort gekennzeichnet. In einer gemeinsamen Initiative mit den Anbau- und Lebensmittelverbänden wollen wir zudem zügig mit einer klaren Strategie 20% Ökolandbau erreichen und die Lebensmittelverschwendung wirksam bekämpfen.
  Ein wichtiges Leitprinzip ist für uns das Menschenrecht auf Nahrung. Landwirtschaftliche Produktion ist

nur nachhaltig und zukunftsfähig, wenn sie die Existenzgrundlage der Menschen in Entwicklungsländern nicht gefährdet.

- eine Digitalisierung, die die Daten der Verbraucher*innen und Arbeitnehmer*innen schützt, den Energieverbrauch oder den Verkehr intelligent steuert und so Ressourcen- und Materialverbrauch verringert oder sogar ganz ersetzt. Wir wollen den Breitbandausbau fördern: Dafür sollen Telekom-Aktien im Wert von zehn Milliarden genutzt werden, die im Bundesbesitz sind. Hersteller von IT-Geräten nehmen wir für den Ressourcenschutz in die Pflicht und stärken die Produktverantwortung. Sie können mit intelligentem Design ihre Produkte langlebig, reparaturfähig, recyclebar und wiederverwendbar gestalten.
- eine Chemieindustrie, die ohne klimaschädliches Erdöl auskommt, die sich clever im Baukasten der Natur bedient und den ökologischen Fußabdruck stetig verringert. Wir fördern Bioraffinerien, denn sie haben das Potenzial, für die Chemie einen ähnlichen Schub auszulösen wie die erneuerbaren Energien im Stromsektor. Dabei setzen wir auf Strategien für eine effiziente Kaskadennutzung und Vorrang für Rest- und Abfallstoffe. Die Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl soll dafür schrittweise abgebaut und kreislauffähige und umweltfreundliche Produkte gefördert werden.
- eine Bauwirtschaft, die vorhandene Flächen effizient nutzt und den Flächenfraß beendet. Die mit klima-, umwelt- und gesundheitsverträglichen Baustoffen arbeitet, Ressourcen schont und natürliche, wiederverwertbare Baustoffe einsetzt. So erhöhen Holz, Lehm und Hanf oder Farben auf Basis nachwachsender Rohstoffe die Wohnqualität, sind klimafreundlich und reduzieren den CO2-Fußabdruck. Ein KfW-Programm „Naturplus“ soll helfen, nachwachsende Baustoffe zu erforschen und anzuwenden. Unser „Grünes Wärmepaket“ in Höhe von sieben Mrd. Euro jährlich leistet seinen Beitrag, um die Sanierungsquote im Gebäudebestand auf jährlich mindestens drei Prozent zu erhöhen und die Wohnqualität im Quartier voranzubringen.
- einen Güterverkehr, der nicht länger auf Kosten der Gesundheit von Menschen und der Umwelt wirtschaftet. Dafür fördern wir die Güterverkehrszentren, in denen Güter von Lkw auf Bahn oder Binnenschiff verladen werden. Über Emissionshandel und Energiesteuern entstehen Anreize, Verkehr zu vermeiden, auf andere Verkehrsträger verlagern oder neue Logistikketten zu nutzen. Mautsysteme sollen künftig auch die Folgekosten für Menschen und Umwelt berücksichtigen. Eine zukunftsfähige Infrastrukturpolitik verlagert vorrangig Verkehr auf die Schiene. Dafür müssen Engpässe im Netz beseitigt und neue Kapazitäten im Schienengüterverkehr geschaffen werden.
- einen stabilen Finanzsektor, der sich wieder in den Dienst der Realwirtschaft stellen und Geld in die grüne Transformation umlenkt, die sich am langfristigen Nutzen ausrichten statt am Profit im Millisekundentakt. Dazu brauchen wir eine Schuldenbremse für Banken. Wir wollen eine umfassende Finanztransaktionssteuer einführen, die auch Devisen- und Derivatehandel einbezieht und relevant besteuert. Hochfrequenzhandel und Nahrungsmittelspekulation dämmen wir ein. Durch die Regulierung von Banken aber auch Versicherungen, Fonds und Wertpapierhändlern, begegnen wir der Abwanderung von Finanzaktivitäten in ein Schattenfinanzsystem.
- ein neues Verständnis von Innovation, das neben technischen auch sozialen Fortschritt in den Blick nimmt und Wissenschaft und Forschung in ihrer Bedeutung für die ökologische Modernisierung stärkt. Dazu ist eine Neuausrichtung der Hightech-Strategie der Bundesregierung erforderlich. Wir wollen die Forschungsförderung stärker auf die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit auszurichten, wie Klimakrise, einen nachhaltigen Umgang mit knappen Ressourcen oder demografischer Wandel. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Staat und Unternehmen bis 2020 insgesamt mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung ausgeben.

Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen

Als Grüne im Bundestag setzen wir auf die ökologische Finanzreform: Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch bekommen einen Preis, so dass sie den Verursacher etwas kosten. Denn schon jetzt zahlen wir dafür alle die Zeche: Klimakrise, Artensterben oder Umweltverschmutzung und deren Folgen wie Flucht aus unbewohnbaren Gebieten und Kriege um Wasser und fruchtbare Böden.
Wir setzen Anreize, andere Techniken zu entwickeln. Ein Wettstreit um die beste ökologische Lösung kommt in Gang. Ökologisch ehrliche Preise belohnen Unternehmen, die mit Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Beispielsweise könnte eine Pestizidabgabe ein level playing field für ökologisch wirtschaftende LandwirtInnen schaffen. Und auch die VerbraucherInnen profitieren, wenn langlebige Geräte die Neuanschaffung ersparen und klimafreundliche Heizungen die Energiekosten senken. Umweltschädliches Verhalten wollen wir nicht weiter subventionieren. Schwere Dienstwagen, Flugbenzin oder Diesel sind steuerlich bevorzugt, obwohl sie umwelt- und gesundheitsschädlich sind. Wir wollen umweltschädliche Subventionen in Höhe von zwölf Mrd. Euro pro Jahr abbauen. Dieses Geld wollen wir überwiegend in Klimaschutz investieren und dazu nutzen, ärmere Haushalte bei der Umstellung zu entlasten. Kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir bei der ökologischen Modernisierung helfen und etwa Ausgaben für Forschung und Innovation steuerlich fördern. Und Pioniere des Wandels unterstützen wir durch Start-Up Finanzierung, Infrastruktur und eine geeignete, neue Rechtsform.

Der Grüne Klimaschutzhaushalt

Milliardenschwere Zuschüsse und Steuervergünstigungen für die Nutzung atomarer und fossiler Energiequellen stehen der ökologischen Modernisierung unseres Wirtschaftssystems entgegen. In Deutschland belaufen sich nach Erhebungen des Umweltbundesamtes die umwelt- und klimaschädlichen Subventionen auf über 57 Milliarden Euro jährlich. Solche Subventionen behindern die Energiewende und dämpfen Anreize zu Energie zu sparen.

Die Liste der umwelt- und klimaschädlichen Subventionen ist lang. Kerosin ist im Flugverkehr steuerfrei. Das kostet den Staat jährlich rund 500 Millionen Euro und benachteiligt umweltfreundlichere Verkehrsmittel. Die Anschaffung schwerer Dienstwagen mit hohem CO2-Ausstoß wird durch den Bund mit Milliarden Euro gefördert. Der Staat begünstigt energieintensive Unternehmen im Umfang von rund 5 Milliarden Euro jährlich bei den Strom- und Energiesteuern und befreit Mineralölhersteller von der Energiesteuer in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich. Die Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdgas und Erdöl kostet jährlich weitere 1,6 Milliarden Euro und im Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ sind trotz sinkender Börsenstrompreise Beihilfen zur Strompreiskompensation stromintensiver Unternehmen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro jährlich vorgesehen. Diese verhindern die notwendige Umstellung der Wirtschaft auf effizientere und umweltfreundlichere Maschinen und Prozesse und schädigen das Klima.

- Wir wollen diese umweltschädlichen Subventionen und ungerechtfertigten Steuererleichterungen stufenweise abbauen. Das bringt eine doppelte Dividende. Einerseits werden durch den Abbau bestehende Fehlanreize beseitigt. Andererseits schafft der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und Steuervergünstigungen kurz- bis mittelfristig finanzielle Spielräume, die dann für zusätzliche Investitionen in die ökologische Modernisierung zur Verfügung stehen. Mit unserem Grünen Klimaschutzhaushalt bauen wir kurz bis mittelfristig Subventionen in Höhe von 12 Mrd. Euro ab, die für zusätzliche Investitionen in den Klimaschutz zur Verfügung stehen.

Reform des Emissionshandels

Das europäische Emissionshandelssystem ist eines der wichtigsten und umfassendsten Instrumente der Klimapolitik. In der derzeitige Ausgestaltung kann der Emissionshandel funktioniert er aber nicht. Bedingt durch eine Überausstattung mit Emissionszertifikaten (u.a. durch das Krisenjahr 2009), eine insgesamt wenig ambitionierte EU-Emissionsobergrenze und eine Schwemme von Zertifikaten aus Drittstaaten („CDM-Projekte" in Schwellen- und Entwicklungsländern) sind derzeit mindestens 2 Mrd. überschüssige Zertifikate auf dem Markt. Als Folge dieser Überausstauung ist der Zertifikatepreis so niedrig, dass von ihm kein Anreiz ausgeht, in Klimaschutz zu investieren oder die klimaschädliche Kohleverstromung aus dem Markt zu drängen.

Statt der ursprünglich erwarteten 17-20 Euro pro Tonne emittiertes C02 war der Preis zwischenzeitlich sogar deutlich unterhalb von 5 Euro pro Tonne gesunken, weit davon entfernt eine ökologische Lenkungswirkung zu entfalten. So sind die Klimaziele für 2020, 2030 und 2050 nicht zu erreichen. Notwendige Investitionen im erforderlichen Umfang rechnen sich nicht.

Wir wollen die bestehenden Schwächen des Emissionshandels abbauen und dadurch seine klimapolitische Wirksamkeit erhöhen. Dazu wollen wir

- überschüssige Zertifikate in Höhe von mindestens 2,0 Mrd. Emissionsberechtigungen dauerhaft vom Markt nehmen und löschen (set-aside);
- die klimapolitische Verlässlichkeit und Rechtssicherheit weit über 2030 hinaus sichern, indem wir heute schon die jährlichen Emissionsobergrenzen (CAPs) bis 2050 fortschreiben, die sich an einem langfristigen Minderungsziel von minus 95% orientieren. Dafür wollen wir den notwendigen Reduktionsfaktor, entsprechend anpassen.
- die zulässigen jährlichen Emissionsobergrenzen (CAP)s in regelmäßigen Abständen überprüfen, um sie an den Ausbau der erneuerbaren Energien anzupassen bzw. um diese im Zuge notwendiger Anpassungen der Klimaziele im Rahmen eines UNFCCC Klima- Abkommens stärker absenken zu können.
- Emissionszertifikate für Industrie und Flugverkehr grundsätzlich zu 100 Prozent versteigern, statt sie weiterhin kostenlos zuzuteilen. Im Falle eines tatsächlich eintretenden Verlagerungsdrucks auf kohlenstoffintensive Unternehmen wollen wir diese im Gegenzug durch gezielte Hilfen unterstützen.
- bis zur Wirksamkeit von Reformen durch eine jährlich steigenden nationalen CO_2 -Mindestpreis für Zertifikate drastische Preisschwankungen verhindern und Spekulationen eindämmen.

Raus aus fossilen Industrien – die „Divestment"-Bewegung unterstützen

Wir müssen raus aus den fossilen Industrien. Das Stichwort dazu lautet „Divestment".

Es geht darum, dass institutionelle Investoren und private Anlegerinnen und Anleger – ob direkt oder per Finanzinstitut - den Unternehmen klar machen: wenn euer Geschäftsmodell auf fossile Rohstoffe setzt, dann ziehen wir unser Kapital ab. Wenn der Klimavertrag von Paris umgesetzt wird, sind Investitionen in Kohle, Gas und Öl mittelfristig ein Verlustgeschäft. Denn fossile Rohstoffe, die nicht verbrannt werden können, sind finanziell wertlos. Auch viele Städte und Kommunen haben viel Geld in fossile Energieträger investiert. Hier wollen wir ebenfalls ansetzen. Ziel ist, dass so viel Kapital wie möglich aus fossilen Energieträgern abgezogen wird.

Der Pensionsfonds Norwegens und die Allianz-Gruppe sind bereits heute Schwergewichte am globalen Finanzmarkt mit einer klaren Strategie raus aus Kohle.

Wir wollen

- die Klimarisiken im Finanzsektor durch eine verpflichtende Klimaberichterstattung großer Unternehmen offenlegen.
- Ländern und Kommunen sowie Pensionsfonds helfen, klimafreundlich zu investieren
- grüne Investitionsmöglichkeiten durch eine Zertifizierung stärken.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Eine digitale Wirtschaft kann zur ökologischen Mobilitäts- und Energiewende beitragen. Sie schafft zukunftssichere Arbeitsplätze, neue Geschäftsmodelle und schützt unsere Lebensgrundlagen.

Smart Grids – intelligente, digital gesteuerte Netze – helfen, die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen. Digital miteinander vernetzte Verkehrsträger und Verkehrsströme sind intelligent steuerbar. Durch neue Verfahren wie den 3-D-Druck, bessere Sensorik und digitale Vernetzung, durch gezielte Automatisierung oder Assistenzsysteme können Produktionsprozesse umwelt-, klima- und arbeitnehmerfreundlicher werden. Dematerialisierung, Virtualisierung und bessere Steuerbarkeit in der Produktion können sowohl bei KMUs als auch in der Großindustrie einen wichtigen Beitrag zur Energie- und Ressourcenwende leisten. Transportwege werden überflüssig, weniger Rohstoffe verbraucht und Abfall produziert. Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Home-Office reduziert Pendlerströme. Nie zuvor war es so einfach, Dinge und Erfahrungen über Sharing-Plattformen zu teilen. Das reduziert materiellen Konsum und stärkt Verbrauchermacht. Und Wissen wächst, wenn man es teilt – und die richtigen Weichen hierfür stellt. Diese Dynamik wird noch deutlich zunehmen.

Wir wollen

- ein zukunftsfähiges Breitbandnetz auf der Basis von Glasfaser ausbauen und dafür Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro in Bundesbesitz umwidmen und in eine Infrastrukturgesellschaft zum Glasfaserausbau überführen.
- durch ein Open Data-Gesetz sehr viel mehr offene Daten zur Verfügung stellen, auf deren Basis Innovationen und Geschäftsmodelle ermöglicht werden.
- Forschungsbonus für Kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Der Bonus beträgt 15 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsausgaben und wird als Steuerermäßigung gewährt. Er senkt die zu zahlende Unternehmenssteuer oder wird ausgezahlt
- einen guten, innovativen Datenschutz sowie höchste IT-Sicherheitsstandards. Das sehen wir als Chance, unsere Stellung als Marktpionier auszubauen.
- Green-IT-Konzepte vorantreiben und die Energieeffizienz von Geräten, Übertragungswegen und Rechenzentren weiter verbessern.
- mit der BildungsZeit Plus Menschen fördern, die sich beruflich weiterbilden und Schritt halten wollen mit den Veränderungen der Arbeitswelt. Sie finanziert mit einem individuellen Mix aus Darlehen und Zuschuss die Kosten der Weiterbildung und sichert den Lebensunterhalt gerade für Menschen, die weniger haben.
- sicherstellen, dass Arbeit zwar selbstbestimmter aber nicht grenzenlos wird und damit auch für selbstständige Erwerbstätige im IT-Bereich und für Crowdworker hohe soziale Standards durchsetzen.

Die soziale Dimension des grünen Wirtschaftens

Die ökologische Modernisierung ist auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Sie wird nur gelingen, wenn es in Wirtschaft und Gesellschaft – bei uns und international – gerecht zugeht. Sonst gewinnt der wirtschaftliche Interessenkampf die Oberhand und die Bereitschaft schwindet, Produktion und Konsum im längerfristigen Interesse aller ökologisch umzubauen.

Deshalb sehen wir die Beschäftigten und die Gewerkschaften als Bündnispartner in diesem Prozess. Wir setzen bei der grünen Modernisierung auf gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflichen Schutz, denn so entsteht Akzeptanz bei den Beschäftigten und in der Bevölkerung. Gleichzeitig setzen wir uns für zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme, eine armutsfeste Grundsicherung, eine gerechte Verteilung von Teilhabechancen, Einkommen und Vermögen und eine strikte Regulierung der Finanzmärkte ein. Wir sorgen für fairen Wettbewerb und stellen uns gegen eine ungerechte Machtwirtschaft.

Grüne Politik will die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Chancen einer nachhaltigen Arbeitswelt allen Menschen zugutekommen und die Arbeits- und Sozialstandards dafür weiterentwickeln. Bei diesem Modernisierungsprozess zeigen wir Alternativen für diejenigen auf, deren bisherigen Arbeitsplätze bedroht sind oder gar wegfallen. Insbesondere gering qualifizierte Menschen müssen durch zukunftsfähige Aus- und Weiterbildungsangebote den Weg in die Arbeitswelt finden.

Wir erhalten Arbeitsplätze, indem wir mit ökologischen Produkten und Dienstleistungen weltweit an der Spitze stehen. Gerade die deutsche Automobilindustrie muss den Umbruch hin zu alternativen Antrieben und neuer Mobilität schaffen, bevor uns andere Länder den Rang ablaufen.

Die Ärmsten sind diejenigen, die am unmittelbarsten und am heftigsten den Auswirkungen von Klimakrise und Umweltzerstörung ausgeliefert sind. Umwelt- und gesundheitsschädigende Produktionsprozesse wurden in Entwicklungs- und Schwellenländer ausgelagert. Es sind Menschen in Asien, Afrika und Südamerika, deren Gesundheit durch die Arbeit mit giftigen Stoffen und unmenschliche Arbeitsbedingungen in Bergminen oder den Auswirkungen der Klimakrise am meisten bedroht ist. Standards in den Bereichen Menschenrechte, Ökologie und Soziales müssen auch in internationalen Lieferketten eingehalten werden. Hierzu braucht es verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, verbesserte Klagemöglichkeiten, mehr Transparenz und effektive Sanktionen. Diese Maßnahmen führen dazu, dass die Einhaltung von Menschenrechten nicht zum Wettbewerbsnachteil wird. Außerdem leistet die nachhaltige Ausgestaltung internationaler Produktions- und Lieferketten einen bedeutenden Beitrag zu Klimaschutz und zur globalen Gerechtigkeit.

Ein Neues Maß für den Wohlstand unserer Gesellschaft – Jahreswohlstandsbericht

Wohlstand und Lebensqualität bilden sich in den Zahlen des Bruttoinlandsproduktes nicht gut ab. Wir schlagen deshalb ein neues Wohlstandsmaß vor. Der grüne Jahreswohlstandsbericht misst neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen. Wir stellen diesen Bericht jedes Jahr im Januar dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung entgegen, um damit mehr als das BIP in den Blick zu nehmen. Auch auf Unternehmensebene können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen prüfungspflichtige Unternehmen verpflichten, in ihrem Jahresabschluss neben Umsatz und Gewinn auch nicht-finanzielle Indikatoren aufzuführen, wie zum Beispiel CO_2-Emissionen oder die Einhaltung von Arbeitsnormen.

Dieses neue Wohlstandsmaß und Indikatorenset ist wesentliche Voraussetzung für gute Politik und damit ein zentrales wirtschaftspolitisches Thema. Dazu ist es hilfreich, sich noch mal die wesentlichen Kritikpunkte am Bruttoinlandsprodukt zu vergegenwärtigen:

- Der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und Sozialkapital sind im BIP nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen vornehmen, macht der Staat dies bisher nicht.
- Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden sind eigentlich Kosten, die lediglich den Status quo wiederherstellen, der vor der Umweltschädigung existierte. Sie erscheinen aber im BIP als Steigerung, obwohl niemand ernsthaft behaupten würde, dass beispielsweise die Ölpest im Golf von Mexiko ausgelöst von der Bohrplattform Deep Water Horizon zu einer Wohlfahrtssteigerung beigetragen hat.

Im Grünen Wohlstandsbericht geht es um harte ökonomische Fakten. Unser Konzept geht vom Kapitalbegriff aus, erweitert diesen jedoch. Berücksichtigt wird auch Natur- und Sozialkapital, dessen Verfügbarkeit zum einen natürlich ein Wert an sich ist, zum anderen aber auch elementar für wirtschaftlichen Erfolg ist.

Mit diesen Indikatoren wollen wir zukünftig Wohlstand in Deutschland messen[1] und den Fortschritt der ökologisch-sozialen Transformation der Wirtschaft langfristig abbilden:

Warum ist ein neues Wohlstandsmaß aus unserer Sicht so wichtig? Der wirtschaftliche Erfolg in unserem Land kommt längst nicht bei allen an und weder die Einkommen noch die Zukunftschancen sind fair verteilt. Die wirtschaftliche Prosperität kann allzu oft nur auf Kosten von Natur und Umwelt erhalten werden. Ein umfassendes Wohlstandsmaß, in dem neben ökonomische auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen anhand messbarer Kriterien in einer übersichtlichen und verständlichen Weise dargestellt werden, hilft dabei, die notwendige Debatte über Fehlentwicklungen und politische Handlungserfordernisse zu versachlichen und zu intensivieren. Nur was wir messen können, können wir auch verändern.

[1] https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/publikationen/reader/18-94_Jahreswohlstandsbericht_2017_web_.pdf

TEXTE ZUR TRANSFORMATION AUSGEWÄHLTER BRANCHEN UND SEKTOREN

Grüne Modernisierung durch Innovation und Forschung: Innovationen, Wissenschaft und Forschung als Treiber des Wandels

Nur mit Kreativität und Erfindergeist wird es uns gelingen, anders und besser zu wirtschaften. Wissenschaft und Forschung sind die wichtigsten Ressourcen für die ökologisch-soziale Erneuerung. Sie sind Ideengeber, Vorreiter und kritische Begleiter von Innovationen. Im grünen Leitbild sind die kreativen Freiräume für Wissenschaft und Forschung geschützt. Gleichzeitig orientiert es Wissenschaft und Forschung auf die großen globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, wie Klimakrise, Ressourcenknappheit, demographischer Wandel oder Urbanisierung. Wissenschaft und Forschung überwinden oder erneuern das Alte, treiben an und gestalten Zukunft. Sie arbeiten vernetzt mit der Gesellschaft und über disziplinäre Grenzen hinweg.

Im grünen Innovationssystem der Zukunft haben Universitäten, Fachhochschulen und Labore Freiraum, um gewagte Forschungsideen zu testen und disziplinäre Grenzen zu überschreiten. Sie kooperieren mit Unternehmerinnen und Unternehmern und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Entwicklung sozialer und technischer Innovationen. In Gründerzentren arbeiten Forscherinnen und Forscher gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft. In „Reallaboren" führen Forscherinnen und Forscher „Realexperimente" im gesellschaftlichen Kontext durch, um über soziale Dynamiken und Prozesse zu lernen. In Stadtteilen oder Regionen, Unternehmen oder Dienstleistungssystemen werden etwa Klimaschutz-Strategien, moderne Stadtentwicklung, neue Mobilitäts- und Konsummuster erprobt und durch Begleitforschung beobachtet und ausgewertet.

In einem solchen Innovationssystem entwickelt sich Akzeptanz für soziale und technische Innovationen in Gesellschaft und Wirtschaft, denn sie werden im gesellschaftlichen Dialog entwickelt.

Im grünen Leitbild zählt gesellschaftliche Relevanz genau so viel wie wissenschaftliche Exzellenz. Dazu gehören etwa Fragen der „Tragekapazität" oder „Resilienz" von ökologischen, ökonomischen und sozialen Systemen. Ingenieurinnen und Naturwissenschaftler arbeiten gemeinsam mit Sozialwissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftlern an großen Themen wie Rohstoffverknappung und Klimakrise, sozialen und kulturellen Disparitäten, Globalisierung und Urbanisierung, dem Wandel der Arbeitswelt, der Gesundheitssysteme, des Mobilitäts- und Konsumverhaltens. Psychologen und Soziologen identifizieren individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse, Informatikerinnen und Produktdesigner entwickeln gemeinsam einen Prototyp. Ein kleines Unternehmen testet den Prototyp und Betriebswirte erarbeiten Strategien zur Verbreitung in Wirtschaft und Gesellschaft.

So würde transformative Wissenschaft zum wesentlichen Bestandteil des Forschungssystems.

Wege zu einem grünen Innovationssystem

Innovationsprozesse basieren auf Transferprozessen: Aus guten Ideen und Erfindungen wissenschaftlicher Forschung sollen marktreife Produkte und Dienstleistungen entstehen können. Ob MP3-Technologie, Solarzelle oder Mikrokredite – bei all diesen Erfindungen spielten Forschung und Wissenschaft die entscheidende Rolle. Wir brauchen eine langfristig angelegte Forschungsförderung für die sozial-ökologische Transformation.

Wir müssen die Freiräume des Denkens, des Lernens, des Lehrens, des Forschens und der Erneuerung schützen. Universitäten, Fachhochschulen, Hochschulen für angewandte Forschung und Forschungsorganisationen und auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen Planungssicherheit. Nur so ist gewährleistet, dass Forscherinnen und Forscher quer und neu denken. Denn sie sind in unserer Wissensökonomie die Quellen kluger Innovationen und künftigen Wohlstands.

Eine -soziale-ökologisch Transformation erfordert Veränderungen in praktisch allen Wirtschaftsbranchen und Gesellschaftsbereichen. Deshalb muss eine Forschung, die diese Transformation unterstützt, breit angelegt sein. Dafür brauchen wir das Zusammenwirken unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen im Forschungsprozess. Gerade gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven können viel dazu beitragen, Innovationsprozesse zu gestalten. Schließlich geht es bei den Antworten auf die großen Herausforderungen im Kern um gesellschaftliche Veränderungsprozesse.

Bloße technische Anwendungsdesigns, die Auswirkungen auf gesellschaftliche Entwicklungen ausblenden, beeinträchtigen Akzeptanz. In der Vergangenheit wurden etwa Assistenztechniken für Seniorinnen und Senioren allzu oft an den Bedürfnissen von alten Menschen vorbei entwickelt. Hätten Alters-, Pflege- und Ingenieurswissenschaften hier von Beginn an zusammen geforscht, wäre das vermieden worden. Bei der Entwicklung z.B. des Körperscanners zur Fluggastkontrolle („Nacktscanner") wurde viel zu spät das Unbehagen von Passagieren und Datenschützern bedacht und mögliche Akzeptanz- und Ethikprobleme wurden nicht berücksichtigt.

Technische Innovationen können Ressourcen schonende Alternativen zu bestehenden Produkten oder Gebrauchstechnologien entwickeln. Doch die Verbreitung dieser Technologien erfordert oft auch soziale Innovationen. Neue Formen der Mobilität erfordern eine Änderung von etablierten Sichtweisen, Routinen und Verhaltensmustern. Deswegen müssen Lösungen im gesellschaftlichen Dialog entwickelt werden.

Bei der ökologisch-sozialen Modernisierung sind wir auch auf alternative und von Mainstream-Meinungen in der etablierten Forschung abweichende Betrachtungsweisen angewiesen. Wir brauchen Forschung mit gewagten Forschungsideen, die etabliertes Wissen grundlegend herausfordert und dabei in der Startphase unterstützt wird.

Transformative Wissenschaft und Forschung ist besonders dazu geeignet, technologische und gesellschaftliche Ansätze von Innovation zu verknüpfen. Die Erforschung gesellschaftlicher Umwandlungsprozesse steht bei ihr im Zentrum. Die außeruniversitären unabhängigen ökologischen Forschungsinstitute sind Pioniere dieses Wandels und haben erfolgreich zur Diversifizierung von Forschungsagenden beigetragen. Daher sollten sie stärker gefördert und weiter profiliert werden.

Unternehmen spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Innovationen, sei es bei der Entwicklung von Prototypen oder bei Demonstrationsprojekten, die Forschungseinrichtungen oft nicht leisten können. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) bieten mit ihrem technologischen Wissen und ihrer Kreativität enorme Chancen für die ökologische und soziale Erneuerung unserer Wirtschaft. Es sind KMU, die alternative Angebote auf den Markt bringen, Zukunftsfelder erschließen und die lokale Wertschöpfung unterstützen. Gerade sie sind oft hochinnovativ. Ihr Potenzial müssen wir besser ausschöpfen. Häufig fallen sie durchs Raster der Forschungsförderung, weil Beantragungswege zu bürokratisch sind. Oder auch weil es für ihre Ideen gar kein passendes Programm gibt. Das wollen wir ändern.

Politische Unterstützung des Umbaus

Unsere Aufgabe in der Innovations- und Forschungspolitik sehen wir darin, gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass das Potenzial von Wissenschaft und Forschung für den sozial-ökologischen Wandel voll ausgeschöpft werden kann. Das gelingt, wenn Grundlagenforschung und Forschungsprogramme unabhängig, frei und an Nachhaltigkeit orientiert sind.

- **Ausbau der Grundfinanzierung an Hochschulen**

Wissenschaftsfreiheit ist der Motor für soziale und technische Innovationen. Schließlich ist nicht jede Neuerfindung vorhersehbar. Innovationen entstehen meist nicht aus interessengeleiteter Forschung heraus. Eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Wissenschaft ist Garant für weitgehende Autonomie. Daher fordern wir einen Ausbau der Grundfinanzierung an Hochschulen. Nur so kann sichergestellt werden, dass es an Hochschulen eine Fächervielfalt gibt, dass gewagte Forschungsideen und unkonventionelle Ansätze eine Chance bekommen, dass der wissenschaftliche Nachwuchs sich entwickeln und entfalten kann.

Seit der Reform des Grundgesetz-Artikels 91b dürfen Bund und Länder bei der Wissenschaftsfinanzierung umfangreicher kooperieren. Das sollten wir für eine bessere Grundfinanzierung nutzen. Das verschafft den Hochschulen auch neue Spielräume, um die Personalstruktur an den Hochschulen zu modernisieren, mehr Stellen und faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht klare Karrierewege sowie mehr feste und dauerhafte Stellen, damit mit Sicherheit kreativ geforscht werden kann. Wir setzen uns für neue Personalkategorien und mehr unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten ein.

- **Programmpolitik für mehr Nachhaltigkeit**

Programmorientierte Forschung setzt entscheidende Anreize für eine nachhaltige Ausrichtung im Wissenschaftssystem.

Wir wollen eine Neuausrichtung der Forschungsprogramme des Bundes Der alte wirtschafts- und technologiegetriebene Innovationsansatz hat ausgedient. Jetzt kommt es darauf an, Ziele wie Wirtschaftswachstum und Marktrelevanz konsequent in ökologische und soziale Erfordernisse, also mit Blick auf das Gemeinwohl, einzubetten. Die Hightech-Strategie der Bundesregierung muss deshalb konsequent darauf zugeschnitten werden, dass globale und gesellschaftliche Herausforderungen erforscht und Innovationen entwickelt werden können, die mehr Lebensqualität auf klima- und sozialverträgliche Weise schaffen. Das bedeutet zum einen einer auskömmlichen Finanzierung der erkenntnis- und neugiergetriebenen Grundlagenforschung. Zum anderen müssen Forschungsbedarfe stärker berücksichtigt werden, die sich aus den nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals) und dem Pariser Klima-Abkommen ergeben.

Die Hightech-Strategie der Bundesregierung muss sich an einem erweiterten Innovationsverständnis ausrichten und einen Kriterien geleiteten Nachhaltigkeitsbegriff integrieren. Vorbild kann das Rahmenprogramm FONA zur Forschung für Nachhaltige Entwicklung sein. Wir wollen Forschungsansätze finanziell stärken, die interdisziplinär vorgehen und an gesellschaftliche Lebenswelten angebunden sind. Wir wollen neue Kooperations- und Austauschformate zwischen Sozial- und Geisteswissenschaften und Natur- und Technikwissenschaften entwickeln und fördern, um mehr interdisziplinären Transfer zu ermöglichen. Reallabore, die innovative Lösungsansätze erproben, sollen Bestandteil der Förderinstrumente und -richtlinien sein. Ebenso wie Gründerzentren, die Ausgründungen und einen Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen.

- **Mehr Partizipation**

Wir möchten die außeruniversitären, unabhängigen ökologischen Forschungsinstitute als die Pioniere des Wandels längerfristig unterstützen. Dazu wollen wir interdisziplinäre Kooperationsplattformen einrichten, die sich thematisch an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen orientieren und an denen sich insbesondere Hochschulen, freie Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen und kleine und mittlere Unternehmen beteiligen können, Das nutzt auch der sozial-ökologischen Forschung.

Außerdem sollen gesellschaftliche Stakeholder genauso selbstverständlich wie Wirtschaftsvertreter an der Entwicklung von Forschungsagenden beteiligt werden. Um das Know-how und den Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Forschungsfragen zu stärken, wollen wir Projekte unterstützen, die die diese in die Lage versetzen, die Zusammenarbeit zwischen und Gesellschaft und Forschung zu intensivieren.

- **Förderung unternehmerischer Innovationen**

Mit dem Forschungsbonus schlagen wir eine flexible Förderung vor, die kleinen und mittelständischen Unternehmen Finanzierungsmöglichkeiten und mehr Spielraum für zusätzliche Investitionen für Forschung und Entwicklung gibt. Der Bonus soll 15 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsausgaben betragen. Er soll als Steuerermäßigung gewährt werden und senkt entweder die zu zahlende Unternehmenssteuer oder wird ausgezahlt. Das ist ein wichtiger Anreiz für innovative Startups, die anfangs noch keine Gewinne machen und deshalb keine Steuern zahlen. Zu viele Start-ups und Ausgründungen scheitern, weil das Kapital fehlt, um Forschungsergebnisse zu marktfähigen Produkten und Verfahren weiterzuentwickeln. Wir wollen daher auch die Zugänge zu Wagniskapital erleichtert. Wagniskapitel gibt Gründungen mehr Planungssicherheit für die zweite finanzierungsrelevante Phase der Vermarktung neuer Produkte oder Technologien.

Grüne Modernisierung der Finanzwirtschaft: Finanzwende vollziehen: Banken wieder in den Dienst der Realwirtschaft stellen und Geld in die grüne Transformation umlenken

Es ist eine notwendige Voraussetzung für die Grüne Transformation, dass der Finanzmarkt der Realwirtschaft dient. Zur Unterstützung der ökologischen Modernisierung sollen Investitionen zudem in sozial und ökologisch nachhaltige Anlagen kanalisiert werden. Die Finanzwende führt uns zu einem Finanzsystem mit den folgenden Grundzügen:

Alle Finanzdienstleister verfügen über großzügige Eigenkapitalpuffer, es bestehen verlässliche Einlagensicherungen in Deutschland und zur Rückversicherung auf der Europäischen Ebene. „Too Big to fail" gehört der Vergangenheit an. In Krisensituationen werden so nicht mehr die Steuerzahler*innen in Haftung genommen und die Kund*innen müssen nicht um ihre Ersparnisse fürchten. Der Teufelskreis aus Bankenkrise, die zur Staatsschuldenkrise führt, die wiederum die Probleme der Banken verstärkt, ist durchbrochen.

Neben den klassischen Finanzdienstleistungen gibt es Wagniskapital-Investoren, peer to peer lending insb. crowd funding Plattformen. Letztere helfen innovativen, sozialen und ökologischen Unternehmen und Investoren zusammenzufinden, denen nicht nur die betriebswirtschaftliche Rendite sondern auch der Beitrag zum Gemeinwohl wichtig sind. Unterstützt werden diese Marktakteure von öffentlichen Förderbanken, deren Förderpolitik die nachhaltige Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen anstößt und begleitet.

Da alle Unternehmen ausführliche Nachhaltigkeitsstrategien befolgen und transparent darüber berichten, ist es für Investoren und Versicherungen einfach, Finanzprodukte anzubieten, die sozialen und ökologischen Kriterien

entsprechen. Bei jeder Finanzberatung, wird ausdrücklich nachgefragt, ob dem/r Kund/in ethische Anlagekriterien wichtig sind. Für staatlich geförderte Finanzprodukte, etwa im Zuge der Altersvorsorge, gibt es verbindliche Nachhaltigkeitskriterien. Die öffentlichen Körperschaften und Unternehmen mit öffentlichen Beteiligungen sind schon lange aus allen Aktien, die nicht strikten Nachhaltigkeitskriterien entsprechen, ausgestiegen. Somit wurden Milliarden frei für Investitionen in erneuerbare Energien, die Entwicklung von Akkus oder den Ausbau von Kindertagesstätten.

Finanzdienstleister wie Banken und Versicherungen gehen verantwortungsvoll mit den Ersparnissen und Rücklagen für die Altersversorge ihrer Kund*innen um. Die Beratung der Kund*innen in Finanzfragen wird von Interessenkonflikten, wie schädlichen Provisionssystemen, befreit. In der Folge können sich Kund*innen darauf verlassen, dass die Berater*innen wirklich auf ihrer Seite stehen und ein Produkt empfehlen, dass für ihre Zwecke taugt. Unabhängig von der Anlage werden die Kund*innen sachgerecht über die Risiken beraten, die sie eingehen. Der Siegeszug der unabhängigen Beratung führt dazu, dass sich Banken in Beratungsdienstleister und Produktanbieter aufspalten.

Stand heute: Dysfunktionale Finanzmärkte

Finanzmärkte, wie sie sich derzeit darstellen, sind jedoch ein Hindernis für die Grüne Transformation. Denn sie sind dysfunktional. Sie werden ihren grundlegenden Aufgaben, Ersparnis und Investition zusammenzubringen, Risiken sinnvoll zu steuern, Zahlungsvorgänge effizient im Interesse der realwirtschaftlichen Akteure abzuwickeln, derzeit nicht gerecht.

Die Finanzmärkte sind zu groß, wir müssen sie schrumpfen auf die Geschäfte, die für die Realwirtschaft notwendig sind

Die Finanzmärkte sind in den vergangenen Jahrzehnten enorm gewachsen. Ein Indikator für dieses Wachstum ist der Wert der ausstehenden Finanzaktiva wie Aktien, Wertpapiere oder Derivate. 1980 belief sich diese Summe auf das Fünffache der jährlichen Wirtschaftsleistung der USA, 2005 bereits auf das Zehnfache. Der Wert von festverzinslichen Wertpapieren hat sich mehr als verdreifacht, von 57 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung im Jahr 1980 auf 182 Prozent im Jahr 2007, und der Wert von Aktien stieg von 50 Prozent auf 141 Prozent. Und die Finanzmärkte wachsen noch immer unaufhörlich. Ein Beispiel: 1982 lagen die Profite der Finanzindustrie gemessen an allen Gewinnen in den USA noch bei sieben Prozent. Damals erfüllten die Banken noch das klassische Dienstleistungsgeschäft für die Realwirtschaft. Doch dann kam die große Expansion der Finanzmärkte, ausgelöst durch mehrere Deregulierungsschritte. Gegen Ende desselben Jahrzehnts hatte der Sektor seinen Anteil an den Gesamtgewinnen der US-Volkwirtschaft mit knapp 20 Prozent bereits fast verdreifacht, um 2002, kurz nach dem Jahrtausendwechsel, auf unglaubliche 40 Prozent anzuwachsen. Durch die Krise ging dieser Wert zurück. Im Moment steigt er wieder. Der Finanzsektor entwickelt immer stärkere parasitäre Tendenzen. Je größer der Finanzmarkt ist, desto mehr verkommt er zu einer Umverteilung von unten nach oben:

Die Übergröße des Sektors und die enorme Geschwindigkeit und Komplexität an den Finanzmärkten führen dazu, dass die für Finanzmärkte typische Instabilität zum Problem für andere wirtschaftliche Sektoren wird. Finanzmarktakteure nutzen dieses System, um mit Geld Geld zu verdienen und der Realwirtschaft gut ausgebildete Leute und Renditen zu entziehen, die dann für gesellschaftlich sinnvolle Projekte nicht mehr zur Verfügung stehen. Profiteure sind die Finanzmarktakteure, die Zeche zahlen die SteuerzahlerInnen, die Unternehmen sowie die VerbraucherInnen, MieterInnen und privaten KleinanlegerInnen. So, wie die Märkte derzeit ausgestaltet sind, führen sie häufig zu einer Bereicherung weniger, während die Risiken im gesamten Finanzsystem extrem steigen. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Nur wenn wir es schaffen, diese grundlegenden Probleme zu lösen, werden die Finanzmärkte eine konstruktive Rolle bei der ökologisch-sozialen Transformation spielen können. Wir dürfen dabei nicht nur einzelne Institute oder Produkte betrachten, sondern müssen das gesamte Finanzsystem in den Blick nehmen. Gleiches gilt für die Aufsichtsbehörden, die diese „Makro-Perspektive" bislang kaum eingenommen haben.

Europa braucht keine Mega-Banken – Too big to fail beenden

Nachhaltige Finanzmärkte werden eine Illusion bleiben, solange wir das „Too-big-to fail"-Problem nicht gelöst haben. Acht Jahre nach dem Beginn der Finanzkrise sind große Banken immer noch in der Lage die Politik zu erpressen. Gleichzeitig sind die Preise durch diese Risikoübernahme durch den Steuerzahler verzerrt. So hat die Bank of England berechnet, dass für die 28 größten Banken weltweit der Vorteil, den sie aus ihrem Status als Großbanken ziehen, jährlich 250 Milliarden US-Dollar ausmacht. Die Deutsche Bank kann sich immerhin über bis zu 17 Milliarden jährlich freuen. Die Kosten für die Haftung sind im Schadensfall erheblich. Irland musste zwischen 2008 und 2011 mehr als 40 Prozent seines BIP zur Stützung seiner Banken aufwenden. In Griechenland war es mehr als ein Viertel des BIP und in Deutschland immerhin 16% des BIPs. Diese „Arbeitsteilung" müssen wir beenden: Verantwortung und Haftung gehören zusammen. Wer Gewinnchancen eingeht, muss auch für die Risiken haften.

Der Finanzsektor wird immer selbstreferenzieller

Der Finanzsektor bezieht sich immer stärker auf sich selbst. Die Verbindungen zur Realwirtschaft werden zusehends gekappt. So lässt sich 80 Prozent der Preisbildung auf dem Aktienmarkt auf das Verhalten anderer Finanzmarktteilnehmer zurückführen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Hochfrequenzhandel: Die Akteure sind nur darauf aus, durch noch schnellere Computer Zeitvorsprünge im Millisekundenbereich zur Profitsteigerung zu nutzen und gleichzeitig völlig abgekoppelt von der Realwirtschaft zu agieren. Diese Händler, die sich nur noch auf andere Händler beziehen, machen einen enormen Anteil des heutigen Handels aus. Im Devisenhandel gehen bereits etwa die Hälfte der Transaktionen auf ihr Konto. An der Deutschen Börse ist der Hochfrequenzhandel für rund 40 Prozent des Aktienhandels verantwortlich. Ähnliche Tendenzen, sich völlig von der Realwirtschaft abzukoppeln, lassen sich an vielen anderen Stellen beobachten. Sei es bei der Nahrungsmittelspekulation, der Immobilienspekulation oder auch bei den ManagerInnengehältern und -boni.

Kriminelle Aktivitäten verdrängen ehrliche MarktteilnehmerInnen und wichtige Investitionen

Die Finanzmärkte sind offen für illegale und halblegale Praktiken. Dies ist nicht nur ein Problem der Justiz, es ist auch ein wirtschaftspolitisches Problem. Denn durch die Praktiken werden ehrliche MarktteilnehmerInnen und gesellschaftlich wichtige Investitionen verdrängt. Ein Beispiel: Wenige Superreiche und große Banken haben mit sogenannten Cum-Ex-Geschäften zehn Jahre lang eine Gesetzeslücke genutzt und den SteuerzahlerInnen um geschätzte 12 Milliarden Euro gebracht. Ein weiteres Beispiel: Deutschland gilt international als Paradies für Geldwäsche. In Italien durch die Mafia erwirtschaftetes Geld wird in Deutschland gewaschen und bildet das Schmiermittel für Frauen- und Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Terror. Aber auch die großen Bankhäuser sind nicht unbeteiligt. Die Deutsche Bank musste sich in den letzten Jahren beispielsweise wegen der Manipulation des so genannten Libor-Referenzzinssatzes verantworten. Der Libor hat großen Einfluss auf eine Vielzahl anderer Finanzmarktgeschäfte. Die Liste ließe sich fortsetzen. Das Geld, was durch diese Aktivitäten falsch gesteuert wird oder verloren geht, fehlt letztlich für sinnvolle Investitionen.

Zu viele blinde Flecken

Je komplexer und umfassender die Regulierung im Bankenbereich wird, desto größer sind die Anreize zur Umgehung. So befördert einseitige Regulierung das Entstehen neuer blinder Flecken. Der Internationale Währungsfonds warnt daher explizit vor einer Verschiebung der Risiken vom Bank- in den so genannten Schattenbankbereich. Hauptakteure sind von den Banken ausgelagerte Zweckgesellschaften, unabhängige Geldmarktfonds oder Hedgefonds. Durch die enge Verknüpfung von Banken mit diesen hybriden Strukturen bestehen Ansteckungsgefahren, die ein Stabilitätsrisiko für den Finanzmarkt bedeuten und der Aufsicht verborgen bleiben können. Besondere Gefahr droht von einem unkontrollierten Schuldenaufbau (leverage).

Faire Arbeitsbedingungen in Banken fehlen

Die Beschäftigten stehen häufig unter einem erheblichen Druck, wenn sie nur schwer erreichbare Zielvorgaben erfüllen müssen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Zielvorgaben einer guten Beratung widersprechen, weil der Verkauf von Kapitalanlagen im Vordergrund steht. Nicht selten halten Beschäftigte dem Druck nicht stand und werden psychisch krank. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen und erreichbare Zielvorgaben, die den Wertevorstellungen und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten entsprechen.

Verzerrte Preise aufgrund von Marktversagen

Die Preise am Finanzmarkt sagen heute nicht die Wahrheit. Ein zentrales Beispiel: Fossile Industrien sind massiv überbewertet. Öl-, Gas- und Kohlekonzernen haben nach wie vor Börsenwerte von fast fünf Billionen US-Dollar. Dies kann zwei Konsequenzen haben: Entweder werden diese Anlagen bei einer stringenten Klimapolitik in den kommenden Jahren massiv an Wert verlieren. Oder die Gewinne sprudeln weiter, dann allerdings auf Kosten der

Allgemeinheit, weil die massiven Klima- und Umweltschäden letztlich von allen zu tragen sein werden. Auch staatliche Finanzmarktakteure sind noch signifikant in ökologisch schädlichen Anlagen investiert, was die Klimapolitik unglaubwürdig macht und dazu führt, dass sich auch Investoren nicht veranlasst fühlen, ihr Verhalten zu ändern. Schließlich sind auch Anlegerinnen und Anleger kaum in der Lage in sozial und ökologisch nachhaltige Produkte zu investieren, da die Transparenz auf dem Markt fehlt. Selbst wenn eine Anlegerin Investitionen in Kinderarbeit vermeiden möchte, wird sie es schwer haben, dies durchzuhalten. Dies beginnt schon beim Abschluss einer Lebensversicherung oder eines Riestervertrags. Nur etwa 1 Prozent der Riester-Produkte orientiert sich an ethischen Kriterien und macht selbige transparent. Der fördert also zu 99% einen Finanzmarkt, der seine eigenen gesellschaftlichen Ziele konterkariert. Die widersprüchliche Politik verteuert die Umsetzung gesellschaftlicher Ziele, die Mehrkosten zahlen Bürgerinnen und Bürger über höhere Steuern.

Es ist noch nicht gelungen, das Geld in nachhaltige Investitionen und in nachhaltige Entwicklung umzulenken. Noch immer wird viel zu wenig in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investiert, noch immer fehlen Eigenkapital-Investitionen in kritischen Entwicklungsphasen von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die mit guten Ideen versuchen, nachhaltige Produkte und neue Produktionsweisen am Markt zu etablieren. Häufig geht es hierbei auch um Genossenschaften und kleine Bewegungen, die intensiv die grüne Transformation voran zu treiben versuchen. Die Wende muss gelingen, Finanzmärkte müssen wieder der Gesellschaft dienen anstatt sie zu schädigen.

Die Grüne Modernisierung: Wege zu einer grünen Finanzwirtschaft

Es gibt zwei Aufgaben

Erstens, der Finanzsektor muss seiner gesellschaftlichen Dienstleistungsfunktion wieder gerecht werden. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für eine grüne Transformation. Dafür wird der Finanzsektor insgesamt im Verhältnis zur Realwirtschaft kleiner und weniger komplex werden müssen und seine kurzfristigen Renditeorientierung aufgeben. Diese Voraussetzung reicht jedoch nicht aus. Vielmehr braucht es zweitens für eine grüne Transformation gezielte Regeln für die systematische Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte die dafür sorgen, dass über die Finanzmärkte die Gelder in Investitionen fließen, die die grüne Modernisierung befördern. Im Folgenden geht dieser Text darauf ein, wie diese beiden Aufgaben bewältigt werden können.

Notwendige Voraussetzung:
Finanzmärkte neu aufstellen – als Dienstleister der Realwirtschaft mit langfristiger Ausrichtung statt kurzfristiger Renditeorientierung

1.) „Boring Banking" statt „too big to fail"

Dafür wollen wir,

- **ein klares Trennbankensystem** und Mechanismen, wie Banken ohne Schaden für die Realwirtschaft abgewickelt werden können;
- **stärkere Fusionskontrolle**, damit Banken nicht zu groß werden: Bei Banken, die bereits zu groß sind, brauchen wir ein Entflechtungsinstrument, um bei nicht mehr beherrschbaren Risiken aktiv eingreifen zu können;
- **eine Schuldenbremse für Banken**: Eine einfache, aber harte Eigenkapitalquote, die Banken dazu zwingen ihre Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu unterlegen. Wir orientieren uns dabei an den Vorschlägen des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium und wollen schrittweise 10 Prozent der risikoungewichteten Bilanzsumme als langfristige Zielmarke erreichen;
- **ein eigenes Aufsichtsregime für kleine, regionale Banken** mit einfachem Geschäftsmodell: Diese sollen mit harten, aber einfachen und damit bewältbaren Auflagen reguliert werden und nicht durch Regeln, die für Großbanken erdacht wurden, erdrückt werden.
- **makroprudenzielle Instrumente**: Um den Finanzsektor insgesamt auf eine angemessene Größe zurück zu fahren, ist es die Aufgabe der Aufsicht künftig nicht nur Einzelinstitute in den Blick nehmen, sondern auch eingreifen, wenn uns das gesamte System über den Kopf wächst.

2.) Langfristige Nachhaltigkeit fördern, Kurzfrist-Renditen unterbinden

Dafür wollen wir,

- **eine umfassende Finanztransaktionssteuer einführen**, die auch Devisen- und Derivatehandel mit einbezieht und relevant besteuert: So könnte Deutschland, vorsichtig geschätzt, jährlich 18 Milliarden Euro einnehmen.
- **Hochfrequenzhandel und Nahrungsmittelspekulation eindämmen**: Zum Beispiel durch eine komplette Umstellung des Handels auf feste Zeitintervalle, in denen Orders ausgeführt werden (so genannte frequent batch auctions). Schon eine Reduzierung auf eine Transaktion „nur" jede Sekunde würde helfen. Perspektivisch orientieren wir uns an einer Transaktion pro Minute.

- eine **„Strafsteuer" auf kurzfristige Refinanzierung** (außer bei Kundeneinlagen) einführen und Aktionärsrechte an Haltedauern knüpfen.

Trotz all dieser Maßnahmen werden Produkte bleiben, die so undurchsichtig sind, dass sich das Risiko von außen kaum abschätzen lässt. Viele dieser Produkte sind allein deshalb so kompliziert konstruiert, damit potentielle Abnehmer getäuscht werden. Solche intransparenten Produkte wollen wir gänzlich verbieten.

3.) Faire Finanzmärkte schaffen

Dafür wollen wir

- **kompromisslos gegen legale und halblegale Machenschaften vorzugehen**, die die Allgemeinheit um viel Geld bringen.
- **Aufklärung bei den Cum Ex-Geschäften**, mit denen der Allgemeinheit Milliarden Euro entwendet wurden,
- ein **wirksames Vorgehen von Bund und Ländern gegen Geldwäsche**.

Zum anderen wollen wir die Position von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken in dem wir

- die unabhängige Beratung**stärken** und die **provisionsgetriebenen Beratung einschränken**;
- die **Kosten bei der Riesterrente deckeln und ein staatlich bereitgestelltes Basisprodukt** als transparente Alternative für den Verbraucher einführen;
- eine **stärkere Zuständigkeit für den und effektive Wahrnehmung des kollektiven Verbraucherschutzes durch die Finanzaufsicht**.

4.) Licht ins Schattenbankwesen

Dafür wollen wir

- **Finanzmarktregulierung an der Funktion ausrichten, nicht am Akteur**: Gleiches Geschäft sollte auch gleich reguliert werden. Wer Einlagen jedweder Form annimmt und Kredite ausreicht, muss wie eine Bank reguliert werden.

Regulierung bürdet der Finanzindustrie Kosten auf – das ist der bewusste Preis, den wir auch politisch vertreten müssen. Es wäre schizophren, wenn die Förderung des Schattenbankwesens mit dem Argument vorangetrieben wird, es ermögliche günstigere Finanzierung. Wir dürfen nicht den Begehrlichkeiten aus der Branche nachgeben und Regulierungsvorschriften wieder auf Kosten der Finanzstabilität lockern.

Der Schritt ins Ziel: Finanzierung der grünen Transformation statt Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit

5.) Raus aus fossilen Industrien

Dafür wollen wir

- **die „Divestment"-Bewegung unterstützen:** Ziel ist, dass so viel Kapital wie möglich aus fossilen Energieträgern abgezogen wird. Ganz nach dem Motto: Die Steinzeit endete, obwohl es noch unzählige Steine gab, das fossile Zeitalter muss enden, obwohl es noch jede Menge Kohle und Öl im Boden gibt. Die „Divest"- oder „Divest Now"-Bewegung hat längst in Deutschland Fuß gefasst. Es geht darum, den großen Konzernen deutlich zu machen, dass das Risiko fossiler Investitionen hoch ist. Spätestens wenn Grüne im Bund Klima- und Energiepolitik machen, werden sie Investitionen in Fossile mittelfristig abschreiben müssen. Denn Fossile, die nicht verbrannt werden können, sind für die Energieunternehmen finanziell wertlos und werden zu "gestrandeten Wertanlagen" („stranded assets"). Auch zahlreiche Städte und Kommunen haben viel Geld in fossile Energieträger investiert. Münster hat auf Druck der Grünen bereits mit dem Divestment begonnen. Auch in anderen Städten machen Grüne Druck. Im Vorausgang zur Klimakonferenz in Paris haben die europäischen Grünen im September 2015 darum eine Divestment-Konferenz in Paris durchgeführt.

6) Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher schaffen

Dafür wollen wir

- ein **unabhängiges Siegel für nachhaltige Geldanlagen definieren**;
- in einem ersten Schritt eine **Definition von Mindestkriterien für nachhaltige Geldanlagen**, die den Ausschluss von bestimmten Investitionszielen beinhaltet: Das heißt, dass zum Beispiel Investitionen in Atomkraft und Rüstung ausgeschlossen sind, Normen wie die ILO-Kernarbeitsnormen und Umweltstandards eingehalten werden und ausbeuterische Kinderarbeit untersagt sind.
- ein **ausdrückliches Verbot von Investitionen in Anti-Personenminen und Streumunition** durchsetzen;
- im Beratungsgespräch die Verbraucherin oder der Verbraucher verpflichtend danach zu fragen, ob **nicht-finanzielle Kriterien berücksichtigt** werden sollen: Um dies zu ermöglichen, wollen wir Nachhaltigkeitsaspekte bereits bei der Ausbildung von Finanzberaterinnen und Finanzberatern verankern.
- **verbindliche Mindestkriterien für die staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukte**: Nur ca. ein Prozent der Riester-Produkte orientiert sich derzeit an ethischen Kriterien (Stand 2013).
- **Milliarden Euro in zukunftsweisende Investitionen statt in Kohle und Öl lenken**: Vorbild kann hier die Anlagestrategie des norwegischen Staatsfonds sein.

7.) Öffentliche Geldinstitute haben eine Vorbildfunktion

Dafür wollen wir,

- das Banken im öffentlichen Eigentum wie Sparkassen und Landesbanken an der offiziellen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung orientieren, und sich staatliche Kreditförderungsbanken wie die KfW, die Europäische Investitionsbank (EIB) und die European Bank for Reconstruction and

Development (EBRD) bei ihren Investitions- und Förderungsentscheidungen an den Klimazielen der EU orientieren.

- eine transparente Anlagenstrategie für öffentliche Vermögen, die sich konsequent an Nachhaltigkeitszielen orientiert: Der Staat muss sich der Hebelwirkung seiner Investitionen bewusst werden. Die Institute der Sparkassen Finanzgruppe könnten mit ihrer Bilanzsumme in Höhe von 2,2 Billionen EUR einen ganz erheblichen Impuls in die richtige Richtung setzen, wenn man dies mit der Größenordnung des gesamten Marktvolumens für nachhaltige Geldanlagen (127,3 Mrd. EUR) vergleicht.

8.) Aktiengesellschaften und Stiftungen neu ausrichten

Dafür wollen wir,

- alle börsennotierten Aktiengesellschaften verpflichten, **Nachhaltigkeitsstrategien mit konkreten ökologischen und sozialen Kriterien** auf der Hauptversammlung zu verabschieden und über die Einhaltung der Ziele zu berichten, wie über die Erreichung finanzieller Ziele auch.
- eine **Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts**: Stiftungen sollen den Nachweis erbringen, dass sie bei der Anlage ihres Kapitals ebenso dem Stiftungszweck genügen wie bei der Verwendung der Erträge und dabei ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien folgen, sodass beispielsweise Investitionen in Anti-Personenminen und Streumunition ausgeschlossen sind.

Alternative Ansätze

Es gibt mittlerweile eine vielfältige Szene von neuen Akteuren, die einen anderen Umgang mit Geld pflegen und alternative Anlagemöglichkeiten bieten. Dazu zählen zum Beispiel Umweltbanken oder Energie- und Wohnbaugenossenschaften. Diese Akteure wollen wir stützen.

Mit den neuen Akteuren werden nicht nur die alten Banken gezwungen, sich wieder stärker an ihren KundInnen auszurichten, auch die Finanzierung von alternativen und nachhaltigen Projekten könnte leichter werden.

Neben innovativen Banken gibt es inzwischen Initiativen, die es den SparerInnen ermöglichen, direkt Einfluss auf ihre Geldanlagen zu nehmen. Über sogenannte peer-to-peer Kredite oder crowdfunding Plattformen kann jede/r SparerIn selbst entscheiden, welches Projekt sie unterstützen möchte. Diese Transparenz und Entscheidungsfreiheit kann die Finanzierung innovativer und alternativer Projekte erleichtern und gerade für soziale und Umweltprojekte eine wichtige neue Geldquelle sein.

Auch die neuen digitalen Finanzierungsplattformen müssen adäquat reguliert werden, ohne sie bürokratisch zu ersticken. Eine gezielten Umgehung der Bankenregulierung und ein unfairen Wettbewerb mit den Banken wollen wir verhindern. Es dürfen keine neuen Schattenbanken entstehen und die VerbraucherInnen müssen angemessen geschützt werden.

Grüne Modernisierung durch Digitalisierung: Ökonomie und Ökologie vereinen: vernetzen, intelligent steuern und dematerialisieren

Software in Laptops und Smartphones, Steuerungsanlagen für Fabriken und Stromnetze, viele Produkte und deren Herstellung werden smarter, ressourcenschonender und vor allem effizienter. Das ist gut, reicht uns aber nicht.

Denn die Digitalisierung birgt ein enormes Potenzial bei der Bewältigung einer zentralen weil existenziellen Herausforderung für die Menschheit – dem Klimawandel. Der digitale Wandel muss auch zu einem ökologischen Wandel werden, denn mit technologischer und sozialer Innovation können wir heute eine lebenswerte Welt für morgen sichern. Wir müssen dieses Potenzial nutzen und heben und die digitale Arbeitswelt gleichzeitig sozial gestalten.

IT-Anwendungen wie intelligente Energie- oder Verkehrssteuerung können einen großen ökologischen Beitrag leisten. Allein in Deutschland könnten bis 2030 so bis zu 290 Millionen Tonnen CO2e eingespart werden; weltweit wird das Potenzial bis 2030 auf 12 Milliarden Tonnen CO2e geschätzt.[2] Zwei Beispiele, die exemplarisch für viele andere Möglichkeiten des ökologischen Umbaus durch IT stehen:

Intelligente Energiesteuerung (smart grid) ist eine zentrale Voraussetzung für eine Energieversorgung aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien. Im alten Energiesystem war der Steuerungsbedarf durch intelligente IT-Lösungen begrenzt. Die grüne Energiewende mit ihrer dezentralen und fluktuierenden Stromerzeugung ist dagegen ein Eldorado für digitale Geschäftsmodelle. Smart Grids – intelligente, mittels IT-Anwendungen gesteuerte Netze – helfen dabei, die fluktuierende Stromproduktion der Erneuerbaren auszugleichen. Demand-Side-Management, gekoppelt mit einem Preisanreizsystem, stimuliert die Nachfrage von Unternehmen, wenn Wind und Sonne kräftig Strom produzieren und reduziert sie bei geringer Strom-Produktion. Smart Housing und intelligente Haustechnik reduzieren nicht nur den Strom- sondern auch den Wärmeverbrauch von Gebäuden: Beleuchtung, Heizung, Klimatisierung von Büroräumen. Haushaltsgeräte werden abhängig von der tatsächlichen Nutzung, den Witterungsbedingungen und dem Stromangebot intelligent gesteuert.

Gleiches gilt bei der Mobilität. Das eigene Auto mit Sprit von der Tankstelle – dafür reicht ein bisschen Software. Grüne Mobilitätskonzepte hingegen vernetzen alle Verkehrsträger miteinander und steuern Verkehrsströme intelligent. Bahn, ÖPNV, Leihrad und Car-Sharing werden via Smartphone und App vernetzt, die Möglichkeiten und der Komfort für die/den Einzelne/n steigt. Das braucht jede Menge Software. Gleichzeitig sinkt der Energie- und Ressourcenverbrauch. Weniger Fahrzeuge, weniger Parkplätze, größere Auslastung, mehr Mobilität.

Bits und Bytes können Energie und Material nicht nur reduzieren, sondern gleich ganz ersetzen. eReader und mp3 ersetzen Papier, Kunststoffe und Metall. Durch 3-D-Druck werden zukünftig Baupläne statt Tonnen von Containern verschickt. Videokonferenzen ersetzen so manche Geschäftsreise, flexibel digitales Arbeiten und Home-Office-Arbeitsplätze reduzieren Pendlerströme. Dematerialisierung und Virtualisierung leisten so einen Beitrag zur Energie- und Ressourcenwende.

Diese Neuerungen werden in der Industrie nicht nur punktuell, sondern umfassend wirken. Abläufe werden effizienter gestaltet, Materialeinsätze verringert, Transport- und Lagerzeiten optimiert. Mittels 3-D-Druckern können Bauteile künftig in kleinster Stückzahl, passgenau und mit minimalen Abfällen produziert werden. Zudem können 3-D-Drucker Ersatzteile herstellen und verhindern so das vorschnelle Wegwerfen eines defekten Geräts. Viele sprechen von einer Industrie 4.0. Für uns geht der digitale Wandel weit über die Vernetzung von smarten Maschinen hinaus. Bisher erfolgreiche Geschäftsmodelle verlieren ihre Grundlagen. Völlig neue Modelle übernehmen. Die Industrie steht vor sogenannten disruptiven Veränderungen.

Und schließlich erfährt die Share Economy durch die Digitalisierung einen beachtlichen Auftrieb: Ob digitaler Flohmarkt, das Teilen von privaten Autos, Kinderkleidertausch oder das Sichtbarmachen von öffentlich zugänglichen Früchten und Kräutern. Nie zuvor war es so einfach Dinge und Erfahrungen zu teilen bzw. weiterzugeben. Digitalisierung befördert so vielfältige soziale Innovationen.

Wenn wir unser Energiesystem umbauen und unsere Mobilität revolutionieren, wenn Preise mehr und mehr die ökologische Wahrheit sagen, dann werden viele Unternehmen ökologischer produzieren und umweltverträgliche Produkte und Dienstleistungen anbieten. Das ist eine enorme Herausforderung, aber auch Chance für die Wirtschaft

---

[2] Studie SMARTer 2030SMART 2020 der Global e-sustainability Initiative:
http://smarter2030.gesi.org/downloads/Full_report2.pdf

http://gesi.org/SMARTer2020

und ebenso für die Beschäftigten, wenn wir gleichzeitig hohe Sozialstandards wahren. Die neuen digitalen Möglichkeiten bieten intelligente Lösungen, um diese Herausforderung zu meistern. Grüne Leitplanken für die Wirtschaft und digitale Wirtschaft gehen so Hand in Hand.

Die IKT-Branche in Deutschland beschäftigt etwa 900.000 Menschen. 2013 erwirtschaftete sie einen Umsatz von 228 Milliarden Euro. Im Branchenvergleich liegt sie damit nach der Automobilbranche auf Platz zwei. Grüne Wirtschaftspolitik stärkt so eine Schlüsselindustrie in Deutschland. Wir wollen, dass Deutschland Vorreiter wird für digitale Innovationen, die zum ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft beitragen.

Grüne Gründer*innen-Kultur in der IKT-Branche fördern

Die jungen und kreativen Unternehmen der Digitalwirtschaft leisten mit ihren Innovationen einen sozialen und ökologischen Beitrag. Sie sind Treiber des ökologischen Umbaus. Damit diese ihre Ideen und Innovationen realisieren können, wollen wir Gründerinnen und Gründer unterstützen und fördern. Neben der Gründungsphase wollen wir sie auch in ihrer Wachstumsphase unterstützen, da vor allem Gründer*innen mit grünen Ideen oftmals Schwierigkeiten haben größer zu werden.

Wir wollen neue Finanzierungsmodelle wie Peer2Peer-Lending, Crowd-Investing, Crowd-Sourcing, die es Gründer*innen erleichtern, Kredite aufzunehmen bei Menschen die an ihre Idee glauben, unterstützen und fördern. Projekte wie das Fairphone sind nur durch diese neuen Finanzierungswege möglich. Wenn Tausende Menschen – gerade auch aus Deutschland – 300 Euro vorab an ein Start-up überweisen, damit dieses seine Idee eines möglichst fair produzierten Smartphones umsetzen kann, zeigt dies, dass für sehr viele nicht nur Renditen sondern vor allem Nachhaltigkeit zählt.

Neben Förderprogrammen brauchen Startups oftmals auch schlicht Räume, um an ihren Ideen zu arbeiten, sich auszutauschen und ein Netzwerk zu bilden. Wir unterstützen es daher, solche Denkräume zu etablieren und den Innovateuren zur Verfügung zu stellen.

Grüner Wirtschaften mit grüner IT

IT-Anwendungen bieten ein enormes Potenzial für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft. Gleichwohl steht die IKT-Branche selbst vor erheblichen Nachhaltigkeitsherausforderungen. Derzeit sind in Deutschland um die 160 Millionen internetfähige Endgeräte in Nutzung. Im Vergleich dazu: 2010 gab es rund 90 Millionen solcher Geräte wie PC, Smart-Phone und Co. Die Energieeffizienz der einzelnen Geräte verbessert sich kontinuierlich. So ist ihr gesamter Energiebedarf trotz steigender Gerätezahlen eher rückläufig. Jedoch steigt dafür erheblich der Energiebedarf in den Übertragungsnetzen und Rechenzentren, der durch downloaden und streamen entsteht. Der Anteil der IKT am gesamten Stromverbrauch beträgt heute schon 10 Prozent.

Der Materialbedarf für IKT-Geräte muss sinken. Problematisch ist vor allem der Bedarf an seltenen Erden und Metallen. Diese stammen nicht selten aus Konfliktgebieten. Mit dem Verkauf werden Bürgerkriege finanziert. Die Arbeitsbedingungen bei der Förderung beruhen oft auf Kinder- und Zwangsarbeit und sind mit internationalen Mindestarbeitsstandards unvereinbar. Ähnliches gilt für die Produktion von Platinen, Smartphones und Computerteilen, vornehmlich in Asien. Auch hier wollen und müssen wir die Transparenz über die Arbeitsbedingungen und die Einhaltung grundlegender Arbeitnehmer*innenrechte verbessern. Unser Ziel ist es, dass IT nicht nur das Leben der Nutzer*innen verbessert, sondern auch derjenigen, die sie zusammenbauen.

Wir wollen, dass die Hersteller stärkere Verantwortung für ihre Produkte tragen und so dafür sorgen, dass Geräte länger halten und besser wiederverwendet werden. Bisher liegt die Verantwortung für veraltete oder kaputte Produkte bei den Verbraucher*innen. Millionen alter Handys verstauben in den Schubladen deutscher Haushalte, und können so nicht recycelt und weiterverwendet werden. Hinzu kommt, dass sich das Recycling für die Geräte-Hersteller meist nicht rechnet. Dies ist, gerade auch vor dem Hintergrund einer zum Teil sehr geringen Lebensdauer

von vielen Geräten, ein großes Problem. Unser Ziel ist, dass nicht austauschbare Akkus oder gar gezielt eingebaute Schwachstellen in Geräten, damit diese schneller – meist kurz nach dem Ende der Garantielaufzeit – schrottreif werden, der Vergangenheit angehören. Das schützt die Nutzerinnen und Nutzer und schont wertvolle Ressourcen.

Wie wir den ökologischen Umbau durch die und in der digitalen Wirtschaft gestalten wollen:

Green by IT: Grüner Umbau durch Digitalisierung

Durch Dialog über Veränderungsprozesse und Förderung an der richtigen Stelle wollen wir die Digitalisierung unserer Gesellschaft politisch mitgestalten und sie als Katalysator für einen grünen Umbau der Wirtschaft nutzen. So wollen wir die Potenziale digitaler Technik durch grüne Wirtschaftspolitik nutzen und pushen:

- Wir wollen in die digitale Zukunft investieren und den Breitbandausbau als Basis für digitale Infrastruktur beschleunigen. In Zukunft soll an jedem Ort in Deutschland eine Internetverbindung mit mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Durch ein Förderprogramm wollen wir vor allem den kommunalen Anbietern in unwirtschaftlichen Regionen eine Investition ermöglichen. Zum anderen wollen wir zinsgünstige Darlehen für Privatunternehmen in Form von KfW-Mitteln bereitstellen, um investitionswilligen Unternehmen und den beteiligten Banken eine langfristige Sicherheit zu geben.
- Neben dem Zugang zum Netz ist der freie Umgang mit Informationen und Daten essentiell, um die Potenziale der Digitalisierung für den ökologischen Umbau zu nutzen. Staatlich zur Verfügung gestellte offene Daten zum Klima können Innovationen und Geschäftsmodelle ermöglichen. Auf Basis von offenen Schnittstellen und Open Source können Tüftler*innen und Start-ups die Effizienz und Lebensdauer von Produkten verbessern und vermarkten.
- Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, umweltschädliche Subventionen abzubauen und den Emissionshandel zu stärken. Gleichzeitig treiben wir die Energie-, Ressourcen- und Mobilitätswende voran und schaffen so ein Eldorado für digitale Konzepte und Geschäftsmodelle.
- Für uns Grüne gehört zur Digitalisierung unserer Gesellschaft ein hoher Datenschutz, welcher gesetzlich garantiert werden muss, sowie eine verlässliche IT-Sicherheit, die sich durch hohe technische Standards auszeichnet. Einen Beitrag können hier beispielsweise Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen, der Einsatz von Open Source Lösungen und offene Standards spielen. In hohen Standards sehen wir auch die Chance, Marktpionier bei IT-Sicherheitslösungen zu werden.

Wege zu einer grünen IT

Produktverantwortung stärken

Wir wollen die Verantwortung für die Produkte stärker beim Hersteller verankern. Denn er hat es in der Hand durch intelligentes Design seine Produkte langlebig, reparaturfähig und wiederverwendbar zu gestalten. Hersteller wollen wir deshalb verpflichten,

- Ersatzteile für mindestens fünf Jahre verfügbar zu machen;
- Batterien und Akkumulatoren so einzubauen, dass sie von dem/der Endnutzer/in zu entnehmen und damit austauschbar sind,

Garantieregelungen wollen wir ausweiten und die Beweislast bei Vorliegen eines Sachmangels umkehren und damit das Eigeninteresse der Hersteller an der Produktion langlebiger Geräte steigern.

Effiziente IKT-Branche vorantreiben

Wir wollen die Transparenz über den Stromverbrauch von IKT-Geräten erhöhen. Dazu werden wir die Datenlage über die Effekte von gesetzlichen Vorgaben und erreichte Effizienzen bzw. weitere technologische Möglichkeiten verbessern und zugänglich machen sowie eine Informationskampagne über die ökologischen und finanziellen Vorteile energieeffizienter Endgeräte starten.

Wir wollen dafür sorgen, dass der Staat und seine Institutionen die besondere Verantwortung bei der Beschaffung energieeffizienter und umweltfreundlicher Endgeräte wahrnimmt. Dazu wollen wir die öffentlichen Stellen zur Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien verpflichten. Nur in begründeten Fällen sollen Ausnahmen von diesem Grundsatz möglich sein.

Im Rahmen eines 3 Mrd. Euro umfassenden Energiesparfonds wollen wir auch die Entwicklung effizienter Geräte fördern.

Digitale Arbeitswelt braucht soziale Leitplanken

Die Digitalisierung kann uns mehr höherwertige Arbeit und bessere Arbeitsbedingungen bescheren. Schwere körperliche Arbeit wird durch den Einsatz computergesteuerter Maschinen erleichtert. Damit steigen aber auch die Anforderungen an die Beschäftigten. Notwendig ist deshalb eine Qualifizierungsoffensive für die Beschäftigten und ebenso in der Ausbildung, um eventuellen Jobverlusten vorzubeugen und möglichst gering zu halten.

Auch flexiblere Arbeitsmodelle werden möglich, da Arbeit nicht mehr an einen festen Ort gebunden ist. Die Folgen daraus sind jedoch ambivalent: So birgt selbstbestimmte Arbeit auch die Gefahr unbezahlter Mehrarbeit und entgrenzter Arbeit. Zudem gibt es die Tendenz, Projektaufträge vermehrt in kleine Arbeitsaufträge zu zerlegen und auf Plattformen auszuschreiben. Hier muss sichergestellt werden, dass auch für selbstständig Erwerbstätige im IT-Bereich und Crowdworker hohe soziale Standards gelten.

Die Chancen, aber auch die Herausforderungen in der digitalen Arbeitswelt, sind vielfältig und müssen politisch mitgestaltet werden.

Grüne Modernisierung der Automobilwirtschaft: Intelligente Mobilität statt viel Verkehr

Das Auto der Zukunft fährt mit erneuerbarer Energie, leise und schadstofffrei – unabhängig von Öl und unsicheren Kraftstoffpreisen. Es tankt erneuerbare Energie und kann sie als Teil des Energiesystems bei Bedarf wieder abgeben. Das Auto von morgen ist ein intelligenter Energiespeicher auf Rädern. Überall vorhandene Ladepunkte, unkompliziert und diskriminierungsfrei nutzbar, machen E-Fahrzeuge zu Dauerrennern.

Das Auto der Zukunft ist vernetzt. Bahnen, Öffentlicher Nahverkehr, Radfahren, Bike- und Carsharing greifen ineinander. Mobilität mit bequemem Zugang zu Buchungs- und Reservierungssystemen über das Internet ist für viele eine attraktive und bezahlbare Option. Statt im Stau zu stehen und den letzten freien Parkplatz zu suchen,

steigen wir in Zukunft flexibel und bequem ein, aus und um. Wir gewinnen Zeit und Eigenständigkeit zurück. Das Auto ist nicht länger Hindernis für die lebenswerte Stadt.

Das Auto der Zukunft wird in der Regel geteilt. Wir bezahlen, wenn wir das Auto tatsächlich nutzen. Klassisches Carsharing und stationsungebundene Angebote erfahren rasant steigenden Zuspruch, sie machen motorisierten Individualverkehr in Minutenschnelle zugänglich und entkoppeln ihn vom Besitz eines Privatkraftwagens. Carsharing verringert die Fahrzeugdichte: Statt Enge und Parkplatznot bieten Straßen neue Freiräume für Fußgänger, Radfahrer und Kinder. Der leichte Zugang zu geteilten Autos kann Mobilität und Teilhabe in einer älter werdenden Gesellschaft besser garantieren als heute.

Autofahren in der Zukunft wird immer öfter heißen: gefahren werden und Zeit haben ab- oder umzuschalten. Technologische Vision sind autonom fahrende Autos. Die Autos kommen zu uns, wenn wir sie brauchen. Sie revolutionieren den ÖPNV.

Wir sind überzeugt, dass diese Vision schneller Realität wird als wir denken. Das bisherige Modell des Privatwagens vor der Haustür ist weder ökologisch noch ökonomisch überzeugend. Es ist auf viele Länder gar nicht übertragbar. Jetzt kommt es darauf an, die Automobil-Transformation zu einem Erfolg für Unternehmen, Beschäftigte und die Umwelt zu machen.

Alte Wagen: Benzin, Gewicht, Massen von Autos, Tonnen von Treibgas

Der Pkw-Bestand wächst und wächst. Weltweit wie national. Auch die PS-Zahlen von Neuwagen gehen weiter nach oben. Der Verkehrssektor verantwortet insgesamt 20 Prozent der energiebedingten Treibhausgasemissionen, davon entstehen über 70 Prozent im Straßenverkehr. In Deutschland wurden sie seit 1990 um lediglich 5,5 Prozent gesenkt. Zu wenig, um den Herausforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden. Der Klima- und Ressourcenschutz ist das zentrale Handlungsfeld für eine zukunftsfähige Automobilwirtschaft.

Die deutsche Autoindustrie hat einen Vorsprung im Bereich leistungsstarker Benzin- und Dieselmotoren. Doch die Erfolgsfaktoren ändern sich. Um führend zu bleiben, muss sich die Automobilbranche im laufenden Betrieb neu erfinden: vom reinen Fahrzeughersteller zum modernen Mobilitätsdienstleistern, der auf effiziente Antriebstechnologien und neue Geschäftsmodelle setzt. Die Digitalisierung bietet zahlreiche Chancen für die Erneuerung des Autos. Es ist Aufgabe von Politik und Wirtschaft, Daten- und Verbraucherschutzfragen umfassend zu lösen.

Die Automobilindustrie muss sich ehrlich machen. So haben in der Vergangenheit zahlreiche Automobilhersteller die Grenzwerte die zulässigen Stickoxidemissionen im Testlabor nur durch den Einbau einer Betrugssoftware in ihre Diesel-Pkw eingehalten. Ebenso haben sich Kraftstoffverbrauch und CO_2-Ausstoß in den letzten Jahren vor allem auf dem Paper vermindert. Die realen Kraftstoffverbräuche weichen immer gravierender von den Herstellerangaben ab, der Klimaschutz im Automobilbereich fällt wesentlich geringer aus als behauptet. Das Tricksen bei Emission und den Verbrauchsangaben fällt den Automobilherstellern mehrfach auf die Füße: Kunden haben zunehmend Vertrauen verloren, Innovationen in Richtung Effizienz und neue Antriebstechnologien wurden verzögert. Die Politik muss hierauf reagieren.

Neues wagen: Wege zu einer grünen Autoindustrie

Deutsche Automobilkonzerne waren jahrzehntelang darauf ausgerichtet, Hochleistungsbenzin- und –dieselmotoren zu bauen und einen Wettbewerb um Leistungsstärke, Komfort und Sicherheit zu bestreiten. Das Angebot an hochwertigen Oberklassefahrzeugen war dabei Garant für große Gewinnmargen und Exporterfolge. Die Abhängigkeit des Straßenverkehrs vom Öl, seine Anfälligkeit durch volatile Kraftstoffpreise und die Anforderungen des internationalen Klimaschutzes und der allgemeinen Luftreinhaltung setzen das Erfolgsmodell der deutschen Automobilwirtschaft mittlerweile unter Druck. Energiewende heißt, nicht länger fossile Treibstoffe in Motoren zu verbrennen und alternative Antriebe und Kraftstoffe einzusetzen. Vernetzte Mobilität, die

Ausbreitung von Carsharing-Angeboten und der bequeme Zugang zu Buchungs- und Reservierungssystemen über Internet bieten für immer mehr Menschen eine Alternative zum Privat-Pkw. Die Marktführer im konventionellen Automobilbau müssen sich zunehmend auf einen Wettbewerb um neue Mobilität ausrichten.

Die Zukunftsherausforderung ist klar. Wir wollen mobil bleiben, ohne die Klimakrise zu verschärfen. Für uns Grüne ist das zentrale Zukunftsmodell für den Straßenverkehr die Elektromobilität. Elektroautos, Elektrobusse, Nutzfahrzeuge mit elektrischen Antrieben sowie Elektrofahrräder sind Hoffnungsträger einer Verkehrspolitik, die Antworten gibt auf Fragen des Klimaschutzes, der Endlichkeit des Rohstoffs Öl, der Luftreinhaltung und der Steigerung der Lebensqualität in Innenstädten. Batterie oder Brennstoffzelle sind die Energiequellen der Autos von morgen. Sie treiben das Auto der Zukunft an. Amper und Volt ersetzen Zündkerze und Zylinderkopf. Batterietechnik macht einen großen Teil des Wertes des Autos von morgen aus. Vorsprung hat derjenige, der auf innovative Antriebskonzepte setzt und am schnellsten kostengünstig anbieten kann. Um den Rückstand bei der Batterieentwicklung auf Japan und Südkorea aufzuholen, ist ein Technologiesprung nötig. Nur eine First-Mover-Strategie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und sichert die Jobs von morgen. Hier müssen europäische Hersteller vorne sein, sonst fahren wir künftig hinterher.

Unser Ziel ist es, die wirtschaftliche und technologische Spitzenstellung der europäischen Automobilindustrie weiter zu erhalten, wenn sich die Wertschöpfung infolge der weltweiten Verbreitung der Elektromobilität auf die Komponenten Batterie, Leistungselektronik und Elektromotor verschiebt. Europa muss ebenso führend sein in den Bereichen Materialeffizienz und Recycling.

Wer Elektromobilität will, muss sie fördern und sie zum Bestandteil der Energiewende machen. Der Übergang in eine postfossile Automobilität ist in Deutschland bislang nicht in Fahrt gekommen, der gewünschte Hochlauf zu einem deutschen Leitmarkt fällt aus. Deutlich erfolgreicher findet eine Marktdurchdringung in Ländern wie den USA, Norwegen, Frankreich oder den Niederlanden statt, die den Ausbau der Ladeinfrastruktur fördern, gezielt finanzielle Kaufanreize für Elektrofahrzeuge setzen und damit die im Vergleich zu konventionellen Pkw noch immer erhöhten Anschaffungskosten absenken.

Politische Unterstützung der Modernisierung

Wer mehr Mobilität will, muss sich bewegen. Wir setzen auf Umwelt- und Klimaschutz als klugen Innovationstreiber. Subventionen wie Dienstwagenprivileg, Entfernungspauschale und die steuerliche Besserstellung des Dieselkraftstoffes wollen wir reformieren.

- **Strenge Verbrauchsgrenzwerte für mehr Klimaschutz**
  Angela Merkel hat in Brüssel im Auftrag der deutschen Autoindustrie ehrgeizige CO_2-Grenzwerte verhindert. Damit hat sie dem Automobilstandort Deutschland einen Bärendienst erwiesen. Strengere Grenzwerte und aufsehenerregende Top-Runner sind Innovationstreiber hin zu weniger Verbrauch, geringerer Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe und damit mehr Klimaschutz. Wir streiten für ambitionierte Verbrauchsgrenzwertes für Neuwagen für 2025 als wirksames Instrument zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen.

  Wir fordern die Einführung des ehrlicheren Prüfzyklusses Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedures (WLTP) sowie realistische Messverfahren zum Kraftsstoffverbrauch.

- **Keine Neuzulassung von PKW mit fossilen Verbrennungsmotoren nach 2030**
  Ab 2030 soll die Automobilindustrie dann nur noch emissionsfreie Autos auf den Markt bringen. So stärken wir alle, die an der Zukunft der emissionsfreien und nachhaltigen Mobilität mitwirken wollen, indem wir ihnen durch klare Ziele Planungssicherheit verschaffen. Nicht nur die Klimakrise, auch der internationale Wettbewerb mahnt zur Eile, denn von Norwegen über die Niederlande bis Österreich werden in Europa gesetzliche Auslaufdaten für Verbrennungsmotoren diskutiert, bei den Elektromobilen haben Autobauer aus China, Japan und den USA bereits heute einen großen Vorsprung.

- **Marktanreizprogramm E-Mobilität**
  Wir schalten hoch in den grünen Gang. Wir wollen Deutschland zum Land der Elektromobilität machen. Um den derzeit zunehmenden Rückstand zu Autonationen wie den USA und Japan aufzuholen, müssen wir den Marktanteil von Elektroautos bei Neuwagen gezielt anheben. Wir Grüne schlagen ein Marktantreizprogramm vor, bei dem Elektroautos einen Kaufzuschuss in Höhe von 5.000 Euro und verbrauchsarme Plug-In-Hybrid-Autos in Höhe von 2.000 Euro erhalten. Um eine ökologische Lenkungswirkung zu erreichen, wollen wir diese Förderung über eine Umlage der Kfz-Steuer gegenfinanzieren, die sich an den europäischen Verbrauchsgrenzwerten orientiert. Die Elektromobilität braucht eine Beschaffungsoffensive. Wir fordern, dass Neufahrzeuge von staatlichen Behörden in der Regel E-Autos oder Pedelecs sein müssen.
- **Forschung und Entwicklung für grüne CO_2-neutrale Antriebstechnologien**
  Wir wollen Forschung und Entwicklung für grüne CO_2-neutrale Antriebstechnologien in der universitären und außeruniversitären Forschungslandschaft fokussieren und ausbauen, um innovative grüne Antriebe endlich zur Markt- und Serienreife und zum Durchbruch zu verhelfen. Nur auf diese Weise lassen sich die Klimaschutzziele im Verkehrssektor einhalten und internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern.
- **Dienstwagenbesteuerung an ökologischen Kriterien ausrichten**
  Bisher werden die Anschaffung und der Unterhalt von Dienstfahrzeugen mit hohem Gewicht, starker Motorisierung und hohem Benzin- und Dieselverbrauch unbegrenzt steuerlich gefördert. Da Dienstwagen einen großen Einfluss auf Gebrauchtwagenmarkt und Kfz-Bestand haben, ist der Abbau dieser bisherigen milliardenschwerer Subventionen ökologisch und sozial überfällig. Wir wollen die Besteuerung von Dienstwagen konsequent an den CO_2-Ausstoß koppeln und sparsame klimafreundliche zu Lasten von „Spritschluckern" besserstellen.
- **Ladeinfrastruktur**

  Die Einführung von Elektrofahrzeugen steht und fällt mit einer verlässlichen Ladeinfrastruktur. Wir wollen daher ein Investitionsprogramm Elektromobilität, das den Aufbau flächendeckender Ladepunkte, die erneuerbaren Strom bereitstellen und auf einem nutzerfreundlichen eRoaming basieren, fördern. Wir wollen Modellprojekte in Kommunen finanziell fördern, die für innerstädtische Lieferverkehre („letzte Meile") künftig nur noch Elektrofahrzeuge einsetzen.

- **Carsharing**

  Wir wollen ein Carsharing-Gesetz, um Kommunen eine rechtssichere und bundeseinheitliche Grundlage für Carsharing-Stationen, insbesondere in Verbindung mit Ladesäulen für Elektroautos, zu garantieren. Wir wollen Carsharing nicht nur in Großstädten und durch große Automobilkonzerne. Auto-Teilen in ganz Deutschland braucht auch weiter kleine und mittelständische Initiativen.

Grüne Modernisierung der Chemieindustrie: Neue Bio-Kunststoffe statt schmutziges Erdöl und Plastikmüll

Wir wollen weg vom schmutzigen Erdöl. Wir wollen weg von einer Chemie, die riesige Mengen von Öl oder Erdgas in neue Formen zwingt und dabei viel Energie verbraucht und Treibhausgase freisetzt. Wir wollen stattdessen eine Chemie, die die Natur für sich arbeiten lässt und sich clever in deren Baukasten bedient. Pflanzen produzieren Inhaltstoffe, die anstelle von Erdöl für die Produktion neuer umweltverträglicher Kunststoffe genutzt werden können. Über die von der Natur eingebauten Sollbruchstellen können diese rückstandsfrei zerfallen, sollten sie trotz aller gegenteiligen Bemühungen doch in die Umwelt gelangen.

Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen reduzieren die Abhängigkeit von Erdöl, sind biologisch abbaubar und weniger gesundheitsschädlich. Wir können die Vorarbeit der Natur nutzen. So können etwa Spinnen bei Raumtemperatur eine Spinnseide herstellen, die härter als Stahl und elastischer als Gummi ist. Muscheln bilden in Form von Perlmutt eine „Keramik" die den bisher genutzten technischen Materialien in vielerlei Hinsicht weit überlegen ist und für deren Herstellung man keine 1000 Grad heißen Öfen braucht. Muscheln produzieren außerdem einen Kleber, der sogar unter Wasser an fast allen Arten von Oberflächen haftet. Wir setzen auf eine Chemie, die ohne gefährliche Weichmacher in Kinderspielzeug arbeitet und die Kunststoffe produziert, die nicht in Form von Plastikmüll zu einer Belastung für unsere Ozeane werden.

So funktioniert Grünes Wirtschaften: Unschädliche und bessere Produkte mit weniger Energie- und weniger Materialeinsatz.

Wege zu einer grünen Chemieindustrie

Sprunginnovation ins Zentrum rücken

Zu vielen Verfahren der chemischen Industrie gibt es bereits umweltverträglichere Alternativen, zu anderen erst Ideen oder sogar nur Visionen. Es reicht nicht aus, bestehende Verfahren immer weiter zu verbessern und zu optimieren. Die Industrie muss nach neuen Wegen suchen. Für die Umstellung vom Erdöl auf nachwachsende Rohstoffe und echte Kreislaufnutzung braucht es große Sprünge statt kleiner Schritte. Verfahren müssen vollständig umgestellt werden. Enzyme, wie wir sie heute schon in Waschmitteln nutzen, können zum Beispiel zukünftig auch unsere Kunststoffe herstellen, zum Beispiel aus dem Rohstoff Stroh. Die große Hitze, die wir in der Petrochemie einsetzen, würde hier allerdings nur schaden und die wertvolle Vorarbeit der Natur ebenso zerstören wie die Enzyme selbst.

Nur große Technologie-Sprünge machen es am Ende möglich, neue umweltverträgliche Werk- oder Kunststoffe zu produzieren, die sich beliebig oft recyceln lassen und durch eingebaute „Sollbruchstellen" nicht zum Umweltproblem werden, weil sie sich nach einiger Zeit einfach von selbst zersetzen. Hier gibt es bereits seit Jahren alternative Produkte auf dem Markt[3]. Diese führen aber mangels Nachfrage noch ein Nischendasein und Weiterentwicklungen sind daher ökonomisch derzeit nicht attraktiv. In diesem Bereich muss der gemeinsame Wille von Politik und Branche die Bedingungen für Innovationen im großen Stil verbessern.

Die neue Rohstoffbasis fördern

Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen reduzieren die Abhängigkeit von Erdöl und sind meist weniger umwelt- und gesundheitsschädlich. Außerdem sind sie anders als herkömmliche Produkte der Petrochemie

[3] http://www.bio-plastics.org/index.php

häufig biologisch abbaubar. Und wir können die Vorarbeit der Natur nutzen. So kann auf viele sonst nötige Schritte und einen hohen Energieeinsatz verzichtet werden. Aus Pflanzen gewonnene Stoffe sind außerdem sehr flexibel einsetzbar. Sie können neue Produktionswege eröffnen oder in etablierten Verfahren zu konventionellen Produkten weiterverarbeitet werden. So kann z.B. ein Übergang der Produktion schrittweise gestaltet werden.

Das Konzept der Bioraffinerien beschreibt, wie der Ausstieg aus der petrochemischen Produktion auch im industriellen Maßstab funktionieren kann. Bioraffinerien veredeln verschiedenste Formen von Biomasse zu Chemiegrundstoffen (Plattformchemikalien) und machen sie für die Chemie nutzbar. Diese können dann in konventionellen Chemie-Anlagen weiterverarbeitet werden. Solche Bioraffinerien bringen Wertschöpfung und Know-How in ländliche Regionen, da sie sich dort ansiedeln, wo die Biomasse entsteht. Das industrielle Potenzial dieser Technologie ist vorhanden und anerkannt[4], aber in der Praxis passiert bislang viel zu wenig. Angesichts der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffimporten, des starken internationalen Wettbewerbs und der enormen wirtschaftlichen Bedeutung der Chemiebranche ist das ein schweres Versäumnis. Denn Bioraffinerien haben das Potenzial für die Chemie einen ähnlichen Schub auszulösen, wie die erneuerbaren Energien im Stromsektor.

Allerdings sind Flächen- und Bodenressourcen begrenzt. Nachwachsende Rohstoffe müssen wir also „intelligent" und nachhaltig nutzen. Ein intensiver Anbau von Rohstoffpflanzen unter Einsatz synthetischer Düngemittel und Pestizide würde die Klimabilanz verschlechtern und die biologische Vielfalt gefährden. Absolute Priorität hat die Erzeugung von Lebensmitteln („food first"). Eine Möglichkeit die Konkurrenzen zu reduzieren wäre der Anbau nachwachsender Rohstoffe für die Chemieindustrie mittels neuer flächensparender Anbaumethoden wie Vertical Farming.[5] Die Nutzung der Biomasse als Stoffgrundlage für die Chemie sollte gleich an zweiter Stelle kommen. Hier kann die Biomasse effizienter eingesetzt werden als im Tank oder bei der Stromerzeugung. Gerade die chemische Industrie und ihr Knowhow zeigen Wege auf, den Kohlenstoff aus der Biomasse so weit wie möglich im Kreislauf zu führen, so dass nur unvermeidbare oder technisch bedingte Verluste durch frische Biomasse ausgeglichen werden müssen. Das ist nicht nur ein Gewinn für die Umwelt, denn eingesparte Rohstoffe sind auch immer ein ökonomischer Vorteil.

Rest- und Abfallstoffe erschließen

Die chemische Industrie könnte ihr Knowhow auch sehr gewinnbringend dafür nutzen, in erheblichem Umfang Rest- und Abfallstoffe als Ausgangsbasis für ihre Produkte einzusetzen. Das vermeidet von vornherein eine Konkurrenz mit dem Anbau von Lebensmitteln. Die bereits zuvor beschriebene Bioraffinerie-Technologie zeigt Wege auf, wie insbesondere solche Rest- und Abfallstoffe vom Acker und den Tellern zukünftig umwelt- und klimaschädliches Erdöl ersetzen können. Auch der Anbau bislang kaum genutzter oder fast vergessener Kulturpflanzen kann die nachwachsende Rohstoffgewinnung umweltverträglicher gestalten. Fruchtfolgen in der Landwirtschaft werden so variiert, der Boden verbessert und die biologische Vielfalt bereichert. Die chemische Industrie kann so ihrerseits einen gewichtigen Beitrag für eine umwelt- und klimaverträglichere Landwirtschaft leisten.

Ressourcen effizienter nutzen

Was uns dabei hilft, den Alltag zu meistern, kann der Chemie helfen, Rohstoffe einzusparen. So können z.B. nachwachsende Bau- oder Dämmstoffmaterialien, die in Gebäuden nicht mehr gebraucht werden, an anderer

[4] http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/RoadmapBioraffinerien.pdf?__blob=publicationFile

[5] http://www.verticalfarm.com/

Stelle weiter genutzt werden. Am Ende ihres Lebenszyklus kann aus den biologisch abbaubaren Materialen so direkt Biogas erzeugt werden; übrige Komponenten können selbst als Brennstoff dienen, um klimafreundlich Energie zu erzeugen. Eine solche Nutzungskaskade steigert die Effizienz und schont nachwachsende Rohstoffe.

Auch mit dem sogenannten „Chemikalienleasing" werden Ressourcen geschont. Denn man muss Chemikalien nicht unbedingt besitzen, um sie zu nutzen. Beim Chemikalienleasing wird nicht die Chemikalie, sondern nur die beabsichtigte oder gewünschte Wirkung gekauft und bezahlt. Das schont Gelbeutel und Ressourcen gleichermaßen.

Natürlich schonen wir auch durch konsequente Abfallvermeidung, eine bessere Sammlung von Wertstoffen und hochwertiges Recycling Ressourcen. Auch hier ist die Chemieindustrie in der Mit-Verantwortung.

Zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Branche sichern

Die Chemieindustrie ist in Deutschland ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Wir wollen eine leistungsstarke Chemiebranche in Deutschland halten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Dabei wollen wir nicht nur Arbeitsplätze sichern, sondern auch neue schaffen. Die Wettbewerbsfähigkeit ist außerdem eine Grundvoraussetzung dafür, den Beschäftigten gute und faire Arbeitsbedingungen zu bieten. Das Erreichen ökologischer Ziele für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb agieren, kann sogar ein Vorteil sein, wie beispielsweise die europäischen Chemikalien-Verordnung REACH zeigt. Die europäische Chemieindustrie profitiert hier heute durch den Umweltschutz und ihren Vorsprung im internationalen Angleichungsprozess an das europäische Niveau. Für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ist deshalb vor allem die weitere Innovationsfähigkeit ein entscheidender Faktor, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Die Branche selbst steht noch am Anfang – Kaum Anreiz zum Rohstoffwechsel

Die Chemiebranche zählt unbestritten zu den Innovativsten in Deutschland. Ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung steigen seit Jahren kontinuierlich an und lagen 2013 bei 10,5 Milliarden Euro. Doch die Branche orientiert sich dabei bislang nicht an Visionen und Leitbildern, die über das Jahr 2030, geschweige denn 2050, hinaus tragen. Es fehlt bislang die Bereitschaft mittels Sprunginnovationen langfristige Wettbewerbsvorteile zu erreichen. Entsprechende Konzepte und Ansätze sind nur vereinzelt erkennbar und bleiben auf Nischen beschränkt. Wenn überhaupt vorhanden, dann stehen alternative Produkte hinsichtlich ihrer Eigenschaften und ihrer Haltbarkeit in voller Konkurrenz zu den seit Jahrzehnten etablierten Verfahren und Produkten auf der Basis von Erdöl. Verbraucher erwarten auch von ökologischen Alternativen Funktion ohne Abstriche.

Ein klarer Anreiz für die Branche zum Wechsel auf eine erneuerbare Rohstoffbasis (feedstock change) fehlt bisher. Wer aus Öl viel mehr machen kann als Benzin und Diesel, der kann sich auch teures Öl leisten. In der Branche gibt es derzeit überhaupt keine Besorgnis, dass ihr der Rohstoff knapp werden könnte. Innovationen in Richtung eines Wechsels auf klimafreundliche erneuerbare Rohstoffe sind demzufolge ohne politische Maßnahmen nicht zu erwarten.

Während die Branche hinsichtlich ihrer eigenen Transformation noch am Anfang steht, hat sie jedoch ihre besondere Rolle bei der Umgestaltung anderer Wirtschaftsbereiche erkannt und sieht das Potenzial. So leisten Unternehmen der Chemieindustrie als Hersteller von Grundstoffen und Vorprodukten schon heute einen wichtigen Beitrag für Innovationen in anderen Bereichen der Wirtschaft. Mit neuen Dämmstoffen für die Effizienz- und Wärmewende oder mit neuen Werkstoffen für den Automobilbau tragen sie erheblich zur Energie- und Mobilitätswende bei.

Politische Unterstützung der Modernisierung

Wir wollen die Chemieindustrie dabei unterstützen, anders zu wirtschaften. Neben einem nationalen Klimaschutzgesetz, das den übergeordneten Rahmen zur notwendigen Senkung der Treibhausgasemission vorgibt, sind folgende Schritte dabei für uns zentral:

1. Preise sollen die ökologische Wahrheit sagen

Mit einer schrittweisen Abschaffung der Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl wollen wir die bestehende Marktverzerrung zu Gunsten umwelt-, klimaschädlicher und energieaufwendiger Produkte abbauen. Der durch die Besteuerung steigende Preis für fossile Rohstoffe schafft einen ökonomischen Anreiz, die Rohstoffbasis auf erneuerbare Ressourcen umzustellen.

2. Forschung und Entwicklung steuerlich anreizen und das Umfeld für Innovationen verbessern

Gleichzeitig wollen wir die steuerlichen Bedingungen für Forschung und Entwicklung durch kleine und mittlere Unternehmen deutlich verbessern. Außerdem wollen wir das Umfeld für „Sprunginnovationen" stärken. Solche Innovationen liegen z.B. in Bereichen der Nutzung der Syntheseleistung der Natur, der Bionik („von der Natur lernen"), in der Entwicklung effizienterer Synthesewege und der Substitution toxischer Substanzen, weißer Biotechnologie, der Nutzung von CO_2 als Chemiebaustein oder von Reaktionsenergie aus der Sonne. Zusätzlich wollen wir im Rahmen von öffentlichen Programmen wie z. B. der Forschungsstrategie Bioökonomie mehr Augenmerk auf innovationen legen, die sich insbesondere auf eine intensive Erfassung und Analyse natürlicher „Vorbilder" (Miesmuschel, Spinne, Hai-Haut etc.) konzentrieren sollen.

Mit einer Kombination aus Subventionsabbau auf der einen Seite verbunden mit der Investition der daraus zur Verfügung stehenden zusätzlichen Mittel in zielgerichtete Forschungsförderung, wollen wir dazu beitragen, die notwendigen Innovationen für eine ökologische Transformation anzureizen. So stellen wir sicher, dass die Zukunftsfestigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Branche gestärkt wird.

3. Förderung kreislauffähiger und umweltfreundlicher Produkte über eine Ressourcenabgabe

Damit erfolgreiche Innovationen und Entwicklungen die Nische verlassen können, wollen wir, analog zu der erfolgreichen Förderung der Erneuerbaren Energien, die Einführung einer Förderung in Form einer Umlage, die ökologische Alternativen zu Lasten klimaschädlicher und ressourcenintensiver Produkte unterstützt. Ein erfolgversprechender Ansatz in diesem Zusammenhang liegt in der Weiterentwicklung bestehender Regelungen im Abfallrecht. So könnten die dort bereits existierenden Entsorgungsentgelte für Verpackungen durch eine entsprechende Umgestaltung und Ausweitung in eine Ressourcenabgabe umgewandelt werden, die über eine Umlage kreislauffähige und umweltfreundliche Produkte zu Lasten von umweltbelastenden Produkten fördert.

Mit der vorgeschlagenen Kombination wollen wir die chemische Industrie unterstützen, neue Prozesswege zu beschreiten und weg vom Öl zu kommen. Damit sollen Sprunginnovationen und neue Technikansätze, wie Bioreaktoren und -raffinerien auf den Weg gebracht und neue Geschäftsmodelle wie das „Chemie-Leasing statt Verkauf" etabliert werden.

Grüne Modernisierung der Ernährungswirtschaft: Ökologisch und regional

Unter einer Grünen Ernährungswirtschaft versteht die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine Ernährungswirtschaft, die in der gesamten Kette – von den landwirtschaftlichen Betrieben, über die weiterverarbeitenden Unternehmen aus Industrie und Handwerk bis zum Handel – mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Eine Ernährungswirtschaft, die fair, umwelt- und tiergerecht erzeugte Produkte anbietet und den Hunger in der Welt nicht weiter verschärft, sondern Chancen nutzt, ihn zu bekämpfen.

Für die Land- und Ernährungswirtschaft bedeutet das: Die Tiere werden artgerecht behandelt, das Klima geschützt und die Artenvielfalt bewahrt. Wir wollen eine Landwirtschaft, die den Bäuerinnen und Bauern jenseits des Wachsens oder Weichens eine Perspektive bietet. Dafür brauchen wir eine Politik, die Umweltleistungen und Tierschutz belohnt, anstatt sie zum Wettbewerbsnachteil zu machen.

Die Aufgabe der Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist es Produkte zu produzieren und anzubieten, die es uns ermöglichen, uns gesund und ausgewogen zu fairen Preisen zu ernähren, die ohne Gentechnik, Antibiotikamissbrauch und mit möglichst wenig Pestiziden hergestellt wurden und keine massiven Umweltfolgekosten verursachen. Das horrende Ausmaß der Lebensmittelverschwendung auf den verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette wollen wir beenden und hin zu einem nachhaltigeren Umgang mit unseren Lebensmitteln. Wir wollen eine Ernährungswirtschaft, die – dort wo es möglich ist – auf Produkte aus der Region und kurze Wertschöpfungsketten setzt. Das schafft Transparenz und Sicherheit, entlastet unsere Straßen und Meere von unnötigem Verkehr, schont das Klima, bringt Wertschöpfung in die ländlichen Räume und gibt den Menschen dort eine Perspektive. Wir setzen auf Vielfalt, statt auf wenige den Markt beherrschende Player und eine zunehmende Uniformität des Lebensmittelangebots. Wir wollen einen fairen Wettbewerb von vielen unterschiedlichen Anbietern, die um die besseren Produkte statt nur um den billigsten Preis konkurrieren. Wir wollen, dass unsere Ernährungswirtschaft nicht auf Kosten anderer produziert. Insbesondere die Weltmarktorientierung und die Nutzung von Entwicklungsländern als Märkte für die billige „Entsorgung" von hier nicht absetzbaren Produkten muss ein Ende finden. Ausbeutung und Vertreibung von Menschen, die Missachtung des Rechts auf Nahrung sowie zerstörerische Produktionsweisen – egal wo auf der Welt sie stattfinden – lehnen wir entschieden ab.

Der Stand der Dinge in der Ernährungswirtschaft

Lebensmittelhersteller und -handel haben als Schnittstelle zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen eine entscheidende Rolle. Sie treffen eine Vorauswahl – bevor VerbraucherInnen überhaupt zum Zug kommen.

Die Lebensmittelhersteller entscheiden, aus welcher Erzeugung die Rohstoffe kommen, die sie verarbeiten bzw. verkaufen. Sie haben einen Spielraum, wie sie ErzeugerInnen für diese Rohstoffe entlohnen, den sie für eine faire Bezahlung nutzen sollten. Und sie entscheiden letztendlich, welche Produkte sie KonsumentInnen in welcher Form anbieten. Als direkte Schnittstelle zu den VerbraucherInnen entscheidet der Handel über das Produktangebot und darüber, ob jeweils eine nachhaltigere und unter menschenwürdigen Umständen hergestellte Produktvariante zur Verfügung steht. Er hat die Möglichkeit, Produkte auszulisten, wenn sie nicht seinen Anforderungen entsprechen, sei es hinsichtlich Pestizidrückständen, Tierhaltungsform oder Produktionsbedingungen. Zudem ist der Lebensmittelhandel heute selbst Anbieter einer großen Anzahl von Eigenmarken und hat daher auch direkten Einfluss auf die Produktgestaltung und die landwirtschaftliche Erzeugung.

Doch eine aktive Rolle für eine Veränderung hin zu einer nachhaltigen Ernährungswirtschaft füllen Lebensmittelwirtschaft und Handel bisher noch zu selten aus. In erster Linie geht es häufig um den Preis und die

Marge und erst am Ende um die Umwelt, die Interessen von VerbraucherInnen oder ProduzentInnen. Wohin diese Entwicklung führt, zeigt die Produktion tierischer Erzeugnisse. Die gezahlten Erzeugerpreise lassen etwa gerade bei Produkten wie Milch und Fleisch den Bäuerinnen und Bauern kaum Luft, um nachhaltiger zu produzieren. In der Mehrheit der Ställe in Deutschland werden die Tiere an die Stallsysteme angepasst statt umgekehrt. In Schlachthöfen arbeiten Menschen zum Teil unter unwürdigen Bedingungen zu Hungerlöhnen. Auch der Handel setzt mehr und mehr auf Aushilfen und Minijobs statt auf reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Soziale Standards spielen ebenso wie Umwelt- und Klimaschutzbelange oft nur am Rand eine Rolle und bleiben meist auf Nischen beschränkt. Insbesondere der Anbau von Genpflanzen in Drittländern führt zu massiven Problemen, wie einem hohen, für die AnwohnerInnen akut gesundheitsschädigenden Pestizidverbrauch – und der Großteil der Gentechpflanzen landet abschließend als Tierfutter in europäischen Trögen.

In der Lebensmittelverarbeitung führt der Preisdruck dazu, dass verarbeitete Produkte häufig auf den preiswertesten Zutaten statt auf der besten Rezeptur basieren. Die langen, für VerbraucherInnen häufig kaum verständlichen Zutatenlisten machen deutlich, dass Lebensmittel heute mit einer Menge an Verarbeitungs-, Zusatz- und Ersatzstoffen aufgepeppt werden.

Das macht es den Verbraucherinnen und Verbrauchern oft schwer, sich gut und bewusst zu ernähren. Besonders für Eltern sind die ständige Marktüberflutung und Bewerbung von Fertigprodukten, Süßigkeiten und fettigen Speisen ein permanenter Sorgenpunkt. Dass außerhalb des Biosektors am Endprodukt oft weder durch eine Kennzeichnung noch durch den Preis erkennbar ist, unter welchen Bedingungen, und mit welchen Umweltauswirkungen ein Produkt hergestellt wurde, macht es für die KundInnen im Laden schwer, sich informiert zu entscheiden. Dies mindert die Möglichkeit, durch bewusste Kaufentscheidungen auf das Angebot einzuwirken. Auch die Tatsache, dass die Wirtschaft in der Regel nicht die von ihr verursachten Klima- und Umweltkosten selbst tragen muss, führt zu falschen Anreizen und so zu einem weltumspannenden globalen Handel von Futter- und Lebensmitteln, der dem Hunger und der ungerechten Verteilung von Ressourcen Vorschub leistet. So zerstört unser Hunger nach Fleisch wertvolle Ökosysteme für den Anbau von Futtermitteln, verschlingt für die lokale Ernährung wichtige Ressourcen und verschärft den gnadenlosen Wettbewerb um Land. Gleichzeitig zerstören Dumping-Exporte aus industrieller Landwirtschaft ganze Existenzen in Entwicklungsländern und tragen so zu Armut, Hunger und Mangelernährung von Milliarden Menschen bei.

Der Grüne Umbau: Wege zu einer Grünen Ernährungswirtschaft

Mit der Art und Weise wie wir unsere Lebensmittel produzieren, verarbeiten, konsumieren und handeln, sind die zentralen ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit verbunden – ob Klima, Bodenqualität, Tierschutz oder körperliches Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Die gesamte Land- und Ernährungswirtschaft ist ein zentrales Handlungsfeld ökologisch-sozialer Transformationspolitik. Der Erhalt und die Förderung einer modernen bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft, des Lebensmittelhandwerks, der regionalen Wirtschaftskreisläufe in all ihrer Vielfalt und die Herstellung und Vermarktung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln sind existentielle gemeinsame Aufgaben für Wirtschaft und Politik.

Wir wollen, dass die Lebensmittelwirtschaft ihre herausragende Position mit Verantwortung nutzt, um ein Katalysator zu sein in der Transformation hin sowohl zu einer grüneren Produktion als auch zu einem grüneren Konsum. Die Lebensmittelwirtschaft soll eine aktive Rolle einnehmen und die Wünsche von Verbraucherinnen und Verbrauchern bedienen.

Hoffnung machen die zahlreichen Initiativen gerade aus dem Bereich der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft, die zeigen, wie eine Transformation gelingen könnte. Dazu gehören die Verwendung von Zutaten aus gentechnikfreier, ökologischer, artgerechter und fairer Produktion, langfristige Lieferverträge für Umsteller, Mehrpreise im Einkauf für Rohstofferzeugung mit Naturschutzleistungen, die Schaffung transparenter und auditierter Lieferketten, die Listung regionaler, fairer und ökologischer Produkte oder die Herkunftskennzeichnung von Produktzutaten.

Für uns Grüne ist die zentrale politische Frage, wie wir die Weichen so stellen können, dass solche Vorbilder Schule machen und andere mitziehen. Wir wollen, dass aus solchen Einzelinitiativen eine selbstverständlich gelebte Branchenkultur wird.

Ökologisierung des gesamten Landbaus und Verzicht auf Gentechnik

Bei der Lebensmittelerzeugung setzt der ökologische Landbau den Goldstandard, denn er ist die nachhaltigste und klimafreundlichste Anbaumethode in der Landwirtschaft. Er schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum und liefert durch Klima-, Umwelt- und Naturschutz eine breite Palette gesellschaftlicher Leistungen. Dies wollen wir weiter ausbauen und fördern.

Wir wollen aber darüber hinaus eine Reduktion negativer Umweltauswirkungen über die gesamte Breite der Landwirtschaft, wie sie momentan bspw. durch Gentechnik, Nitrat- und Pestizideinträge in Gewässer und Böden stattfinden, eine Verminderung der Klimaauswirkungen der Landwirtschaft und Förderung der Biodiversität.

Deshalb fordern wir eine bessere Unterstützung für die Ausrichtung der gesamten Landwirtschaft an Umwelt-, Tierschutz- und Nachhaltigkeitszielen durch eine Stärkung der 2. Säule und mehr Mittel für die dort eingestellten Agrarumweltmaßnahmen, eine Erweiterung des Förderspektrums um Tierschutz sowie eine verstärkte Förderung von qualifizierter regionaler Wertschöpfung. Damit wollen wir alle Landwirte dabei unterstützen, ihre Produktion an gesellschaftlichen Erwartungen auszurichten.
Langfristig ist die gesamte Agrarförderung noch besser an die Erfüllung von gesellschaftlichen Zielen wie Umwelt- und Tierschutz zu koppeln.

Die im Handel schon breit vorhandenen Initiativen, in den Lieferketten die Verwendung von GVO-Futtermitteln auszuschließen, wollen wir stärken, um weitere Unternehmen und Produktbereiche gentechnikfrei zu bekommen. Solange bei tierischen Produkten nicht gekennzeichnet werden muss, ob bei ihrer Erzeugung gentechnisch veränderte Futtermittel zum Einsatz kamen, ist die freiwillige Kennzeichnung mit dem „Ohne

Gentechnik"-Label ein richtiger Schritt. Das Label wollen wir mit einer bundesweiten Informationskampagne unterstützen.

Tierschutz

Eine zentrale Rolle beim Umbau kommt der Tierhaltung zu. Die industrialisierte Massentierhaltung mit ihrer starken Orientierung auf Export und Dumpingpreise ist weder ökologisch noch ethisch vertretbar. Wir setzen auf eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung, die Qualitätsprodukte erzeugt und einen Großteil des Futters aus heimischen Futterquellen bezieht. Quälend lange Transportzeiten und Schlachtung im Akkord passen nicht mehr zu den gesellschaftlichen Erwartungen an Tierschutzstandards. Ebenso wenig die betäubungslose Kastration von Ferkeln oder das Zerschreddern männlicher Küken.

Wir wollen die Rechte und den Schutz aller Tiere stärken. Wir wollen die Haltung an die Tiere anpassen und nicht umgekehrt. Durch mehr Platz, Stallstrukturierung, Auslauf, Beschäftigung, eine höhere Betreuungsintensität und eine nachhaltigen Zucht wollen wir erreichen, dass die Tiere gesünder sind, länger und besser leben und dass die Bauern hochwertige Produkte erzeugen können. Mit einer artgerechten Haltung werden Amputationen etwa von Schnäbeln oder Ringelschwänzen nicht mehr nötig sein, und der Antibiotikaeinsatz wird wesentlich gesenkt. Wir wollen Kühe, die auf der Weide grasen und Hühner, die die Sonne sehen. Dafür brauchen wir ein Tierschutzgesetz, das seinen Namen auch verdient und endlich gesetzliche Mindeststandards für die Haltung von Tieren, für die es bisher keine konkreten Regelungen gibt, wie etwa Puten, Wassergeflügel und Milchkühe.

Regionale Wertschöpfung

Wir setzen auf gutes Essen aus der Region, weil kurze Wege Klima und Umwelt schonen. Auch Verbraucherinnen und Verbraucher vertrauen immer stärker auf frische Lebensmittel, die vor ihrer Haustür entstehen und verarbeitet werden. Landwirtschaft und das regionale Lebensmittelhandwerk bilden so das Herz ländlicher Wertschöpfung.

Wir wollen die Vielfalt von gutem Essen aus der Region für die Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten. Damit von diesem Trend Bäcker, Fleischer, Konditoren und alle lokalen und regionalen Versorger profitieren, brauchen gerade kleine und mittlere Betriebe einen fairen Wettbewerb gegenüber industrieller Massenproduktion. Dafür müssen sie von Bürokratie, die nicht auf Kosten der Qualität geht, entlastet werden, und die Ausnahmeregelungen für Großbetriebe bei der EEG-Umlage müssen abgeschafft werden. Mit Schülerpraktika und Qualifizierungen wollen wir junge Menschen an Berufe des Lebensmittelhandwerks heranführen und durch ein transparentes Kammerwesen sowie bessere Förderung und Beratung attraktivere Arbeitsbedingungen und Chancen für Berufseinsteiger und Einsteigerinnen schaffen. Wir wollen, dass regional wirtschaftende Unternehmen im Lebensmittelbereich mit der Verbundenheit zur Region auch werben können. Denn durch den Absatz regionaler Produkte, die diese Bezeichnung verdienen, werden regionale Wirtschaftskreisläufe angeregt. Die Wertschöpfung bleibt vor Ort. Voraussetzung ist, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher durch eine klare und verlässliche Kennzeichnung des Herkunfts- und Verarbeitungsorts informiert werden und damit eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Überflüssige und nichtssagende Industrie-Siegel, die nichts anderes sind als erweiterte Produktwerbung, lehnen wir ab.

Um die regionale Vermarktung zu erleichtern, brauchen wir eine gut verzahnte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Damit gerade kleinere Betriebe die bestehenden Bundes- und Länderprogramme gut nutzen können, wollen wir die Beratung verbessern und Netzwerke aus Erzeugern, Verarbeitern und

Verbraucherinnen ausbauen. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise Gemeinschaftsküchen in Kitas und Schulen, sollen Vorbildfunktion übernehmen und besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können.

Lebensmittelverschwendung beenden

Das enorme Ausmaß der Lebensmittelverschwendung wollen wir beenden und damit Schluss machen, dass allein in Deutschland jährlich rund 18 Mio. Tonnen Lebensmittel im Müll landen. Weltweit wird nach Einschätzung der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) etwa ein Drittel aller für den menschlichen Verzehr hergestellten Lebensmittel weggeworfen.

Die Verschwendung findet auf allen Stufen der Wertschöpfungskette auf dem Weg "vom Acker zum Teller" statt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Deshalb braucht es eine umfassende Gesamtstrategie, um die Verschwendung einzudämmen und die Ziele der EU sowie der Vereinten Nationen, die Lebensmittelverluste zu halbieren, mit Leben zu füllen.

Hierbei sind auch der Handel, die Lebensmittelindustrie und die Erzeuger gefragt, verbindliche Reduktionsziele mit der Politik zu vereinbaren. Als weitere Maßnahmen sind etwa die Bereitstellung von unterschiedlich großen, bedarfsgerechten Packungsgrößen notwendig sowie eine nachhaltigere Ausgestaltung des Sortiments – gerade auch in Bezug auf Saisonwaren –, weitere Angebote zum Abverkauf von Produkten kurz vor Erreichen des Mindesthaltbarkeitsdatums sowie die Abgabe nicht verkäuflicher Lebensmittel an soziale Einrichtungen. Überwunden werden müssen auch die nach wie vor bestehenden Handelsnormen für Obst und Gemüse. Denn auch kleine Äpfel oder krumme Gurken sind lecker und gesund.

Recht auf Nahrung

Wir wollen das Menschenrecht auf Nahrung in den Mittelpunkt im Kampf gegen Hunger und Mangelernährung stellen. Jede verabschiedete- oder auch unterlassene Regulierung muss darauf geprüft werden, ob sie diesem Ziel zuwider läuft. Nationale wie globale deutsche bzw. EU-Politik möchten wir auf das Ziel der Ernährungssouveränität verpflichten. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe wollen wir durch entwicklungspolitische Maßnahmen stärken und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Entwicklungsländern fördern. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir beenden, ebenso wie eine Handelspolitik, die das Recht auf Nahrung gefährdet.

Mit agrarökologischen Methoden lassen sich die Erträge in Entwicklungsländern steigern, die Ressourcen nachhaltig nutzen, der Armut bekämpfen und das Klima schützen. Daher wollen wir die Kapazitäten und die Kompetenz der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in der Schulung agrarökologischer Anbaumethoden im Sinne nachhaltiger biologischer Landwirtschaft substanziell ausbauen und die Marktöffnungspolitik für die deutsche und europäische Agrarindustrie unter dem Deckmantel der Entwicklungspolitik beenden. So schaffen auch die derzeitigen Wirtschafts- und Handelsverträge der EU und Subventionen im Agrarbereich keinen fairen Rahmen für fairen internationalen Handel. Stattdessen brauchen wir eine Handelspolitik, die die Schutzinteressen von Entwicklungsländern anerkennt. Konkurrenz durch wettbewerbsfähigere oder subventionierte Importe und Dienstleistungen der Industrieländer können lokale Industrie- und Landwirtschaftssektoren der Entwicklungsländer zerstören, wie beispielsweise in den Bereichen Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteile, in denen subventionierte Produkte aus Europa die heimische Produktion etwa in Westafrika zerstört haben. Dies hat in vielen Fällen negative Auswirkungen sowohl auf die Ernährungssouveränität als auch auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Ziellandes. Daher lehnen

wir die derzeit verhandelten Entwicklungspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten ab und bestärken die afrikanische Seite in ihrer ablehnenden Haltung.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen darauf vertrauen können, dass die Herstellung der Produkte, die bei uns angeboten werden, nicht zu Landgrabbing, Umweltzerstörung und Ausbeutung von Menschen in Entwicklungsländern führt. Hierzu brauchen wir langfristig verbindliche hohe, überprüfbare und sanktionsbewährte Standards für die gesamte Lieferkette. Dabei ist wichtig, dass hohe Standards gerade im Agrar- und Lebensmittelbereich auch von KleinproduzentInnen in Entwicklungsländern erfüllbar sind und die europäischen Märkte nicht abschotten. Auf dem Weg dorthin müssen Siegel und Zertifizierungen, die diese hohen Standards garantieren – genannt seien Gepa oder Fairtrade – gefördert werden.

Politische Unterstützung des Umbaus / zentrale Handlungsfelder

Wir wollen die Ernährungsbranche dabei unterstützen, anders zu wirtschaften. Dafür sind folgende Instrumente für uns zentral:

1.) Stärkung einer ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft durch

- eine Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule bei der Agrarförderung, um die Tierwohl-, Klimaschutz- und Biodiversitätsmaßnahmen im Rahmen der zweiten Säule erweitern zu können,
- eine deutliche Reduktion der Pestizidmengen in der Landwirtschaft,
- die Reduktion von Lebensmittelverlusten auf allen Stufen der Wertschöpfungskette, u.a. durch verbindliche Reduktionsziele,
- ein sicheres, bundesweites Anbauverbot für genmanipulierte Pflanzen,
- Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen GVO in Lebensmitteln und Saatgut,
- eine Kennzeichnung von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln, in denen gentechnisch verändertes Futter steckt,
- eine Haltungskennzeichnung für tierische Produkte – entsprechend der Haltungskennzeichnung für Eier. Diese soll als erstes für Fleisch eingeführt und später auf andere Produkte ausgedehnt werden. Außerdem wollen wir eine Ausweitung der Eierkennzeichnung auch auf verarbeitete Eiprodukte wie Nudeln oder Kekse,
- verbesserte Tierhaltungsgesetze, so dass Tiere nicht unter den Haltungsbedingungen und Qualzucht leiden und Antibiotika nur zur Behandlung im Einzelfall benötigen,
- eine deutliche Reduzierung der Nitratbelastung von Boden und Grundwasser durch eine Bindung der Tierhaltung an die Fläche und damit in der Regel eine Verkleinerung der Tierbestände.

2.) Eine Umgestaltung der Weiterverarbeitung und des Handels durch:

- ein breites Angebot an nachhaltigen Produkten, erkennbar an glaubwürdigen Siegeln wie Bio, ohne Gentechnik, fair,
- bessere Transparenz und Kennzeichnung für Vegetarierinnen und Veganer, so dass erkennbar ist, wenn sich tierische Inhaltsstoffe in Produkten verstecken oder im Verarbeitungsprozess eingesetzt wurden, die Offenlegung von Produktionsbedingungen,
- faire Preise für Lieferanten und einer Abkehr von Aktionspreisen, die unter den Erzeugungskosten liegen,
- eine Orientierung der Verarbeitungs- und Handelsunternehmen am Prinzip der Nachhaltigkeit in der gesamten Kette statt nichtssagender Unternehmensauditierungen,

- Anstrengungen von Weiterverarbeitung und Handel, gemeinsam mit Erzeugern Produktions- und Produktstandards weiter zu entwickeln, und an der gemeinsamen Verbesserung von Wertschöpfungsketten zu arbeiten,
- Verbindliche Reduktionsziele zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung,
- die Entwicklung und Durchführung von Marketingstrategien, die darauf ausgerichtet sind, den Verkauf von nachhaltigen Produkten zu steigern,
- Initiativen des Handels zur Beratung und Schulung von Filialeitern, Marktleitern, Marktinhabern etc. im Bereich nachhaltigen Lebensmitteln,
- eine freiwillige Selbstverpflichtung von Lebensmittelwirtschaft und Handel, den Anteil von Bioprodukten auf 20% zu erhöhen und hierfür eine Strategie zu entwickeln,,
- eine freiwillige Selbstverpflichtung des Handels, in der verbindliche Ziele bzgl. „Anteil der regionalen Produkte", „Anteil gentechnikfreier Produkte", „fairer Erzeugerpreise" und Reduzierung des Energiebedarfs enthalten sind.

3.) Eine Stärkung des Lebensmittelhandwerks und regionaler Wertschöpfungsketten durch:

- die Entlastung kleiner und mittlerer Betriebe bei Berichts- und Statistikpflichten und Unterstützung bei der Umsetzung von Qualitätsstandards und –anforderungen,
- eine faire Verteilung der Kosten der Energiewende auf alle Unternehmen, auch auf die, die derzeit von der EEG-Umlage befreit sind, sowie Fördermittel für Energieeffizienzmaßnahmen,
- eine bessere Verzahnung der bestehenden Fördermöglichkeiten für kleine und mittelständische Betriebe und das Handwerk mit einem Schwerpunkt auf regionalen Wirtschaftskreisläufen,
- einen Förderschwerpunkt „Modernisierung und Aufbau von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen" und einen Förderschwerpunkt Schulverpflegung im Rahmen der GAK sowie ein Bundesprogramm Regionalvermarktung, das Unternehmen gezielt bei Investitionen, der Netzwerkbildung, Beratungs- und Schulungsmaßnahmen oder der Konzeption von Regionalmarken unterstützt.
- eine verpflichtende Positivkennzeichnung regionaler Produkte, die die Verwendung nichtssagender Regionalsiegel rein zu Marketingzwecken unterbindet ohne dabei Regionalinitiativen mit einer neuen Zertifizierungsmöglichkeit zu belasten,
- die Aktivierung des bestehenden Fachkräftepotentials in ländlichen Räumen durch verbindliche Schülerpraktika, eine Ausbildungsgarantie, Qualifizierungen für Langzeitarbeitslose und ein modernes Einwanderungsgesetz, das Zugezogenen den Weg in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Grüne Modernisierung der Bauwirtschaft: Mietergerecht und ökologisch sanieren und modernisieren

Um ausreichend Wohnraum für alle zu schaffen und dabei Fläche und Ressourcen zu schonen, müssen wir neue Wege gehen. Vorstellbar sind flexible Grundrisse, die Überbauung von Garagen oder Supermärkten, die Aufstockung von Wohngebäuden, Nutzung von Industriebrachen und die konsequente Schließung von Baulücken. Unser Ziel bleibt der Bau ohne Flächenverbrauch.

Neue Technologien werden auch in der Architektur neue Prozesse und Wege ermöglichen. Der 3-D-Drucker wird auch im Gebäudebereich zunehmend an Bedeutung gewinnen, ebenso wie serielles Bauen. Um hier ökologisch und ansprechend zu bauen, fordern wir einen Architekturwettbewerb. Modulbauten sollen nicht nach Platte aussehen, sondern auch die Schönheit unserer Städte erhalten. Um Heimwerker an ökologische Baustoffe heranzuführen, braucht es neben Information und Beratung vor allem auch ein Angebot. Wir wünschen uns als Einstieg Öko-Bereiche in Baumärkten, so wie es sie auch in konventionellen Supermärkten gibt.

Wir setzen auf umwelt- und gesundheitsverträgliche Baustoffe und ressourcenarmes und klimafreundliches Bauen. Das bedeutet insbesondere auch die Nutzung wiederverwertbarer und hochwertig recycelbarer Baustoffe. Natürliche Baustoffe wie Holz, Lehm und Hanf, und Farben auf Basis nachwachsender Rohstoffe erhöhen die Wohnqualität, sind klimafreundlich und reduzieren den CO_2-Fußabdruck. Textilbeton und Ersatzstoffe für den energieintensiven und klimaschädlichen Zement tragen zu einer weiteren Reduktion unseres ökologischen Fußabdrucks bei. Eine Grüne Bauwirtschaft bietet außerdem faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne für die Beschäftigten in der Branche.

Die Energiewende im Gebäudebereich und ein klimaneutraler Gebäudebestand bis zum Jahr 2040 ist für uns ein wesentlicher Schlüssel und Transformationstreiber für die Branche. Wir wollen einen Gebäudebestand, der klimaneutral und für alle bezahlbar ist – dafür haben wir unser Konzept der Fairen Wärme entwickelt. Effizienz und Erneuerbare Wärme schonen nicht nur das Klima, sondern machen uns unabhängig von Gas- und Öl-Importen und senken so langfristig die Energiekosten. Das schafft Spielraum für zusätzliche Investitionen.

Die aktuelle Situation in der Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft ist derzeit weit davon entfernt, die vorhanden Innovations- und Effizienzpotenziale zu nutzen. Noch immer werden jeden Tag fast 70 Hektar an Fläche verbraucht und dadurch wertvoller Naturraum zerstört. Neben dem Straßenbau ist der Bau von Siedlungen einer der maßgeblichen Gründe für den hohen Flächenverbrauch.

Die Sanierungsquote bei den Bestandsgebäuden bleibt weit hinter dem Notwendigen und Möglichen zurück. Noch immer macht das Heizen 40 Prozent des Energiebedarfs von Gebäuden aus. Nur ein Zehntel des Heizenergiebedarfs wird mit erneuerbaren Energien gedeckt, und der Anteil stagniert seit Jahren. Wenn saniert wird, kommen in der Regel Dämmstoffe auf fossiler Basis zum Einsatz, die später als Abfallstoff zum Problem werden.

Bisher hat man unter nachhaltiger Architektur im Wesentlichen das Energiesparen in der Nutzungsphase verstanden. Die Bauphase blieb außen vor. Diese Einschränkung greift aber zu kurz, ist sogar irreführend. Für die Erstellung eines Gebäudes wird das 20-25-fache der Energie benötigt, die dieses Gebäude später pro Jahr verbraucht. Daher ist es nicht zielführend, lediglich den Energieverbrauch in der Nutzungsphase zu betrachten.

Herkömmlicher Vollwärmeschutz ist schwer zu recyceln. Er besteht aus 5 bis 15 miteinander verklebten oder verbauten Baustoffen. Eine sortenreine Trennung dieser Baustoffe ist kaum möglich. So werden allein in Deutschland täglich mehrere 10.000 Kubikmeter zukünftiger Müll produziert. Trotzdem benachteiligt die

Bundesregierung alternative, ökologisch nachhaltige Baustoffe in der öffentlichen Fördersystematik. Sie sind in den KfW-Gebäudesanierungsprogrammen mit Dämmstoffen auf petrochemischer Basis gleichgestellt. Weil diese konventionellen Dämmstoffe über die Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl einen Marktvorteil gegenüber nicht erdölbasierten Baustoffen haben, sind sie billiger als ökologische Baustoffe und werden folglich häufiger verbaut.

Trotz Klimakrise ist nach wie vor Beton auf Basis von energieintensivem Zement der Baustoff der Wahl. Unternehmen der Zementindustrie sind als energieintensive Unternehmen bislang in erheblichem Umfang von Energiesteuern und CO_2-Kosten befreit und haben von daher wenig Anreiz zur Umstellung ihrer Produktion auf ökologischere Alternativen. Die Zementindustrie ist außerdem einer der größten Nutzer von Ersatzbrennstoffen aus Abfall, was dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft zunehmend entgegensteht.

Auch die Beschäftigungsverhältnisse auf dem Bau sind häufig katastrophal. Jahr für Jahr ist die Baubranche Spitzenreiter bei Schwarzarbeit. Die meisten Ermittlungsverfahren, die höchsten Geldbußen und die meisten Freiheitsstrafen gehen auf das Konto der Baubranche. Der heftige Konkurrenzkampf führt zu hoher Arbeitsverdichtung und hohen Anforderungen an Flexibilität. So entstehen mehr Unfälle und in kaum einer anderen Branche müssen die Beschäftigten aus gesundheitlichen Gründen so häufig ihren Beruf vor Erreichen des Renteneintrittsalters aufgeben. Gleichzeitig leidet die Branche unter einem Fachkräftemangel. Unsere Antwort darauf ist eine Aus- und Weiterbildungsoffensive, gerade auch um Geflüchteten eine Perspektive zu ermöglichen, mehr Personal im Kampf gegen die Schwarzarbeit und rechtssicherer Arbeitsschutz.

Der Grüne Umbau: Wege zu einer Grünen Bauwirtschaft

Von 1990 bis Ende 2013 wurden bei etwa 4,5 Mio. Wohnungen KfW-Fördermittel in Form von zinsgünstigen Darlehen oder Zuschüssen für Maßnahmen der Energieeinsparung und der Reduktion von Treibhausgasen eingesetzt. Doch die Energiewende im Gebäudebereich kommt nur schleppend voran. Deshalb wollen wir den Bestand stärker in die Pflicht nehmen, so fördern, dass die Wärmewende für alle bezahlbar wird und zudem die niedrigschwellige Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher einbeziehen. Wir wollen dazu unseren Grünen Energiesparfonds mit dem **Grünen Wärmepaket** weiterentwickeln und insgesamt rund 7 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung stellen und damit Energiesparen und Erneuerbare Wärme fördern. Unsere Leitlinie dabei ist **Faire Wärme**: MieterInnen, EigentümerInnen und den Staat fair an den Investitionskosten und dem Nutzen der Energieeinsparung zu beteiligen und niemanden finanziell zu überfordern. Finanzieren können wir das Wärmepaket durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Die **Energieeinsparverordnung** wollen wir weiterentwickeln, damit Klimaschutz ins Zentrum rückt. Solare Wärmegewinne, klimafreundliche Baumaterialien und die CO_2-Bilanz von fossiler bzw. erneuerbar erzeugter Nah- und Fernwärme müssen endlich klimaehrlich berücksichtigt werden. Denn die geforderten Energiesparmaßnahmen müssen eine maximale Klimaschutzwirkung entfalten. Außerdem sollen Erneuerbare Energien künftig auch im Gebäudebestand verbindlich zum Einsatz kommen.

Im Zuge der Gebäudesanierung wollen wir, dass immer mehr konventionelle Anbieter Öko-Baustoffe anbieten. Seit über zehn Jahren gibt es bereits das "Biosiegel für Baumaterialien", das Natureplus-Siegel. Es hat einen wichtigen Beitrag zur Markteinführung von ökologischen Bauprodukten geleistet. Doch das reicht bei Weitem noch nicht aus. Denn die Vorteile von nachhaltigen Baustoffen sind unbestreitbar und die potentiellen Einsatzmöglichkeiten ungemein groß. Wir brauchen dringend eine ausreichende Förderung von ökologischen Baustoffen – auch durch Forschung. Die Chancen dieses Zukunftsmarktes dürfen nicht vertan werden. Heute müssen und können Verfahren und Materialien entwickelt werden, die in einigen Jahren für Stadtsanierungen und die Energiewende weltweit nachgefragt werden. Wir wollen deshalb ein Marktanreizprogramm für ökologische Baustoffe (MAP). Das von 2003 bis 2007 bestehende MAP zur Einführung ökologischer Baustoffe war

ein großer Erfolg und hat dazu beigetragen, den Marktanteil von Baustoffen auf Basis nachwachsender Rohstoffe zu verdoppeln. Wir wollen es neu auflegen. Die Herstellung aller Naturdämmstoffe benötigt nur etwa 15 bis 20 Prozent der Energie, die für die Herstellung von synthetischen und mineralischen Dämmstoffen benötigt wird. Bei einem Volumen von etwa 25 Millionen Kubikmeter Dämmstoffen, die in Deutschland jährlich eingebaut werden, könnte mit diesem Einsparpotenzial ein komplettes AKW abgeschaltet werden.

Außerdem sollen die Energiebilanz, die Recyclingmöglichkeit und der Lebenszyklus von Baustoffen viel stärkere Beachtung finden. So wird beispielsweise beim Bau eines Holzhauses 30 Prozent weniger Primärenergie verbraucht als bei einem herkömmlichen Haus aus Stein und Beton. Im Jahr 2011 wurde im oberbayerischen Bad Aibling innerhalb von wenigen Wochen ein achtgeschossiger Holzbau erstellt. Das dafür verbrauchte Holz wächst im bayrischen Landesgebiet innerhalb von 15 Minuten nach. Nachhaltige Baustoffe sind nicht nur wichtig für das Klima und die Umwelt, sondern auch für die eigene Gesundheit. In Deutschland verbringen die Menschen durchschnittlich 90 Prozent ihrer Lebenszeit in Innenräumen. Die Luft, die darin eingeatmet wird, darf nicht durch gesundheitsschädliche Stoffe in den Baumaterialien verpestet werden. Im Rahmen energetischen Dachsanierung könnten beispielsweise im Rahmen der KfW Förderung zur CO_2-Gebäudesanierung auch Schadstoffgutachten und die Beseitigung schädlicher Stoffe gefördert werden.

Flächenverbrauch ist eines der ungelösten Umweltprobleme in Deutschland. Das Ziel, die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungen und Verkehrswege auf höchstens 30 Hektar am Tag zu begrenzen, wird nach wie vor klar verfehlt. Der tägliche Flächenverbrauch entwickelt sich nur ausgesprochen zögerlich in diese richtige Richtung und ist mit 69 Hektar (Vier-Jahres-Mittel 2014) weiterhin viel zu hoch. Der massive Verbrauch des knappen Gutes Fläche durch immer mehr Neubau an breiten Straßen und flächenintensiven Wohnraum ist teuer, schadet dem Klima, führt zum Verlust der Biodiversität und zu irreversiblen Veränderungen im Boden- und Wasserhaushalt.

Paradoxerweise findet der meiste Flächenverbrauch für den Bau von Wohnraum gerade in Regionen statt, wo die Bevölkerung abwandert. Die Zersiedelung strukturschwacher Räume ist nicht nur umwelt- und klimaschädlich, sondern zieht auch erhöhte Infrastrukturkosten nach sich. Für eine wirklich nachhaltige Entwicklung sind hier viel weitreichendere Anstrengungen notwendig. Neben dem 30-Hektar-Ziel für 2020 muss das Null-Hektar-Ziel für 2030 angestrebt werden. Die Programme der Bundesregierung zur nachhaltigen Stadtentwicklung und Raumordnung müssen diesen Zielen viel stärker Rechnung tragen. Der Flächenzertifikatehandel, der sich an den Nachhaltigkeitszielen und der Bevölkerungsentwicklung der Regionen orientiert, sollte vom Modellprojekt in die ständige Praxis überführt werden. Auch das Baurecht muss Kommunen darin stärken, mehr Gewicht auf den Vorrang dichter, gemischter innerstädtischer Quartiere mit kurzen Wegen zu legen, zum Beispiel durch eine Änderung der Baunutzungsverordnung und eine neue Nutzungsart „Urbanes Mischgebiet".

Vielerorts gibt es gute lokale Beispiele, wie Kommunen oder Wohnungsgesellschaften einen sparsamen Umgang mit Wohnraum unterstützen. Im Programm Jung kauft Alt werden junge Familien darin unterstützt, bestehende Einfamilienhäuser zu kaufen statt neu auf der grünen Wiese zu bauen. Auch Umzugsboni und günstige Wiedervermietung innerhalb einer Genossenschaft oder z.B. dem Berliner Mietenbündnis können helfen, wenn ältere Menschen aus einer als zu groß empfundenen Wohnung in eine kleinere, altersgerechte Wohnung umziehen wollen. Mit dem Programm Wohnen für Hilfe helfen Studierende älteren Menschen im Alltag und erhalten eine günstige Untermietgelegenheit.

Auch durch den Bund geförderte Planungswettbewerbe und Arbeiten der Bauforschung können einen Beitrag leisten, für bezahlbares und urbanes Wohnen, mit hoher Dichte, grüner Umgebung und städtebaulicher Qualität. So lässt sich zum Beispiel viel aus den (ehemals) gemeinnützigen Weltkulturerbesiedlungen der 1920er und 1930er Jahre der Berliner Moderne lernen, die als Antwort auf den Mietskasernenbau entwickelt wurden, aber

auch aus neuen Ansätzen wie sie im Rahmen des Deutschen Beitrags „Making Heimat“ der Biennale von Venedig 2016 gezeigt werden.

Möglichkeiten zur Rahmensetzung durch die Politik

Subventionsabbau

- Wenn wir ökologisch nachhaltiges Bauen voranbringen wollen, müssen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen. Als mittelfristige Maßnahme ist die Subvention petrochemischer Kunststoffe und CO_2-intensiver Baustoffe abzubauen. Die Energie- und Stromsteuersubventionen für die energieintensive Herstellung von Baustoffen wie Zement und Keramik sollten nur gewährt werden, wenn die Produktion nachweislich von der Verlegung ins weniger stark regulierte Ausland bedroht wäre und keine gleichwertigen Alternativbaustoffe mit besserer Umweltbilanz bereitstehen.

Förderung über öffentliche Haushalte / neue Programme

- Wir wollen ein KfW-Programm „NaturPlus“ in Höhe von 5 Millionen Euro pro Jahr für die Dauer von vier Jahren auflegen, und damit
    - die Erforschung, Zertifizierung und Anwendung von ökologischen Baustoffen sowie
    - die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung zur Reduktion des Flächenverbrauchs durch besonders flächensparendes Planen und Bauen fördern.
- Außerdem wollen wir eine eigene Programmlinie im KfW-CO_2-Gebäudesanierungsprogramm aus den vorhandenen Mitteln, die die Förderung des Energiesparens und der Effizienz im Gebäudebereich und im Quartier neu ausrichtet. Dazu soll die finanzielle Ausstattung der KfW-Förderprogramme auf 2 Milliarden verstetigt und zielgruppengerecht ausgestaltet werden, indem die Zuschusslinie sowie Einzelmaßnahmen, die in den Sanierungsfahrplan für das Haus passen, gestärkt und Mitnahmeeffekte begrenzt werden. Besonders wichtige Maßnahmen sind: Forschung, Entwicklung und Demonstration, Unterstützung der Markteinführung insbesondere durch Transparenz und Information für Verbraucher, EU-Normen und -Label für biobasierte Produkte, der Abbau ordnungsrechtlicher Hemmnisse, die Integration biobasierter Produkte in die öffentliche Beschaffung sowie der vermehrte Einsatz von Nachhaltigkeitsstandards und Zertifizierungssystemen.
- Wir haben das Konzept „Faire Wärme“ mit einem „Grünen Wärmepaket“ in Höhe von 7 Mrd. Euro jährlich aufgelegt, um auch die Sanierung im Quartier voranzubringen. Mit einem ganzheitlichen Ansatz, Transparenz, Erneuerbaren Energien und guter Beratung wollen wir die Sanierungsquote und -Bereitschaft in Deutschland spürbar erhöhen. So werden wir unabhängig von Öl und Gas.
- Wir fordern Architekturwettbewerbe und Bauforschung für serielles und modulares Bauen in sozialer und Nutzungs-Mischung, um den Wohnungsneubau so attraktiv, bezahlbar und ökologisch wie möglich zu gestalten, gerade in verdichteten städtischen Kontexten mit hoher Nachfrage.
- Der Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Vekehrsfläche soll mit einem Maßnahmenmix aus dem Handel mit Flächenzertifikaten und baurechtlichen Verbesserungen auf höchstens 30 Hektar im Jahr 2020 und netto Null Hektar im Jahr 2030 sinken.

Vorgaben /Ordnungsrecht

Politik muss verlässlich und langfristig planbar sein, um Investitionen nicht zu gefährden.

- An einer guten Klassifizierung der Baustoffe muss gearbeitet werden. Wie beispielsweise mit einer Klassifizierung von Bau- und Dämmstoffen in Gruppen von A bis C. Wer die aufgeführten Kriterien erfüllt, hat ein A-Produkt mit höchster Förderstufe. Die Fördermittel müssten nicht zwangsläufig erhöht werden. Es müsste lediglich eine gerechtere Gewichtung zugunsten der stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe erfolgen – das erhöht auch die Transparenz für den Verbraucher, wenn die Vorgaben zielführend sind.

Gute Arbeits- und Entlohnungsbedingungen

- Zum Schutz der Beschäftigten und verantwortungsvollen Betrieben kann Schwarzarbeit und Lohndumping nur durch mehr Kontrollen verhindert werden. Dazu ist zusätzliches Personal notwendig, das die Bundesregierung schon lange verspricht, aber nicht bereitstellt.
- Entsandte Beschäftigte müssen besser geschützt werden. Bessere Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und effektiver Datenaustausch können zweifelhafte Entsendevorgänge und Sozialversicherungsbetrug aufdecken.
- Notwendig sind attraktive Rahmenbedingungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Gleichzeitig muss die Beschäftigungsfähigkeit der qualifizierten erfahrenen Beschäftigten erhalten und gesteigert werden. Denn die Zukunft der Branche hängt davon ab, ob die Betriebe sichere und gesunde Arbeitsplätze und gleichermaßen faire, produktive und motivierende Arbeitsbedingungen schaffen.

(Verbraucher)Information

- Eine Änderung der Förderpolitik für Dämmstoffe kann nur greifen, wenn die Informationsdefizite und Hemmnisse abgebaut werden. Wir wollen von den Architektinnen und Architekten sowie Bauingenieurinnen und Bauingenieuren über die ausführenden Gewerken bis hin zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern erheblich mehr informieren und schulen. Hierzu wollen wir eine Öffentlichkeitskampagne ähnlich der zur Einführung des Bio-Siegels für Lebensmittel starten.
- Leichte Bezugsmöglichkeiten: Um ökologische Baustoffe flächendeckend zum Einsatz zu bringen, muss es leichte Bezugsmöglichkeiten geben. Ein erster Schritt wäre die ausreichende Verfügbarkeit im Baumarkt. Analog zu konventionellen Supermärkten, könnten „Öko-Ecken“ eingerichtet werden, in denen der Verbraucher die entsprechenden Produkte leicht findet.

Grüne Modernisierung der Güterverkehrs- und Logistikwirtschaft: Kostenwahrheit herstellen und verursachergerecht ausgestalten

Der Sektor Güterverkehr und Logistik steht vor einem tiefgreifendem Wandel: Wir wollen den Rahmen so setzen, dass sich die Transport- und Logistikwirtschaft künftig innerhalb der anerkannten ökologischen Leitplanken entwickelt.

Der stärkste Hebel den wir dafür in Gang setzen können, ist die Entkopplung von Wirtschafts- und Güterverkehrswachstum. Deshalb wollen wir Maßnahmen den Vorrang einräumen, die langfristig die Verkehrsintensität unserer wirtschaftlichen Aktivitäten verringern.

Dematerialisierung, verkehrssparende Raumstrukturen und effiziente Logistikketten sind dabei unsere Leitbilder zur Transformation der Transport- und Logistikwirtschaft. Die politische Flankierung des Transformationsprozesses liegt dabei auch auf wesentlichen Handlungsfeldern außerhalb der Verkehrspolitik. Für eine „Ökonomie kurzer Distanzen" sind insbesondere Instrumente der regionalen Wirtschaftspolitik und Raumordnungspolitik von Bedeutung.

Wir wollen, dass die Preise im Güterverkehr die ökologische Wahrheit ausdrücken und nicht länger auf Kosten der Gesundheit von Menschen und der Umwelt gewirtschaftet wird. Deshalb müssen die externen Kosten des Güterverkehrs über Energiesteuern und Maut den jeweiligen Verkehrsträgern angelastet werden. So können Preise eine ökologische Lenkungswirkung entfalten und überflüssige Transporte vermieden werden.

Die Verkehrswende im Güterverkehr ist unabdingbar, wenn der Sektor bis 2050 seine Klimaschutzziele erreichen soll. Dafür muss die Verkehrsinfrastrukturpolitik völlig neu ausgerichtet werden. Für die weitreichende Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die energieeffiziente Schiene ist massiv in den Ausbau des Eisenbahnnetzes zu investieren. Nur mit diesem zentralen Baustein kann das ambitionierte Ziel der fast vollständigen Dekarbonisierung erreicht werden.

Die aktuelle Situation – Trends im Sektor Güterverkehr und Logistik

Der Güterverkehr in Deutschland verursacht insgesamt 68 Millionen Tonnen Kohlendioxid und steht damit für rund 7 Prozent der CO_2-Emissionen der gesamten nationalen Treibhausgasemissionen.

Unsere Transport- und Logistikwirtschaft ist heute hochgradig vom knappen und risikobehafteten Rohstoff Erdöl abhängig: Der Straßengüterverkehr hängt fast vollständig vom „schwarzen Gold" ab. Lediglich im Schienengüterverkehr kommen durch den hohen Elektrifizierungsgrad in nennenswertem Umfang heimische und vor allem zunehmend Erneuerbare Energieträger zum Einsatz.

Weiterhin verursacht der Sektor bedeutende Umweltwirkungen im Bereich Lärm sowie Luftschadstoffemissionen und ist ein Treiber beim wachsenden Flächenbedarf. Die derzeitige Konstitution des Sektors Güterverkehr und Logistik ist insgesamt wenig nachhaltig.

In den zurückliegenden Jahrzehnten hat die zunehmende weiträumige internationale Arbeitsteilung mit abnehmenden Fertigungstiefen der Produktion zu einem quasi „naturgesetzlichem" Wachstum des Güterverkehrs geführt. So hat sich die Güterverkehrsleistung seit den 1960er Jahren mehr als vervierfacht. Doch es gibt Anzeichen dafür, dass sich wichtige Nachfragetrends nicht einfach in die Zukunft fortschreiben lassen. Fakt ist, dass die Verkehrsprognosen für das Wachstum der Güterverkehrsleistung in jüngster Zeit gleich mehrfach nach unten korrigiert wurden. Hat man noch Ende der 1990er Jahre ein Wachstum der Beförderungsleistung im Güterverkehr von 4,6 Prozent p. a. vorhergesagt, wurden die Erwartungen später auf 2,9 Prozent p. a. und schließlich auf jetzt 2,0 Prozent p. a. gesenkt.

Angebotsseitig sind für das bisherige Güterverkehrswachstum die Transportgeschwindigkeit, die Transportkosten und die Effizienz der Logistikkette bestimmend. Vor allem durch den weiteren Ausbau der Straßeninfrastruktur und die in jüngster Zeit wieder gesunkenen Kraftstoffpreise hat der Raumwiderstand für den Güterverkehr weiter abgenommen, so dass gerade weiträumige Verflechtungen und größere Transportentfernungen weiter begünstigt wurden. Allerdings ist mittelfristig mit steigenden Ölpreisen und damit auch höheren Transportkosten zu rechnen.

Bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wird auch bei einer anwachsenden Investitionslinie nicht die Kapazität in den Netzen erreicht, die nach den Güterverkehrsprognosen notwendig wäre. Unabhängig von der Frage wie aussagekräftig die Prognosezahlen tatsächlich sind, ist absehbar, dass die Lösung nicht darin bestehen kann, dem „Trend hinterherzubauen". Angesichts weiter bestehender Infrastrukturengpässe und daraus resultierender Risiken für anspruchsvolle Transportketten („Just-in-time-Produktion"), kommt einer absatznäheren Produktion bei der Standortwahl von Unternehmen bei gleichzeitiger Bepreisung der externen Effekte des Straßengüterverkehrs wieder wachsende Bedeutung zu. Auch die Verminderung der Zahl der Zulieferer durch modulare Beschaffung, die Ansiedlung in der Nähe der Enderzeuger oder der Wiederaufbau von Lagern als Puffer sind mögliche Handlungsoptionen für Unternehmen, die die Komplexität von Transportketten reduzieren wollen und damit das Güterverkehrswachstum tendenziell dämpfen.

Handlungsfelder und politische Instrumente zur Neuausrichtung des Sektors Güterverkehr und Logistik

Der Sektor Güterverkehr und Logistik ist derzeit weit von den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit entfernt, entsprechend weitreichend und umfassend sind die Handlungsfelder und politischen Instrumente, um auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu kommen. Folgende Handlungsfelder sind dabei von besonderer Relevanz:

- **Effizienzsteigerungen** kommt wegen des mittelfristig anhaltenden Trends – wenn auch in Zukunft in abgeschwächter Form – zu Güterverkehrswachstum eine zentrale Rolle zu. Ziel muss es sein, den spezifischen Energieeinsatz (in g CO_2 je Tonnenkilometer/tkm) bzw. die spezifischen CO_2-Emissionen deutlich zu senken. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass bis 2030 die spezifischen Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) gegenüber 2005 um rund ein Drittel reduziert werden können (von 95 g/tkm auf 61 g/tkm) (SRU, Öko-Institut). Das Umweltbundesamt schätzt das Einsparpotential beim Lkw-Transport auf etwa 40 Prozent. Mobilisierbar ist das Effizienzpotential einerseits durch technische (Verbesserung des Antriebs) und durch organisatorische (z. B. höhere Auslastung der Fahrzeuge) Maßnahmen. Zu berücksichtigen sind allerdings Reboundeffekte, da ein niedrigerer Energiebedarf auch die Transportkosten senkt. Eine verbesserte Effizienz reicht allein jedoch nicht aus, um die Emissionsminderungsziele im Bereich Güterverkehr und Logistik zu erreichen.

- Eine weitere Säule zur weitgehenden Dekarbonisierung des Güterverkehrs ist die **Verlagerung von Verkehr auf energieeffiziente Verkehrsträger insbesondere die Schiene.** Da das Eisenbahnnetz in weiten Teilen bereits elektrifiziert ist und sich der Elektrifizierungsgrad leicht erhöhen lässt, ist der Schienengüterverkehr dafür prädestiniert, große Transportmengen, die heute noch mit dem Lkw über lange Distanzen abgewickelt werden, künftig aufzunehmen. Schon heute weist der Schienengüterverkehr deutlich niedrigere spezifische Schadstoff- und CO_2-Emissionen gegenüber dem Straßengüterverkehr auf, was vor allem auf die um den Faktor vier höhere Energieeffizienz zurückgeht. Die Umweltbilanz des Schienengüterverkehrs kann mit der Umstellung auf Grünstrom noch deutlich verbessert werden. Der Ökostromanteil am Bahnstrommix betrug 2015 bereits 42 Prozent und liegt damit sogar 9 Prozent über dem Anteil im übrigen Stromnetz. Mit der Umstellung des Strombezugs auf 100 Prozent Grünstrom kann annähernd CO_2-freier Güterverkehr auf der Schiene bis 2040 Realität werden.

Damit der Schienengüterverkehr zum Rückgrat des Güterfernverkehrs in Deutschland werden kann, ist ein zielgerichteter und verstärkter Ausbau des Schienennetzes unabdingbar. Bereits 2011 stellte das UBA in der Studie „Schienennetz 2025/2030" fest, dass sich mit Investitionen von rund 11 Milliarden Euro die Güterverkehrsleistung auf der Schiene von derzeit rund 110 Mrd. Tonnenkilometer auf 213 Mrd. fast verdoppeln ließe. Grundsätzlich verlagerungsfähig ist der gesamte Straßengüterfernverkehr sowie Teile des Straßengüterregionalverkehrs. Für das Jahr 2050 müsste das Schienennetz dann 500 Mrd. Tonnenkilometer absorbieren. Der Anteil des Schienengüterverkehrs an der Güterverkehrsleistung muss dafür von heute 17 auf dann 41 Prozent steigen. Dass dies machbar ist, hat das UBA ebenfalls in einem Szenario grundsätzlich belegt. Notwendig ist dafür die konsequente Beseitigung von Engpässen in den Knoten und der Ausbau von Alternativrouten und Bypässen sowie weitere Streckenelektrifizierungen. Auch Verbesserungen der Leit- und Sicherungstechnik, eine leistungsfähigere Umschlagtechnik sowie betriebliche Maßnahmen flankieren den Netzausbau. Ein wichtiger Hebel, um die Leistungsfähigkeit des Netzes zu steigern, ist die Verlängerung der zulässigen Zuglängen, die derzeit aufgrund limitierter Längen von Überholgleisen teilweise auf 600 Meter beschränkt ist. Der Ausbau des gesamten Hauptstreckennetzes auf eine Güterzuglänge von 740 Meter bringt der Schiene neben zusätzlichen Kapazitäten gleichzeitig eine Verbesserung der Kosteneffizienz zwischen 10 und 15 Prozent.

- Für die bis 2050 im Verkehrssektor zu erbringende Reduktion der CO_2-Emissionen zählt neben der Effizienzsteigerung und Verkehrsverlagerung die **Energieträgersubstitution im Straßengüterverkehr** zu einer wichtigen Säule. Dabei gerät vor allem der heute noch fast vollständig von fossilen Energieträgern abhängige Straßengüterverkehr in den Blick, der auch nach Ausschöpfung der Verlagerungspotentiale der langlaufenden Güterverkehre einen wesentlichen Beitrag zur Güterverkehrsleistung erbringt. Batterielektrische Lösungen beschränken sich dabei derzeit in erster Linie auf den Güternahverkehr wie beispielsweise den innerstädtischen Lieferverkehr.

  Am schwierigsten gestaltet sich aus heutiger Sicht die Elektrifizierung des Straßengüterverkehrs auf längeren Distanzen, der nicht verlagerungsfähig ist. Eine Option für den Ersatz von Dieselkraftstoff und anderen fossilen Energieträgern im Straßengüterverkehr ist z.B. der Einsatz von regenerativ erzeugten synthetischen Kraftstoffen wie Wasserstoff und Methan. Langfristig vielversprechend erscheint aus heutiger Sicht die Elektrolyse mittels „überschüssigen" Stroms aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen. In weiteren Verfahrensschritten kann mit Strom aus Erneuerbaren Energien Methan hergestellt werden. Da das heute eingesetzte Erdgas zu wesentlichen Teilen aus Methan besteht, könnte die bestehende Speicher- und Verteilungsinfrastruktur für Methan aus Erneuerbaren Energien mitgenutzt werden. Allerdings sind diese Kraftstoffe von einer Anwendung derzeit sehr weit entfernt, so dass derzeit keine Abschätzung ihrer Potentiale möglich erscheint. Nachteilig wirkt sich die Tatsache aus, dass bei der Umwandlung von regenerativem Strom hohe Umwandlungsverluste auftreten, so dass die Systemeffizienz niedrig ist.
- Besonders nachhaltig sind Ansätze, die die geschilderten Trends zur **Entkoppelung von Wirtschafts- und Güterverkehrswachstum** auf der Nachfrage- und Angebotsseite verstärken. Angebotsseitig ist der weitere Ausbau des Bundesfernstraßennetzes ein wirksamer Hebel: Der weitere Aufbau von Straßeninfrastrukturkapazitäten muss unterbleiben bzw. muss sich auf wenige Maßnahmen im bestehenden Kernnetz beschränken.

  Dagegen sind Aktivitäten zur Stärkung der Nahverflechtung der Wirtschaft mit Instrumenten der regionalen Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Dazu zählt insbesondere die Förderung von Unternehmensclustern und –netzwerken.
  Auch die Regionalvermarktung kann Bestandteil einer „Ökonomie kurzer Distanzen" sein. Besonders Nahrungsmittel sind für Maßnahmen der Regionalvermarktung geeignet und sie sind eine relevante Größe des Transportmarktes: Rund ein Fünftel der Leistungen des Straßengüterverkehrs sind Nahrungsmitteltransporte.

Für die Bündelung und Verlagerung von Güterverkehr übernehmen die mittlerweile 35 Güterverkehrszentren (GVZ) mit Gleisanschluss eine wichtige Rolle. Mit der weiteren Förderung von GVZ kann der Kombinierte Verkehr bzw. Schienengüterverkehr gestärkt werden. Gleichzeitig können in GVZ Unternehmensnetzwerke und betriebsübergreifende Kooperationen gestärkt werden.
Die Verstärkung von Entkopplungstendenzen zwischen Wirtschafts- und Güterverkehrswachstum ist nicht allein Aufgabe der Verkehrspolitik sondern ist eine Schnittmenge von regionaler Wirtschaftspolitik und Regionalplanung.

- Die neuen **Informationstechnologien** können dazu eingesetzt werden, Verkehr effizienter zu steuern. Konkret kann mittels Mobilitätsmanagement der Fahrzeugeinsatz optimiert, Routen minimiert und die Auslastung gesteigert werden. Durch den Einsatz neuer Informationstechnologien, Verkehrsbeeinflussungssystemen und Frachtenbörsen kann die Logistik beim Gütertransport verbessert werden. Dadurch können die zurückgelegten Fahrzeugkilometer reduziert werden, wodurch die energetische Gesamtbilanz besser ausfallen kann.

Instrumente zur Neuorientierung/Transformation im Bereich Güterverkehr und Logistik

Um die Klimawirkung des Transport- und Logistiksektors mittelfristig zu reduzieren, steht ein Spektrum verkehrs- und umweltpolitischer Instrumente zur Verfügung. Dabei soll durch verkehrslenkende Maßnahmen, finanzielle Anreize und technische Standards die Energie- und CO_2-Effizienz erhöht werden.

Die ökonomischen Instrumente zielen vor allem darauf ab, die externen Kosten den jeweiligen Verkehrsträgern anzulasten, um Kostenwahrheit zu schaffen und fairen Wettbewerb der Verkehrsträger zu ermöglichen.

- Verkehrsbedingte CO_2-Emissionen in die **Emissionsbepreisung** einzubeziehen, verfolgt das ökonomische Kalkül, dass die Emittenten den Ausstoß von CO_2 als Kostenfaktor in ihre Kalkulationen einbeziehen müssen. Dadurch können Verkehrsvermeidung, Verlagerung auf energieeffizientere Verkehrsträger und Verbesserungen der Effizienz von Fahrzeugen und Logistikketten angeregt werden. Die Emissionsbepreisung ließe sich sowohl über ein Emissionshandelssystem (Festlegung Emissionsmenge, Ermittlung des Preises) als auch über die bestehenden Energiesteuern umsetzen.
- Eine Reform der **Energiesteuer** als aufkommensstärkste Verbrauchssteuer ist ohnehin überfällig. So enthält die derzeitige Besteuerung fossiler Kraftstoffe keine eigene CO_2-Komponente. Die Harmonisierung der Steuersätze im europäischen Kontext scheint auch vor dem Hintergrund zunehmender Anteile internationaler Verkehre geboten. Eine Neuausrichtung der Steuersätze würde die Steuern auf Dieselkraftstoff erhöhen und so weitere Anreize zur Vermeidung und Verlagerung von Güterverkehr setzen.
- Bisher dienen **Maut und Straßenbenutzungsgebühren** in Deutschland wie Europa vor allem dazu, die Kosten der Verkehrsinfrastruktur abzudecken. Künftig müssen Mautsysteme so ausgestaltet werden, dass externe Kosten dem Straßengüterverkehr angelastet werden. Bisher erlaubt die Eurovignetten-Richtlinie nur die begrenzte Einbeziehung von Luftschadstoffemissionen und Lärm. Bei der laufenden Fortschreibung der Richtlinie müssen auch die übrigen ökologischen und gesundheitlichen Folgekosten des Straßengüterverkehrs bei der Berechnung der Mauthöhe berücksichtigt werden, so dass mit der Lkw-Maut künftig eine stärkere ökologische Lenkungswirkung erzielt werden kann. Weiterhin ist die Mautpflicht auf Lkw ab 3,5 Tonnen Gesamtgewicht und das gesamte außerörtliche Straßennetz auszudehnen. Die bestehende Zweckbindung der Mauteinnahmen („Straße finanziert Straße") konterkariert eine nachhaltige Infrastrukturpolitik und ist daher aufzulösen.
- Für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge sind Verbrauchsgrenzwerte ein etabliertes Instrument, um CO_2-Emissionen zu begrenzen. **CO_2-Standards für schwere Nutzfahrzeuge** fehlen dagegen bisher, obwohl

schwere Lkw bezogen auf die Fahrleistung und den hohen Kraftstoffverbrauch besonders relevant sind. Daher sind verpflichtende CO_2-Grenzwerte für schwere Nutzfahrzeuge zügig einzuführen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass nicht nur die Effizienz der Antriebe der Regulierung unterliegt. Vielmehr muss ein Ansatz verfolgt werden, der die Gesamteffizienz des Fahrzeugs im Blick hat und daher auch die Verbesserung der Aerodynamik, die Verringerung des Rollwiderstands sowie Gewichtseinsparungen berücksichtigt. Durch die schnelle Flottenerneuerung sind von CO_2-Standards für Nutzfahrzeuge relativ schnelle Wirkungen zu erwarten.

- Eine **zukunftsfähige Infrastrukturpolitik** räumt der Verkehrsverlagerung auf die Schiene hohe Priorität ein. Die Beseitigung von Engpässen im Netz und der Ausbau neuer Kapazitäten für den Schienengüterverkehr ist dabei eine wichtige Säule.

  Das deutsche Fernstraßennetz ist sehr dicht, so dass im Wesentlichen kein Netzausbau mehr notwendig ist. Der Paradigmenwechsel in der Infrastrukturpolitik erfordert eine Neuausrichtung der Bundesverkehrswegeplanung. Dazu zählt ein Bundesmobilitätsplan als vorgelagerte strategische Planungsebene, die Abkehr von der Einzelprojektbewertung hin zu einer Netzbetrachtung sowie ein realistisches Finanzierungskonzept, dass die veränderten Investitionsschwerpunkte antizipiert und entsprechende Planungsvorräte für Schienenprojekte schafft.

Chancen der Digitalisierung und Automatisierung

Der zunehmende Grad der Digitalisierung birgt für den Sektor Güterverkehr und Logistik Chancen. Prozesse werden zukünftig automatisiert, Flotten in Echtzeit gesteuert und die Auslastung des Fuhrparks optimiert.

Was die Digitalisierung bei den Transportmitteln an Innovationen ermöglicht, zeigen bereits jüngste Entwicklungen. Der intelligente Container misst beispielsweise den Reifegrad von Lebensmitteln mittels Temperatursensorik und reduziert dadurch den Kontrollaufwand. Der intelligente Güterwagen ermöglicht beschleunigte Umläufe mittels GPS-Steuerung und Beladungssensorik. Auch die Instandhaltung kann durch zustandsbezogene Informationen verbessert werden.

Das „Internet der Dinge" eröffnet durch die mögliche Fahrzeug-zu-Fahrzeug-Kommunikation neue Optionen bei der Planung von Transportketten oder Gestaltung intermodaler Transportketten.

Auch intelligente Verkehrsleitsysteme mit Steuerungsmöglichkeiten zur besseren Kapazitätsauslastung der Verkehrsinfrastruktur oder situativ angepasster Routenempfehlung, können Transporte effizienter machen.

In der Arbeitswelt birgt die Digitalisierung allerdings auch Probleme für die Fahrer*innen im Online-Handel. Bei DPD können Kund*innen im Internet verfolgen, wo sich ihr Paket befindet – am Tag der Zustellung sogar in Echtzeit. Was für Kund*innen interessant ist, erhöht für die Bot*innen den Stress und Druck, durch die ständig mögliche Überwachung zu gläsernen Beschäftigten. Fortschreitende Digitalisierungsprozesse werden dieses Tracking weiter intensivieren. Diese Entwicklungen muss die Politik im Auge behalten und ständige Überwachung und Leistungskontrollen verhindern.

Mit dem autonomen Fahren zeichnet sich ein weiterer technologischer Entwicklungssprung ab, der weitreichende Auswirkungen auf den Bereich Güterverkehr und Logistik nehmen wird. Weitgehend autonom fahrende Fahrzeuge sind zuerst im Schienenverkehr zu erwarte, da hier durch die bereits vorhandene Leit- und Sicherungstechnik und das spurgebundene Fahren günstige Ausgangsbedingungen bestehen. Vor allem vom vollautomatisierten Rangieren und dem Einsatz autonomer Schienenfahrzeuge für die Bedienung im Nahbereich, sind erhebliche Kostenvorteile zu erwarten.

Beim Straßengüterverkehr gibt es bereits erste Versuche mit „elektronisch gekuppelten" Lkw, die auf der Autobahn in Kolonne („Platoon") fahren. Dadurch erhofft sich die Branche ebenfalls Effekte bezüglich geringerer Treibhausgasemissionen und einer höheren Wirtschaftlichkeit.

Sozialstandards im Bereich Güterverkehr und Logistik

Die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Logistik- und Güterbranche müssen stärker in den Fokus rücken. Um diese Bedingungen zu verbessern, ist eine Reihe von Maßnahmen durchzusetzen.

Der Lohnspiegel der Branche liegt unterhalb des Durchschnittseinkommens. Allein schon der Umfang von Leiharbeitskräften deutet auf niedrige Entgelte und schwierige Arbeitsbedingungen hin. Jede fünfte Leiharbeitskraft in Deutschland arbeitet in den Bereichen Lagerwirtschaft, Post, Zustellung oder Güterumschlag. Seit 2013 ist ihre Anzahl um etwa 20% gestiegen. Damit verzeichnet die Branche doppelt so viele Leiharbeitskräfte, wie beispielsweise die Metallbranche. Mit Leiharbeit dürfen die Lohnkosten nicht gesenkt werden. Deshalb wollen wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag und ein Flexibilitätsbonus von zehn Prozent.

Im Transportwesen konnte bisher nicht einmal der Mindestlohn effektiv durchgesetzt werden, da es noch kein wirksames Kontrollsystem für gebietsfremde Transporteure gibt. Neben allgemeinverbindlich erklärten Mindestlöhnen ist die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns durch umfassende Kontrollen unabdingbar. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit muss personell besser ausgestattet werden und mehr Präsenz zeigen. Die bestehenden Kabotageregeln, also der Transport mit Lkw innerhalb eines EU-Landes durch gebietsfremde Unternehmen, ist unverändert das größte Schlupfloch, das dazu genutzt wird, Sozialstandards zu unterlaufen. Gebietsfremde Transportunternehmen führen innerhalb der Zielländer fast freizügig Transporte durch und zwar nach der Entlohnung des Herkunftslandes. Doch wenn die Entladung und Beladung in Deutschland stattfindet, muss der Mindestlohn durchgesetzt werden und auch die Durchsetzung der geltenden Kabotageregeln durch verbindliche Einführung eines elektronischen Frachtbriefs und verstärkte Kontrollen ist unumgänglich.

Die existierenden Regelungen zu Lenk- und Ruhezeiten müssen tatsächlich angewendet werden. Dazu sind die Kontroll- und Durchsetzungsmechanismen national wie europäisch zu verbessern. Manipulationen an Tachographen müssen technisch ausgeschlossen werden. Das Thema hat außerdem eine hohe Relevanz für die Verkehrssicherheit, da überlange Lenkzeiten für alle Verkehrsteilnehmer ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Durch Scheinselbstständigkeit wird Beschäftigten der Zugang zu sozialen Arbeitnehmerrechten verwehrt. Scheinselbständigkeit ist im Transportgewerbe ein verbreitetes Phänomen, daher ist eine klare Definition von Scheinselbstständigkeit notwendig, um diese wirksam zu unterbinden. Auch in diesem Bereich muss mehr und vor allem effektiver kontrolliert werden.

Für faire Arbeitsbedingungen im Sektor hat die Einführung einheitlicher Ausbildungs- und Qualifizierungsstandards hohe Bedeutung. Dadurch kann die Sicherheit und Qualität im grenzüberschreitenden Verkehr verbessert werden.

Mit der Zunahme grenzüberschreitender Transporte und einem immer intensiveren Warenaustausch innerhalb des Binnenmarktes erhält die Förderung grenzüberschreitender Kooperationen von Gewerkschaften besonderes Gewicht.

MEHR LEBENSQUALITÄT, WENIGER RESSOURCENVERBRAUCH, WENIGER UMWELTSCHÄDEN: NEUE ANTWORTEN AUF DIE WACHSTUMSFRAGE.

Die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages aus der 17. Legislaturperiode hat sehr grundlegende und weitreichende Arbeit geleistet. Die Grüne Bundestagsfraktion hat es sich als einzige Fraktion zur Aufgabe gemacht, die Ergebnisse der Enquete-Kommission ernst zu nehmen und ihre Arbeit in der gegenwärtigen Wahlperiode konsequent fortzuführen. 2016 wurde erstmals der Jahreswohlstandsbericht publiziert. Er wird dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung gegenübergestellt und diesen um Indikatoren zum Wohlstand und der Lebensqualität erweitern. Daneben erarbeitet die Arbeitsgruppe „Grüne Transformation" Konzepte zu einer branchenbezogenen ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft. Schließlich hat die grüne Fraktion weiter an Ideen zum Verhältnis von wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstand und erhöhter Lebensqualität gearbeitet, die im vorliegenden Bericht dargestellt werden.

Unsere Wirtschaftspolitik sollte sich grundsätzlich am Ziel einer steigenden Lebensqualität für alle orientieren. Dies soll Hand in Hand damit gehen, dass wir insgesamt weniger Ressourcen verbrauchen, Umwelt nicht weiter zerstören und die Tragfähigkeitsgrenzen unseres Planeten nicht überschreiten. Um die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen, ist nicht immer materielles wirtschaftliches Wachstum nötig. Diese „doppelte Entkopplung" ist unser Ziel: Wir entkoppeln Wachstum so weit wie möglich vom Ressourcenverbrauch. Und wir entkoppeln die Lebensqualität vom Wachstum. Das kann unsere Gesellschaft durch die Kombination von technischen und durch sozialen Innovationen erreichen. Wir Grüne wollen das politisch unterstützen:

1. Wir wollen Politik konsequent am Ziel ausrichten, Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Zwingend ist es dabei, Umweltschäden zu vermindern und den Ressourcenverbrauch absolut zu senken. Wachstum bleibt möglich, wenn es von steigendem Ressourcenverbrauch entkoppelt wird. Lebensqualität ist nicht auf rein materielles Wachstum angewiesen.
2. Wir richten die Wirtschaft grün aus und unterstützen die Pioniere des Wandels mit der notwendigen Start-Up Finanzierung, Infrastruktur und geeigneten Rechtsformen. Wir stärken ihre Innovationen im Wettbewerb und fordern eine Strategie für solidarische Wirtschaft auf Bundesebene.
3. Wir setzen den ordnungspolitischen Rahmen so, dass alle wirtschaftlichen Akteure Anreize haben, an der ökologischen Modernisierung Deutschlands mitzuwirken. Dazu gehören soziale und ökologische Mindeststandards, Preise, die die ökologische Wahrheit wiederspiegeln, und neue Möglichkeiten in der Organisation von Aktiengesellschaften.
4. Wir verlangen vom Staat eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dazu müssen soziale und ökologische Kriterien in die öffentliche Beschaffung einbezogen, Investitionen in die ökologische Modernisierung getätigt und öffentliche Gelder ausschließlich in nachhaltige Anlagen investiert werden.
5. Wir ermöglichen nachhaltige Lebensstile mit guten Rahmenbedingungen. Wir schaffen Freiräume, fördern nachhaltigen Konsum und richten Städte und Kommunen auf mehr Lebensqualität aus. Mit mehr Raum für das Leben mit der Familie, mit Freunden oder das Erleben von Natur.
6. Wir versuchen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wachstumszwänge abzubauen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Wachstumsraten in Deutschland sinken und auch in Zukunft eher niedrig bleiben. Staat und die sozialen Sicherungssysteme sollten wir deshalb so gestalten, dass sie auch in einem Umfeld mit niedrigem Wachstum funktionieren.

Mit diesen Ideen können wir auf dem Weg, den die Enquete Kommission uns gewiesen hat vorankommen. Jedoch bleiben noch viele Fragen offen. Diese Fragen werden wir in den verschiedenen Politikbereichen unserer Fraktionsarbeit mitdenken und in die Programmarbeit hineintragen.

1. Politik für mehr Lebensqualität

Seit Jahrzehnten ist das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) eine Art „Fetisch" der politischen und vor allem der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung. Immer mehr Menschen in hochentwickelten Gesellschaften zweifeln aber daran, dass das „Wachstum" des BIP als solches ein sinnvoller Gradmesser für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg ist.

Aus einem einfachen Grund: Eine Erhöhung des BIP ist nicht immer gleichzusetzen mit einem Gewinn für Mensch und Gesellschaft. So steigt beispielsweise das BIP durch einen Autounfall, weil die Reparatur des PKW und die Behandlung von Unfallopfern positiv in das BIP einfließt. Ein ehrenamtliches Engagement, bspw. als Kinderfußballtrainerin erhöht die Lebensqualität, taucht in der Bilanz nicht auf. Auch das Bildungsniveau oder die Umweltqualität kommen im BIP nicht zum Ausdruck.

In Umfragen zu den Faktoren, die Zufriedenheit und Glück ausmachen, stehen Gesundheit und eine intakte Familie in ihren unterschiedlichsten Formen zusammen mit materialer Sicherheit regelmäßig an oberster Stelle. Dazu zählen sicherlich auch gut funktionierende soziale öffentliche Einrichtungen, lebenswerte Städte und Gemeinden, insgesamt eine offene und diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wir Grünen sind darum überzeugt, dass unsere Wirtschaft und Gesellschaft ein anderes Leitbild brauchen und stellen das Ziel einer höheren Lebensqualität in das Zentrum unserer Politik.

Weniger Ressourcen verbrauchen

Lebensqualität für alle umfasst auch die kommenden Generationen sowie die Menschen, die in anderen Regionen und auf anderen Kontinenten leben. Ein gutes Leben soll nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt möglich sein. Und das auch noch im nächsten Jahrhundert. Dafür ist eine intakte Umwelt als Lebensgrundlage unabdingbar. Um diese zu bewahren, müssen wir jetzt die voranschreitende Klimakrise überwinden, der Umweltzerstörung ein Ende setzen und unsere Ressourcen in einem verträglichen Maß nutzen.

Wissenschaftler nennen neun planetarische Grenzen der Belastbarkeit der Erde. Vier dieser Grenzen sind bereits weit überschritten: Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Landnutzung und der Stickstoffeintrag in die Biosphäre. Auch bei der Versauerung der Ozeane, der Süßwassernutzung und beim Phosphoreintrag in die Biosphäre nähern wir uns kritischen Bereichen.

Wir können die Tragfähigkeitsgrenzen der Erde nur einhalten, wenn wir den gegenwärtigen Ressourcenverbrauch reduzieren. Aktuell bräuchten wir 2,6 Planeten, wenn alle Menschen so viele Ressourcen verbrauchen würden wie die Menschen in Deutschland. Eine relative Reduktion, also weniger Verbrauch im Verhältnis zur steigenden Wirtschaftsleistung reicht nicht aus. Alle hoch entwickelten, hoch technisierten Gesellschaften müssen in Zukunft ihren Ressourcenverbrauch absolut mindern.

Dazu ist Effizienz wichtig, aber nur ein Teil der Lösung: Heute sind zwar viele Prozesse und Geräte effizienter geworden, wir verbrauchen aber insgesamt dennoch immer mehr Ressourcen. Schuld daran ist der so genannte „Rebound-Effekt". Ein Beispiel: Im Haushalt sind strombetriebene Geräte seit Mitte der achtziger Jahre um rund 37 Prozent energieeffizienter geworden. Weil sie auch größer wurden und die Menschen sich mehr Apparate anschafften, stieg der Stromverbrauch dennoch insgesamt um 22 Prozent. Zwar achten viele auf „mehr Öko" doch unser Ziel ist noch nicht erreicht: Der Ressourcenverbrauch steigt weiter.

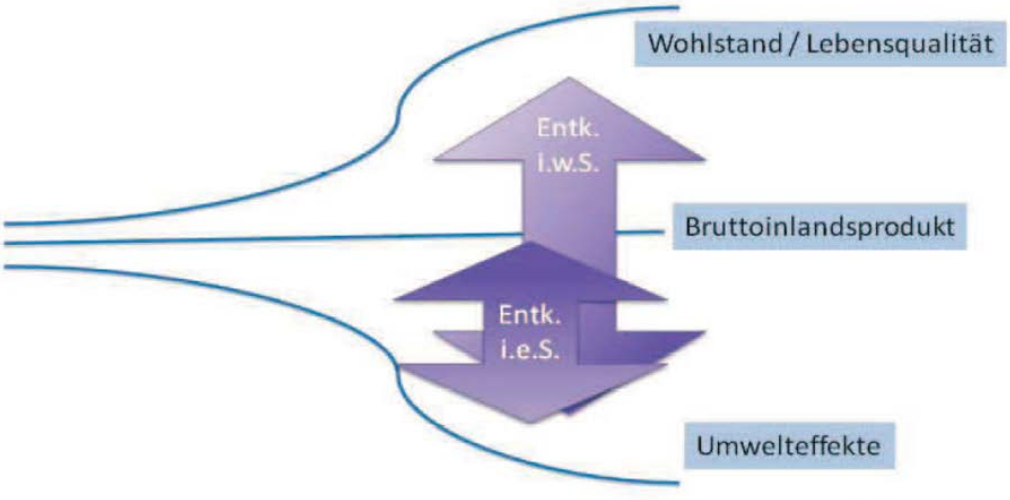
Doppelte Entkopplung: Wachstum ohne Umweltschäden, Lebensqualität ohne Wachstum

Politik hält sich heute selbst in einer Zwangsjacke gefangen: Sinkt das Wirtschaftswachstum, sinken die Verteilungsspielräume, mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit bedroht, den Sozialversicherungen brechen Einnahmen weg. Wächst die Wirtschaft, steigt damit der Ressourcenverbrauch und die ökologische Krise spitzt sich zu.

Den Weg aus diesem Dilemma erfassen wir mit dem Konzept „doppelte Entkopplung". Einerseits entkoppeln wir Wachstum so weit wie möglich vom Ressourcenverbrauch (Entkopplung im engeren Sinne). Wir wollen erreichen, dass die Wirtschaft wachsen kann, ohne gleichzeitig mehr Ressourcen zu verschlingen und Umweltschäden zu verursachen. Dazu brauchen wir vor allem technologische Innovationen, die zügig auf dem Markt eingeführt werden und ihn durchdringen. Das trägt dazu bei, die Energie- und Ressourceneffizienz und die Recyclingquoten zu erhöhen. Die erneuerbaren Energien haben auf dem Weg zu dieser Entkopplung bereits einen großen Beitrag geleistet. Weitere Innovationen wären etwa Elektromobilität, leistungsfähigere Solarpanelen oder langlebige Geräte. Das gesamte Projekt der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft steht im Zeichen dieser Entkopplung. Leider aber erreicht sie oft nur eine *relative* Verringerung des Ressourcenverbrauchs.

Darum wollen wir andererseits die Lebensqualität von Wachstum entkoppeln. Wir können Lebensqualität verbessern, ohne den Verbrauch materieller Güter immer weiter zu erhöhen. Dies ist die Aufgabe sozialer Innovationen. Konsequentes Car Sharing sorgt nicht für höheren Auto-Absatz, kann Städte aber lebenswerter machen. Wir können durch kluge Verkehrswege Car Sharing, Radfahren, Busse, Bahnen und Fußwege so kombinieren, dass wir besser als bisher sicher und verlässlich von A nach B kommen. So sparen wir Lärm, Abgas, Schrott und Fläche ohne auf schnelle Bewegung im Raum zu verzichten. Solche Innovationen sorgen für Entkopplung im weiteren Sinne, nämlich diejenige zwischen Umweltverbrauch und Lebensqualität.

Die beiden Schritte können nicht getrennt voneinander gedacht werden, denn wie beim Beispiel der Mobilität bedingen sich technologische und soziale Innovationen zumeist. Unsere Aufgabe ist es darum, Innovationen so zu unterstützen, dass die doppelte Entkopplung Realität wird.



Quelle: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/133/1713300.pdf, Seite 431

Das Konzept der doppelten Entkopplung lässt sich innerhalb des Wirtschaftssystems auf verschiedenen Ebenen anwenden: auf der Mikroebene des Einzelunternehmens, auf der Mesoebene von Branchen, auf der Makroebene des gesamtwirtschaftlichen Systems. Der vorliegende Bericht nimmt v.a. Letzteres in den Blick.

Konsistenz, Effizienz, Suffizienz. Der makroökonomische Blick.

Im Grunde geht es darum, den Gebrauch von Ressourcen mit drei Strategien zu senken:

- Gebrauch von Ressourcen naturverträglich organisieren (Konsistenz)
- Gebrauch von Ressourcen pro Wirtschaftseinheit reduzieren (Effizienz)
- Auf den Gebrauch von Ressourcen teilweise ganz verzichten (Suffizienz)

Für die Beispielbranche der Automobilindustrie hieße das: Unser Modernisierungskonzept setzt bei der Antriebstechnologie auf Elektromotoren. Vorausgesetzt der Strom wird erneuerbar produziert, wäre diese eine emissionsfreie Antriebstechnik (Konsistenz). Diese Antriebstechnologie wird schon heute durch Innovationen immer leistungsstärker (Effizienz). Durch die soziale Innovation, die verschiedene Mobilitätsformen intelligent vernetzt, werden am Ende viel weniger Autos gebraucht (Suffizienz). Erst dieser Dreiklang ermöglicht höhere Lebensqualität bei absoluter Senkung des Ressourcenverbrauchs. Beschränkten wir uns nur auf die Elektrifizierung des Autobestandes, würden wir die ökologischen Probleme bloß in andere Bereiche verlagern. Technologische und soziale Innovationen müssen Hand in Hand gehen.

Es genügt allerdings nicht, unsere Wirtschaft bloß Branche für Branche zu modernisieren. Grüne Politik muss das Ganze im Blick haben. Denn je nach Modernisierungskonzept einzelner Branchen kann es zu ökologisch schädlichen Gesamtwirkungen kommen. Erneuerbare Rohstoffe wie die Biomasse können in unterschiedlichen Branchen verwendet werden, etwa in der Chemie – als Ausweg aus der Petrochemie, – in der Ernährungswirtschaft – als Ersatz für Fleischprodukte, – in der Luftfahrt – als neuer Treibstoff, – oder zur Stromerzeugung. Damit es nicht zu Flächenkonkurrenz, Übernutzung und Umweltschäden kommt, müssen die Transformationsstrategien der Einzelbranchen so in eine ökologisch politische Gesamtstrategie eingebettet sein, die verfügbare Rohstoffmengen und Erzeugungskapazitäten kalkuliert. Grünes Wirtschaften für mehr Lebensqualität erfordert auf der Makroebene geeignete Rahmenbedingungen.

2. Wirtschaft Grün Ausrichten: Pioniere des Wandels.

Viele Innovationen bleiben in einer kleinen Nische. Nicht weil sie nicht gut genug wären, sondern weil sie in den festen Strukturen des Mainstreams nicht anschlussfähig sind. Wenn jedoch die mächtigen Strukturen erschüttert werden, können sich ausgebildete Innovationen etablieren. Dies ist in der Energiewende geschehen: Erst als das System durch das EEG aufgebrochen wurde, konnten sich die erneuerbaren Energien voll entfalten. Somit verstehen wir die Aufgabe der grünen Politik zweigleisig. Einerseits wollen wir die Pioniere in den Nischen unterstützen, andererseits richten wir die Strukturen so aus, dass sich Innovationen für grünes Wirtschaften und die doppelte Entkopplung durchsetzen können.

Pionieren des Wandels Raum geben

Vor drei Jahrzehnten waren Solar- und Windkraftunternehmer Außenseiter, die als Spinner belächelt wurden. Heute sind Weltunternehmen daraus geworden. Wir kennen ähnliche Entwicklungen natürlich aus den Computer-, Software- und Internetbereichen.

Die Entrepeneure des Wandels sind vielfältig: Transformateure für das kommende Zeitalter sind vor allem UnternehmerInnen und Startups, Kreative und KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und sozial und ökologisch Engagierte. Unter den innovativen Unternehmen befinden sich GründerInnen ebenso wie Traditionsunternehmen, die seit vielen Generationen im Geschäft sind. Sie alle beweisen, dass grün zu

wirtschaften möglich ist. Beispiele sind derzeit etwa die Initiatoren von *Fairphone*, die auf nachhaltige Lieferketten und Transparenz setzen, das *Grand Hotel Cosmopolitan*, das zugleich Urlaubsgäste und AsylbewerberInnen beherbergt oder das *märkische Landbrot*, das ökologisches Backen mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für nachhaltiges Handeln verbindet. Soziale Innovation findet gerade in den Bereichen der solidarischen Ökonomie, des Social Entrepreneurship oder der Collaborative Economy statt. Hier finden sich zahlreiche UnternehmerInnen, die nicht ausschließlich auf Wachstum und Rendite setzen, sondern auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit – für die KundInnen, die MitarbeiterInnen des Betriebs, für die Umwelt und die Menschen, die in der Region leben.

Wir richten unsere Politik darauf aus, Kreativität und Innovation freizusetzen. Neben den klassischen Unternehmen und dem Staat als Rahmengesetzgeber in der Wirtschaftspolitik tritt eine immer aktiver werdende Zivilgesellschaft, die „Marktanteile" verschieben könnte. Dort, wo ökologischer und sozialer Wandel vorangetrieben wird, ist es Aufgabe grüner Wirtschaftspolitik, diesen Wandel zu unterstützen.

Pioniere finanziell fördern

Bund, Länder und die EU bieten ein breites Angebot an Förderprogrammen. Aber nur ein geringer Teil geht an Pioniere des Wandels. Doch gerade sie sind auf öffentliche Finanzierung angewiesen, da ihnen eine klassische Kreditfinanzierung oftmals versperrt bleibt. Durch den Verzicht auf eine reine Profitmaximierung erscheinen sie Investoren weniger lukrativ.

Es ist zentral, von staatlicher Seite zu begreifen, dass diese Unternehmen ein Mehrfaches an Wert schaffen: Sie tragen dazu bei, eine soziale oder ökologische Herausforderung zu lösen, schaffen Arbeitsplätze und erbringen die Innovationen, die wir für die doppelte Entkopplung brauchen. Darum ist es aus öffentlicher Perspektive besonders sinnvoll, diese Initiativen finanziell zu unterstützen. Wir wollen einen Teil der Gründungsförderungen an Unternehmen und Gesellschaftsformen geben, die Renditeziele den sozialen oder ökologischen Zielen unterordnen – ohne dabei auf eine solide Unternehmensführung zu verzichten.

Geeignete Rechtsformen für die Pioniere des Wandels

Mit der Genossenschaft, der gemeinnützigen GmbH, gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen gibt es zwar Rechtsformen für nicht renditeorientierte Unternehmen, viele kämpfen jedoch mit bürokratischen Hürden und sehnen sich nach mehr Finanzierungs- und preiswerten Rechtsberatungsangeboten.

Wir fordern darum, dass die Bürokratie insbesondere für Genossenschaften abgebaut wird, indem mehr Geschäftsvorgänge elektronisch abgewickelt werden können. Zudem soll von staatlicher Seite für als gemeinnützig anerkannte Vereine und GmbHs Software zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen erleichtert, die Buchhaltungsregeln des Finanzamts aber auch von europäischer Ebene bspw. dem ESF zu erfüllen.

Märkte innovationsfreundlich gestalten

Der Aufbruch in eine grüne Wirtschaft verdient nicht nur Förderung – die Marktentwicklung muss auch durch richtige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen begleitet werden. Politik kann Nachhaltigkeits-Standards sichern, den neue Produkte setzen. Oftmals sind es gerade junge Initiativen und Ideen, die sozialen und ökologischen Fortschritt bringen, dann aber in einem Wettbewerb um den billigsten Preis aus dem Markt gedrängt werden. Am Ende bleiben dann auch die sozialen und ökologischen Standards auf der Strecke.

Im Falle von Car-Sharing oder Couchsurfing gibt es zum Beispiel Tendenzen, dass solche kreativen Ideen in rein profitmaximierende Mietplattformen überführt werden. Das Teilen, das zu Beginn im Vordergrund stand und positive ökologische und soziale Effekte hervorbringen kann, kommt dann unter die Räder.

Ein Positivbeispiel, wo dieses Szenario verhindert werden konnte: Die Idee der Biolebensmittel wurde in kleinen Betrieben, in der Nische kultiviert. Mittlerweile setzt sich diese Idee in der Breite durch. Auch große Lebensmittelkonzerne setzen auf Bio, allerdings mit dem Interesse ein neues Marktsegment möglichst umfassend zu besetzen. Dies ist legitim, solange es klare, staatlich gesetzte Kriterien dafür gibt. Hierfür wurde das Biosiegel entwickelt, das zwar nicht perfekt ist, aber einen gesetzlichen Rahmen vorgibt und Kontrollen sowie Sanktionsmöglichkeiten vorschreibt, um die eigentliche Idee zu schützen.

Oftmals ist es der Kampf um den billigsten Preis, der zunehmend den Wettbewerb so umformt, dass die dahinterliegenden Fortschritte wieder zunichte gemacht werden. Hier braucht es wie im oben beschriebenem Positivbeispiel der Lebensmittelbranche Instrumente, die soziale und ökologische Standards im Wettbewerb aufrechterhalten.

Strategie für solidarische Wirtschaft auf Bundesebene

Um der solidarischen Ökonomie, den sozialen Innovationen, der collaborative economy etc. gleichwertige Rahmen- und Förderungsbedingungen zu bieten, wie der herkömmlichen Privatwirtschaft, braucht es eine koordinierte Strategie.

Die Umsetzung der Strategie „Solidarische Wirtschaft" soll einem/r der Staatssekretär*innen übertragen werden. Inspirationen dazu finden wir bei unserem Nachbarn Frankreich, wo es eine Staatsekretärin für Handel, Handwerk und soziale und solidarische Wirtschaft gibt, oder Brasilien, das schon seit über 10 Jahren ein Staatsekretär für solidarische Wirtschaft kennt. Die/Der Staatssekretär*in soll in dieser Funktion zudem dem Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung angehören.

3. Wirtschaft Grün Ausrichten: Einen wirksamen Ordnungsrahmen setzen.

Wichtig für grünes Wirtschaften ist ein öko-sozialer marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen, damit wirtschaftliches Handeln Mensch und Umwelt dient und VerbraucherInnen schützt. Diesen Rahmen wollen wir anpassen.

Preise, die die ökologische Wahrheit wiederspiegeln. Standards, die Mensch und Umwelt schützen.

Die zentrale Größe Marktwirtschaft zu steuern, ist der Preis. Nach ihm richten sich Kauf- und Investitionsentscheidungen. In einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft sollten sich die Umweltkosten im Preis abbilden. Das ist heute leider nicht der Fall. Umweltschäden werden oft nicht mit eingepreist und werden nachher von der Allgemeinheit getragen und beseitigt. Darum wollen wir solche negativen „externen Effekte" in die Preise integrieren. Politik kann das tun, zum Beispiel über ein Instrument wie den Emissionshandel für Industrieabgase. Wir wollen darum den europäischen Emissionshandel reformieren, die Menge der ausgegebenen Emissionsrechte verringern und das europäische Klimaziel erhöhen. Zweitens sollen in Deutschland rund 52 Mrd. Euro umweltschädliche Subventionen im Energie-, Verkehr-, Bau-/Wohnungswesen und der Landwirtschaft schnellstmöglich abgebaut werden. Drittens fordern wir ein Wertstoffgesetz, dass Hersteller zum Ressourcenschutz und zur Kreislaufwirtschaft verpflichtet, Rücknahme einfordert und das

Recycling weiter verbessert. Wenn Preise die soziale und ökologische Wahrheit sagen, haben wirtschaftliche Akteure einen direkten Anreiz, Umweltschäden vermeiden zu wollen.

Doch manchmal sind andere Instrumente effektiver. In der Landwirtschaft braucht es Standards, um den Stickstoffüberschuss zu begrenzen, damit Wasser und Böden nicht weiter geschädigt werden. Auch bei CO2 Grenzwerten für Automobile brauchen wir strikte und sinkende Grenzwerte. Bei Elektrogeräten fordern wir dynamische Standards nach dem Top-Runner-Ansatz. Staubsauger, Kaffeemaschinen und andere Produkte mit dem geringsten Energieverbrauch sollen jeweils den Standard für alle anderen Produkte im Segment vorgeben. So entsteht ein Wettbewerb um die effizientesten Produkte.

Mindeststandards sollen über die Landesgrenzen hinweg ihre Wirkung entfalten und die Preise auch am Ende einer internationalen Lieferkette die Wahrheit sagen. Deshalb wollen wir den Umgang mit Rohstoffen von der Mine bis zum Endverbraucher besser kontrollieren. Dazu müssen Arbeits-, Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards in Investitionsschutzabkommen, Handelsverträgen und Rohstoffpartnerschaften verankert und Lieferketten offengelegt werden. Gleichzeitig ist es zentral, die so genannte „Due Diligence", die Sorgfaltspflicht deutscher Unternehmen für ihre globalen Lieferketten, weiter auszubauen.

Neue Bilanzierungssysteme, die Aktiengesellschaften im Kern verändern

Wir wollen auch große Unternehmen verpflichten, Verantwortung zu übernehmen. Um die Anreize zu verstärken, könnte es verpflichtend werden, dass die EigentümerInnen über eine Nachhaltigkeitsstrategie ihres Unternehmens abstimmen. Dazu könnte das Gesetz Mindestanforderungen stellen. Somit würde transparent, was das Unternehmen wirklich umsetzen möchte und inwiefern es bereit ist, zu Lasten kurzfristiger Gewinnerwartungen in Nachhaltigkeit zu investieren. Daneben könnten die Vergütungen des Managements mit dem Erreichen von Nachhaltigkeitszielen verknüpft werden. Es könnte bspw. von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen werden, wenn eine Entscheidung dazu dient, dass das Unternehmen soziale und ökologische Standards einhält, zu denen sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hat. Zudem könnten haftungsrechtliche Prüfpflichten in Bezug auf langfristige Unternehmensrisiken eingeführt werden. Die Berichterstattung über nichtfinanzielle Nachhaltigkeitsindikatoren, wie sie die CSR-Richtlinie (2014/95/EU) für große Unternehmen von öffentlichem Interesse festlegt, sollte auf alle mittelgroße Unternehmen ausgeweitet werden, unabhängig von ihrer Rechtsform oder Börsennotierung. Die nichtfinanziellen Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft und testiert werden.

Der Staat als Vorreiter für grünes Wirtschaften

Der Staat muss bei der doppelten Entkopplung eine Vorreiterrolle einnehmen. Den Spielraum dazu sehen wir insbesondere bei der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, die mit einem ganzheitlichen Konzept angegangen werden sollte. Das heißt, dass neben Preis und Qualität des Produktes auch seine sozialen und ökologischen Kosten und sein gesellschaftlicher Mehrwert berücksichtigt würden. Zudem muss der Staat die ökologische Modernisierung der staatlichen Gebäude und der Infrastruktur konsequent und rasch vorantreiben. Schließlich hält die öffentliche Hand weiterhin Anleihen, die Landesbanken und die Sozialversicherungen investieren. Auch diese Investitionen wollen wir dazu nutzen, grünes Wirtschaften voranzutreiben. Geldanlagen von öffentlichen Institutionen sollen Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. Geld aus fossilen Energieträgern wollen wir abziehen: Divestment Now!

4. *Nachhaltige Lebensstile ermöglichen.*

Viele Menschen wollen nachhaltig leben. Doch eingefahrene Strukturen machen es ihnen schwer. Im Sondervotum von Grünen und SPD zum Abschlussbericht der Enquetekommission heißt es: „Lebensstile und Konsumverhalten werden nicht nur durch eigene Präferenzen und soziale Strukturen geprägt, sondern auch durch staatliche Rahmenbedingungen und das Produktangebot. Vor allem im Bereich Ernährung, Mobilität und Wohnen sind durch den Staat geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen: Es müssen Hindernisse abgebaut und falsche Anreize beseitigt werden, um nachhaltigeres Verhalten zu ermöglichen."

Aktuell leiden viele Menschen an den Folgen von ungesundem Essen in den Supermärkten und zu Hause werden Berge von Essen in den Abfall geschmissen. Kinder und SchülerInnen erleben oft schon in jungen Jahren Stress. Öffentliche Parks sind überlaufen, weil zu viele Flächen für Straßen und Parkplätze zugebaut werden. Man spricht oft von der „gehetzten Gesellschaft", als deren Teil sich immer mehr Menschen empfinden. Der Wunsch nach Entschleunigung ist spürbar. Zahlreiche Gegenbewegungen entstehen in unterschiedlichen Lebensbereichen: Die Slow-Food-Bewegung macht sich auf den Weg, Lebensmitteln wieder einen Wert zu geben. Schüler- und Elternbewegungen machen deutlich, dass sie den Stress für ihre Kinder ablehnen und lieber auf mehr Zeit und eine ganzheitliche Bildung setzen. Urban Gardening begrünt kleine Flächen, um Lebensmittel dort anzubauen, wo es möglich ist.

Wir Grünen möchten dem gesellschaftlichen Zwang zu „Immer Mehr und immer schneller" entgegenarbeiten. Wir wollen Freiräume schaffen für Zeit mit Familie und Freunden, für das Spiel, das Naturerleben, für die Kultur; kurz: für mehr Lebensqualität. Wir verstehen dies als Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen mitgedacht werden muss. Drei wichtige Beispiele sind folgende:

Lebensqualität ins Zentrum der öffentlichen Debatte und Bildung stellen

Dem wachstumsfixierten Jahreswirtschaftsbericht stellen wir unseren Jahreswohlstandsbericht gegenüber. Darin geht es u.a. um Bildung, Umweltqualität und Zufriedenheit. Lebensqualität ist das Ziel, nicht Wachstum um jeden Preis.

Damit unsere Kinder die Kindheit genießen können, sollen sie Lebensqualität in Kita und Schule erleben. Dazu gehört, dass Kinder sich als kompetent erfahren und ihre Neugierde gestärkt wird, sie viel mehr individuell und im eigenen Tempo gefördert werden – mit Wertschätzung für ihre Leistung. Wir unterstützen daher die Bestrebungen für das längere gemeinsame Lernen, gegen das Sitzenbleiben und für mehr Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsstufen. So gibt es viel weniger Schulverweigerer und mehr junge Menschen, die die Lust am Lernen behalten. Lehrpläne müssen so ausgestaltet sein, dass SchülerInnen aktiv Glück und Zufriedenheit in ganz unterschiedlichen Variationen erleben – das kostet oft wenig und erhält Lern- und Lebensfreude.

Freiräume schaffen und nachhaltig konsumieren

Eine Gesellschaft braucht Zeiten, in denen das kommerzielle Leben so weit wie möglich herunterfährt. In denen Familien Zeit füreinander haben, in denen sich Freunde treffen und die Raum geben sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Zentral hierfür sind die Feiertage und Wochenenden. Darum setzen wir uns gegen den Trend ein, Ladenöffnungszeiten auch sonntags weiter auszudehnen und die Arbeitszeiten zu entgrenzen. Mit unserem Konzept der „flexiblen Vollzeit" wollen wir es arbeitenden Eltern ermöglichen, Familie und Beruf viel besser zu verbinden. Damit sollen die Menschen wieder Zeitsouveränität zurück erlangen.

Nachhaltigen Konsum wollen wir ermöglichen, indem wir Qualität stärken. Wir fordern dazu, dass bei Produkten künftig die Lebensdauer angegeben werden muss. Damit wollen wir den geplanten Verschleiß („geplante Obsoleszenz“) unterbinden, also die absichtlich verkürzte Lebensdauer von Produkten durch Hersteller. Gleichzeitig fordern wir, dass die Produkte reparabel sind und zwar nicht nur durch den Hersteller, sondern etwa auch durch kleine Fachbetriebe. Diese benötigen einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Ersatzteilen. Nötig ist, das Gewährleistungsrecht anzupassen und die Frist zu verlängern, während der die Beweislast für einen Mangel nicht beim Verbraucher, sondern beim Verkäufer liegt.

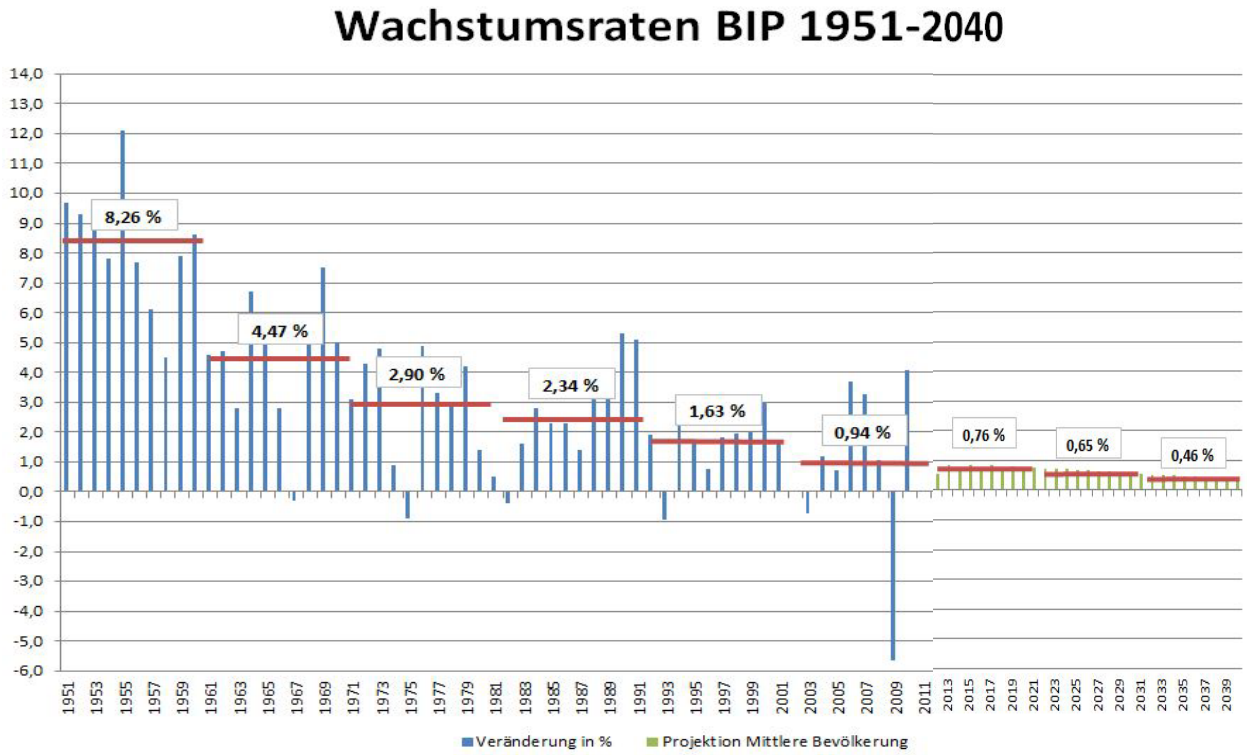
Städte und Kommunen auf Lebensqualität ausrichten

Wir wollen Wohnviertel, die für alle bezahlbar sind und kurze Wege zur Arbeit, Geschäften, Ärzten, zu grünen Freiräumen und Aktivitäten bieten. Dafür braucht es erheblich mehr Finanzierungsmittel des Bundes für soziale Wohnraumförderung im Jahr, und dauerhaft günstige Wohnungen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit, gerade in Städten mit einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Städtebauförderung und das Planungsrecht sollten Strategien der lebenswerten urbanen Mischung stärken.

Wir Grüne haben die Vision einer Stadt für die Menschen. Räume, die bislang für Autos reserviert sind sollen für Fußgänger und FahrradfahrerInnen freigegeben werden. Wir brauchen lebenswerte öffentliche Räume, ausgebaute Fahrradstraßen-Netze und einen ÖPNV, der so attraktiv ist, dass Menschen ihn gerne benutzen. Wir wollen nachhaltige Mobilität durch ein gutes Angebot intelligent vernetzter Verkehrssysteme ermöglichen.

5. Wachstumszwänge Abbauen

Als der Club of Rome 1972 seinen Bericht zu den „Grenzen des Wachstums“ veröffentlichte, richteten die Autoren ihr Augenmerk auf die Verknappung von Rohstoffen und die sich daraus ergebenden Grenzen für wirtschaftliches Wachstum. Bei der Berücksichtigung der Reichweiten bestimmter Rohstoffvorkommen haben sie aber den technologischen Erfindergeist unterschätzt, der die Menschheit immer weiter und tiefer in den Umweltraum vordringen lässt. Ein Automatismus zu sich verknappenden Ressourcen und steigenden Rohstoffpreisen hat die Menschen bisher nicht davon abgehalten, die ressourcenverschlingende Wirtschaftsweise grundsätzlich weiterzuführen. Wir erleben heute aber, dass sich in den Industrieländern die Wachstumsraten trotzdem verringern. Lag das durchschnittliche Wachstum in Deutschland in den 1950er Jahren noch bei gut acht Prozent, so sank es über die Jahrzehnte zunehmend. In den 60er Jahren auf knapp fünf und in den 70er Jahren auf knapp drei Prozent. Im Jahrzehnt nach 2000 hatten wir nur noch knapp ein Prozent Wachstum im Durchschnitt. Schreibt man diese Entwicklung fort, werden es in den 2020er Jahren nur noch gut 0,5 Prozent und in den 2030er Jahren weniger als 0,5 Prozent sein.



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014, Grünes Gutachten

Gründe für die sinkenden Wachstumsraten

Ganz unabhängig von der ökologischen Problematik scheint sich die Wachstumsdynamik also in hoch entwickelten Volkswirtschaften tendenziell abzuschwächen. Woran liegt das?

Demographie: Während die Bevölkerung in Deutschland bis Mitte der 1970er zunahm – nochmals kurz um 1990 – so zählt Deutschland so viele EinwohnerInnen wie Mitte der 1990er. Damit fehlt ein entscheidender Wachstumsfaktor. Ob Einwanderung diese Entwicklung aufhält, ist noch nicht abschätzbar.

Abnehmende Grenzproduktivität: Arbeitskräfte und Kapital haben eine abnehmende Grenzproduktivität. Das heißt, dass eine Einheit Kapital weniger Wachstum erzeugt, wenn schon viel Kapital vorhanden ist. Dieser Zusammenhang kann zwar durch Bildung und Innovationen gelockert werden, die Gesamttendenz aber bleibt.

Absolutes statt relatives Wachstum: 1000 zusätzliche Autos machten 1970 mehr BIP-Wachstum aus als 2015. Denn heute produzieren wir Millionen Autos mehr. Weil wir Wachstum also in Prozent des BIP messen, fällt bei steigender Wirtschaftsleistung ein absolutes Wachstum der gleichen Höhe in Prozent immer niedriger aus. Wenn die Wirtschaft insgesamt 200 Milliarden erwirtschaftet und dabei um 20 Milliarden wächst, ist dies ein Wachstum von zehn Prozent. Wenn die Wirtschaft 2000 Milliarden groß ist und ebenfalls um 20 Milliarden wächst, ist dies ein Wachstum von einem Prozent.

Gesamtwirtschaftlich Verantwortung zu übernehmen, heißt also, unsere Wirtschaft, den Staat und die Sozialsysteme auf eine Zukunft mit niedrigen Wachstumsraten einzustellen.

Eine erfolgreiche doppelte Entkopplung macht hohe Wachstumsraten unwahrscheinlicher

Wir wollen den Ressourcenverbrauch vom Wachstum abkoppeln und Lebensqualität vom Wachstumszwang. Daraus resultiert eine Zielgröße, nämlich den Zuwachs von Lebensqualität vom Ressourcenverbrauch

abzukoppeln. Es ist also durchaus möglich, dass auch eine nachhaltige Wirtschaft numerisch (also im Gesamtwert der produzierten Güter und Dienstleistungen) weiter wächst. Wenn aber auf gewohnte blinde Wachstumsimpulse (Abwrackprämien, Strohfeuer-Konjunkturprogramme ohne Öko-Ausrichtung) verzichtet wird, so wird es wahrscheinlicher, dass der Trend abnehmender Wachstumsraten sich fortsetzt.

Ein Niedrigwachstumsszenario ist zwar nicht sicher, aber aus vielen Gründen sehr wahrscheinlich. Und weil wir dem **Vorsorgeprinzip** verpflichtet sind, nämlich einzugreifen bevor Mensch und Umwelt Schaden nehmen, sollten wir uns darauf vorbereiten. Die Frage ist also, wie wir Staat und Sozialsysteme so ausgestalten, dass sie auch in einem Niedrigwachstumsumfeld ihre Funktion erfüllen können und sich somit frei machen, vom Zwang wachsen zu müssen.

Wachstumszwang abbauen durch gerechtere Verteilung.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben wir uns daran gewöhnt, Verteilungsfragen durch Wachstum oder höhere private und staatliche Verschuldung zu lösen. Wenn die Wachstumsraten nun niedriger ausfallen, wird dies schwieriger. Damit rücken Verteilungsfragen noch stärker in den Blick als bislang. Im Sondervotum von Grünen und SPD zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission heißt es: „Ein Ende der sozialen Spaltung der Gesellschaft ist nur mit politischen Maßnahmen erreichbar – und damit primäre Gestaltungsaufgabe von Politik. Die Opposition fordert deshalb eine gerechtere Verteilungs- und Steuerpolitik." Unsere Gesellschaft verteilt Werte in zwei Schritten: Über die Regelung der Markteinkommen und über Steuern und Sozialsysteme.

Das Markteinkommen gerechter verteilen: Eine gleichmäßigere Verteilung des Markteinkommens kann in erster Linie mit arbeitsrechtlichen Vorgaben, der Sozialpartnerschaft und einer ausgeglichenen Verteilung der unterschiedlichen Kapitalformen erreicht werden. Wir fordern faire Mindestlöhne, eine Stärkung des Tarifsystems und Maßnahmen gegen immer mehr prekäre Arbeit. Wir wollen eine effektivere Wettbewerbspolitik, um bestehende Marktkonzentrationen zu verringern und neue zu verhindern. Und wir wollen der zunehmenden Kapitalkonzentration entgegenwirken.

Seit 2005, seit also die Arbeitslosigkeit in Deutschland abnimmt, wurde nicht nur mehr Arbeit geschaffen, Arbeit wurde auch gleichmäßiger verteilt. Allerdings für viele zu miserablen Bedingungen. Grüne Politik zielt darauf, auch weiterhin Arbeit gleichmäßiger zu verteilen, aber zu fairen Bedingungen für die Menschen. Wir brauchen neben dem Recht auf Teilzeit immer auch ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit, um die Hürden für Teilzeit zu mindern. Wir wollen deshalb ein neues Leitbild -„flexible Vollzeit" - etablieren, das einen flexiblen Korridor von etwa 30 bis 40 Wochenstunden umfasst. Damit leisten wir einen Beitrag, um Erwerbsarbeit fairer zu verteilen.

Ein faires Steuersystem gegen die Spaltung in Arm und Reich: Rund 60% der staatlichen Einnahmen kommen heute aus Sozialversicherungsbeiträgen, Einkommenssteuern und der Umsatzsteuer. Stattdessen sollten wir stärker große Vermögen und Kapitaleinkünfte besteuern. Denn sie stellen keine produktive Leistung dar und sie verstärken die Ungleichheit dramatisch. Kleine und mittlere Einkommen sollten wir dagegen entlasten. Das ist ökonomisch sinnvoll, gerecht und es stoppt den Trend zu immer größerer Ungleichheit. Gegen den anhaltenden Sockel der Armut wollen wir in Bildung investieren, in Wohnungsbau und in eine Mindestsicherung, die auch bei geringem Wachstum stabil ist, und verdeckte Armut verhindert. Sie muss das Existenzminimum verlässlich sichern.

Wachstumszwang durch Stagnationsangst: Abbauen durch kluge / grüne öffentliche Investitionen

Bisher gilt: Wenn die Wirtschaft nicht wächst, wird weniger investiert. Doch das muss und darf nicht so sein. Auch ökologisch wäre wenig gewonnen, wenn wir stagnieren, und die auch ökologisch nötigen Investitionen und Innovationen ausbleiben. Wir müssen also sicher stellen, dass auch in Phasen niedrigen Wachstums Innovationsdynamik hoch bleibt, damit veraltete Technologien, Marktprozesse und Wertschöpfungsketten sich neu konfigurieren, auslaufen und sich neue etablieren. Staatliche und staatlich geförderte Investitionen sollen

den Umbau beschleunigen und ausrichten. Sie müssen sich an der Grundidee der doppelten Entkopplung ausrichten.

Wachstumsdruck durch soziale Sicherungssysteme: Abbauen durch Elemente der Bürgerversicherung

Niedrigere Wachstumsraten machen die öffentlichen Haushalte, die sozialen Sicherungssysteme und auch die private Vorsorge anfälliger für Krisen. Die sozialen Sicherungssysteme sind bei höherem Wachstum und damit verbundenen höheren Einnahmen bisher stabiler. Diese Systeme müssen auch bei niedrigeren Wachstumsraten wirksam und stabil arbeiten. Die Rentenversicherung ist besonders stark vom Zusammenspiel zwischen Demographie, Produktivität, Wachstum und der Struktur des Arbeitsmarktes abhängig. Darum denken wir über den Ansatz nach, die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Wir Grünen diskutieren aktuell die konkrete Ausgestaltung von Bürgerversicherungen. Das bedeutet, möglichst alle Einkommen in die Versicherung aller Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Dadurch wird die Finanzierung nachhaltiger und widerstandsfähiger auch in Phasen ohne oder mit geringem Wachstum. Wir wollen diese Ansätze weiterentwickeln.

Wachstumszwang durch Verschuldung: Abbauen durch Schuldentilgungsfonds und nachhaltige Finanzen.

Bisher haben die westlichen Gesellschaften auf die geringeren Wachstumsraten mit einer Ausweitung der öffentlichen und privaten Verschuldung reagiert. Die europäischen Verschuldungsregelungen etwa gehen davon aus, dass die Volkwirtschaften im Schnitt real 3% wachsen bei einer Inflation von 2%. Unter den heutigen Bedingungen lassen sich die Schulden einiger Staaten und Kommunen nur schwer abbauen. Wir Grünen fordern schon länger, dass auf europäischer Ebene ein Schuldentilgungsfonds für Altschulden eingerichtet wird. Gleichzeitig sollen in Deutschland Schuldentilgungsfonds für Kommunen aufgelegt werden.

Auch wir Grüne haben im Umgang mit Niedrigwachstum noch Arbeit vor uns. Wir möchten noch besser verstehen, wie sich die Kombination von niedrigem Wachstum und niedrigen Zinsen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden auswirkt und wie groß die Risiken mit Blick auf die Zinsen sind. Wenn wir mit dauerhaft niedrigen Wachstumsraten rechnen müssen, dann geht das Kalkül privater und öffentlicher Verschuldung langfristig nicht mehr auf. Die Aussicht auf künftig gute Rückzahlungsbedingungen entfiele. Darauf müssen sich staatliche und private Akteure einrichten.

Fazit

Wenn wir die Politik neu orientieren auf mehr Lebensqualität als Ziel, wenn wir die Wirtschaft grün ausrichten durch gute Rahmenbedingungen und die Unterstützung der Pioniere des Wandels und wenn wir konsequent nachhaltige Lebensstile ermöglichen, dann können wir den Ressourcenverbrauch dieser Gesellschaft entscheidend verringern und unsere Lebensqualität vom Wachstum des BIP unabhängig machen. Viele kleine konkrete Schritte können hier sehr viel erreichen. Staat und Gesellschaft vom jahrzehntelang eingefahrenen Zwang zu immer mehr Wachstum zu lösen, das ist eine historische Mammutaufgabe. Wir haben versucht, zu skizzieren, was dafür notwendig ist. Jedoch bleiben noch viele Fragen offen. Diese Fragen werden wir in den verschiedenen Politikbereichen in unserer Fraktionsarbeit mitdenken und in die Programmarbeit hineintragen.